

**Zeitschrift:** Beiträge zur Aargauergeschichte  
**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau  
**Band:** 11 (2002)

**Artikel:** Geschichte der politischen Presse im Aargau : das 20. Jahrhundert  
**Autor:** Müller, Andreas  
**Kapitel:** Die Arbeiterpresse  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-110824>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Arbeiterpresse

## Der «Freie Aargauer»

### Die parteieigene Zeitung

«Die Entstehung einer eigenen Parteipresse haben die Sozialdemokraten einem Streik der Aarauer Typographen zu verdanken. Als 1904/05 im Zusammenhang mit einer Arbeitsniederlegung um die Forderung höherer Löhne und gewerkschaftlicher Anerkennung die Druckereibesitzer der Kantonshauptstadt einzelne Mitglieder der *Typographia* aussperrten, gründeten diese in der Folge als Genossenschaft eine bescheidene Druckerei, um auf eigene Rechnung zu arbeiten.»<sup>1</sup> «Unter diesen befanden sich die Genossen Hans Küng, Emil Kälin, Moritz Gisler und Robert Birrer.»<sup>2</sup> Ihr Ziel war die Herausgabe einer Arbeiterzeitung. Kälin, Gisler und Birrer zeichneten als Inhaber des neuen Blattes; so vermerkte es das Impressum im Kopf der ersten Nummer. «Am 22. April 1906 ratifizierte eine Delegiertenversammlung der aargauischen Arbeitervereine in Baden den Vertrag, wonach die Aarauer Druckereigenossenschaft Herstellung und Vertrieb eines eigenen Parteiblattes übernahm. Am 1. Mai 1906 erschien unter dem Titel «Der Freie Aargauer» die erste Nummer einer sozialdemokratischen Zeitung, die vorerst zweimal wöchentlich im bescheidenen Umfang von vier dreispaltigen Seiten herauskam.»<sup>3</sup>

Die Druckerei befand sich am Graben (Grabenallee 215) in Aarau. Das Produkt, ein vierseitiges Blättchen, trug oft «eher den Charakter eines grösseren Flugblattes», meinte der Chronist Willi Gautschi.<sup>4</sup> Er urteilte dabei entsprechend der Rückschau der späteren Redaktoren Arthur Schmid<sup>5</sup> und Armin Bolliger,<sup>6</sup> die aus der Position der Glanzzeit des «Freien Aargauers», einerseits das frühe Presseorgan belächelten, andererseits die Pionierzeit von damals verklärt darstellten. Tatsächlich war das Blatt nicht bescheidener als vergleichbare Zeitungen in Aarau zur selben Zeit, zum Beispiel der «Aargauische Anzeiger» Gottfried Kellers, der damals auch zweimal wöchentlich erschien und von gleichem Umfange war. Aber auch die drei Tageszeitungen des Hauptortes hatten kaum das Format, sich mit den traditionsreichen Organen der grossen Schweizerstädte zu messen.

<sup>1</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 81.

<sup>2</sup> Bolliger Armin, in 75 Jahre FA.

<sup>3</sup> Gautschi, KA, Bd. 3, S. 81.

<sup>4</sup> Gautschi, KA, S. 81. In Wirklichkeit: Die Partei bot nur moralische Unterstützung. Die Defizite wurden von der Druckereigenossenschaft getragen.

<sup>5</sup> 50 Jahre FA.

<sup>6</sup> 75 Jahre FA.

Die Rückblende verzerrte auch die damalige parteipolitische Lage. Trotz deftiger Sprache und ideologischer Wertung entsprach die Analyse durchaus der aargauischen Realität von 1906: «Der einstige stolze Freisinn der aargauischen Radikalen treibt dem moralischen Bankrott entgegen, er ist faul bis ins Mark und unfähig, an der Lösung der grossen brennenden Tagesfragen mitzuarbeiten.» Dieser Satz aus der ersten Nummer des «Freien Aargauers» vom 1. Mai 1906 wurde von den späteren Redaktoren als «kühne Worte in einer Zeit, wo der Freisinn noch allmächtig war», bezeichnet. Zu Unrecht! Die Pressestruktur von Aarau 1906 und die drei um ihr Überleben ringenden Tageszeitungen, entsprechend den verfeindeten Flügeln des liberalen Lagers, zeugen überdeutlich von der Neutralisierung der politischen Macht. Die Allmacht der freisinnigen Partei war lediglich eine statistische Grösse, messbar in Anteilen im Regierungs- und Grossrat. In Wahrheit müsste von Zersetzungerscheinungen gesprochen werden, die geradezu nach einer Sammlung der oppositionellen Kräfte riefen. Das Mittel, das die Zentralisierung der Arbeitervereine schliesslich vollbrachte, war die eigenen Presse.

Dass die einstigen Streikführer und Ausgesperrten in den Spalten ihres Blattes mit Kritik nicht geizten und klassenkämpferisch auftraten, kann nicht erstaunen. Versöhnliche Worte, Ausgleich und Vergleich, lieferte der Grütlianer schon seit Jahren; dasselbe zu bieten, benötigte es keines neuen Blattes. Die harte Arbeitswelt unverblümmt anzuprangern, wurde erleichtert durch die Anonymität. Sie wurde anfänglich – aus begreiflichen Gründen – konsequent eingehalten; wir finden weder einen Redaktor, noch Namen von Mitarbeitern, nur der Hinweis, «Verantwortlich: Die Redaktionskommission». Dass die Inhaber namentlich aufgeführt wurden, hat wohl nur presserechtliche Gründe: wird kein Redaktor genannt, muss der Verleger den Kopf hinhalten. Das eigene Parteiblatt benötigte natürliche Personen für mögliche Anklagen und Strafen, sogenannte Sitzredaktoren, egal, ob diese je einen Text formuliert hatten. Die parteieigene Zeitung, das war ein Novum in der aargauischen Presselandschaft.

Wenn der «Freie Aargauer» Flugblattcharakter aufwies, dann nur, weil er aussparte, aussparen musste, was Tageszeitungen verschiedenen Couleurs der Leserschaft bereits serviert hatten. Er konnte nur parteiliches und partiisches Korrektiv sein. Die neue aargauische Arbeiterzeitung hatte durchaus Vorbilder, so das Ende des 19. Jahrhunderts gegründete «Volksrecht» in Zürich, der «Demokrat» in Luzern und die «Freie Zeitung» in Olten.

Wenn im Leitartikel «Was wir wollen? Ein offenes Wort an das arbeitende Volk des Kantons Aargau» ein Programm eröffnet wurde, so unterschied es sich nur wenig vom breitspurigen Geleitwort eines bürgerlichen Neulings im Blätterwald: «Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung über die kulturellen Aufgaben eines freien, sich selbst regierenden Volkes; Erziehung zur selbständigen Auffassung und Beurteilung aller wirtschaftlichen

und politischen Tagesfragen. Verbreitung von Wissen und Bildung in den unteren Volksschichten, Hebung der moralischen Lebensauffassung, Weckung des Sinnes für die sittlichen und geistigen Ideale freier und ihrer Würde sich bewussten Glieder der grossen Allgemeinheit.» Nur der vorher ausgesparte Programmfpunkt, «planmässige Agitation und Organisation aller unselbständige Erwerbenden für die Ziele der ökonomischen und politischen Tätigkeit der Arbeiterschaft», wird dem Erscheinungsdatum, dem 1. Mai, gerecht. Dieser allein deutete auf die marxistische Doktrin hin, die damals den verwendeten Begriffen und Adjektiven der wohlklingenden – scheinbar harmlosen – Zielsetzungen innewohnten.

Was damals – offenbar mit bescheidenem Erfolg – versucht wurde, klärte sich Jahre später, nämlich 1912, beim Umbau in eine Tageszeitung deutlicher auf. Damals gestand man ein, dass das Ziel mit einem zwei oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte nicht zu erfüllen war. Erst jetzt, mit dem neuen Tagblatt, war «dem Arbeiter Gelegenheit gegeben, den bürgerlichen Zeitungen den Laufpass zu geben». So wird «nun auch der Familienkreis der Moral der Kapitalisten und Reaktionäre entrückt und mit der sozialistischen Weltanschauung bekannt gemacht. Die Frauen und auch die Kinder werden nicht mehr von seichten Romanen der oberen Stände vergiftet und mit allen möglichen Lügennachrichten gefüttert werden. Hingegen werden sie nun zu gesundem Urteil über die gegenwärtige Weltordnung kommen und gleich dem kämpfenden Familienvater klassenbewusst werden.»<sup>7</sup> Solange der Durst nach täglicher Information durch bürgerliche Tageblätter gestillt wurde, vermochte das nur ergänzende Organ die Arbeiter nicht zum Klassenkampf zu mobilisieren. Erst wenn Speise und Trank ausschliesslich aus eigener Küche stammte, konnte Körper und Geist gesunden, und der Leser wurde zum Streben für wahre Menschlichkeit gestählt.

Der dürftige «Freie Aargauer» aus der Anfangszeit war aber in der Auswahl der Beiträge durchaus zielbewusst; er verstand sich als Ergänzung und Berichtigung bürgerlicher Nachrichtenblätter. Andere Wertungen waren einzubringen, nicht die Wiederholung von längst breitgewalzten Fakten. Titel von Leitartikeln wie «Maulkrottengesetz», «Die heutige Gesellschaftsordnung», «Lehrer und Politik», «Klassenpolitik – Klassenjustiz», «Über Arbeitszeitverkürzung» deuten an, dass 1906 noch die Hoffnung gehegt wurde, dem Abonnentenkreis ein eigenes Bewusstsein zu vermitteln. Zudem ergaben Scherenschnitte aus allen übrigen Arbeiterorganen den Stoff aus dem Kreise der Gewerkschaften und Kantonalparteien. Alle diese Haus-Mitteilungen füllten die Spalten Eidgenossenschaft und Kantone. Die Redaktionskommission, laut Kopf der Zeitung auch 1907 verantwortlich für den Inhalt, konzentrierte sich pflichtschuldig auf jene Themen und Berichte, die in den Tageszeitungen unterdrückt wurden oder zu kurz

<sup>7</sup> FA, 23. März 1912.

kamen und das Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft stärkten. Ein Dauerbrenner eigener Art war die Auseinandersetzung mit der gelben Arbeiterpartei und der gelben Arbeiterzeitung. Die dauernde Entlarvung der nicht-klassenkämpferischen Arbeiterpartei als hinterhältige Scheinorganisation kapitalistischer Ausbeuter zur Verlockung der Arbeiterschaft und zur Spaltung des Proletariats, war heilige Pflicht dieses Blattes. Es galt, die «trügerische Idylle» von Meister und Arbeiter zu zerstören. Es gibt keine Genossenschaftsbetriebe in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.<sup>8</sup>

Was wohl schon vorher gang und gäbe war, dass nämlich die Redaktion vorab vom Parteisekretariat und vom Vorstand wahrgenommen wurde, wird 1910 zur Gewissheit. Im Kopf der Zeitung zeichnete die «Aarg. Arbeiterpartei: Kantonalvorstand Baden. Sekretariat, Rathausgasse 81, 1. Etage, Baden» als verantwortliches Gremium.<sup>9</sup> «Heinrich von der Festung» formulierte damals die Wünsche zum neuen Jahr: ein besseres Verhalten der organisierten Arbeiter, der vermehrte Einsatz für eine bessere Wirtschafts- und Weltordnung und «geläuterte Kräfte des Geistes, der Zucht und Herrschaft über sich selbst». Während dieses Jahres wurde wöchentlich eine Gratisbeilage mitgeliefert, die einen Romantext in Fortsetzungen anbot. Im Dezember 1910 rückte dieses Feuilleton unter den Strich der normalen vierseitigen Ausgabe. Im Begleittext «Aufwärts und vorwärts» zur Umgestaltung des Blattes wird sichtbar, dass die Parteipresse laufend nach ihrer besten Form strebt: «Wohl wurden gar oft Klagen laut im eigenen Lager über die Ausgestaltung unseres Parteiorgans.» Es sei aber zu bedenken, dass das Unternehmen ein grosses finanzielles Risiko bedeute. «Ein zu rasches Dreinfahren hätte unter Umständen das Verschwinden des Freien Aargauers bedeuten können.» Im Gegensatz zur Gründerzeit vor fünf Jahren, seien die Verhältnisse etwas andere geworden, die Partei sei erstarkt und damit auch das Publikationsorgan. Noch immer werden keine Redaktoren mit Namen erwähnt. Am 17. Dezember 1910 wurde das dreimalige Erscheinen für 1911 angezeigt. Zu den gewerkschaftlichen Anliegen stiessen in diesem Jahr vermehrt die Anprangerungen der bäuerlichen Begehrlichkeit. Das Kapitel «Preise und Löhne» war damals weitgehend ein Machtkampf mit Dr. Laur in Bern; er sollte nach seinem Umzug nach Brugg in Zukunft noch häufiger Ziel der journalistischen Polemiken sein.

Am 12. Januar 1911, nachdem der «Freie Aargauer» nun dreimal wöchentlich, nämlich am Dienstag, Donnerstag und Samstag, herausgebracht wurde, meldete sich die Redaktion im Leitartikel «Unser kantonales Parteiorgan» in eigener Sache zum Wort. Eigentlich hätten viele Leser gewünscht, dass man das bescheidene Organ in eine Tageszeitung ausbauen würde. Doch dazu habe die Kraft nicht ausgereicht. Mit der bescheidenen

<sup>8</sup> Z. B. FA, 7. November 1906.

<sup>9</sup> Im «Neuen Freien Aargauer» vom 23. Januar 1913 wird ein Urteil publiziert, das den ehemaligen Redaktor Gisler Moritz des FA betrifft. Freispruch!



Aarau, Dienstag 1. Mai 1906      Nr. 1      Erster Jahrgang

# Der Freie Aargauer.

Offizielles Organ der Arbeiterpartei des Kantons Aargau.

Erscheint Mittwoch und Samstag.

Mitglieds- . . . . .	Fr. 1.—	Abonnementpreis:
Schultheiss- . . . . .	Fr. 2.50	Expedition, Druck und Verlag der Buchdruckerei des Freien Aargauers, Aarau, Grabenstrasse 215.
Gesetzgebend- . . . . .	Fr. 1.25	Inhaber: Emil Külin, Moritz Gessler und Robert Bitter.

Insetionspreis:  
Die einfache Vertikale oder horizontale  
Raum 10 Cfl. Wiederholungen halb,  
Glockenglocke und Ueberschriften 6 Cfl.  
der Zeile.

Insetate werden in der Druckerei "Zürcher Zeitung" Nr. 215 entgegengenommen.

Der Redaktionsstandort des «Freien Aargauers» 1912–1918 und der erste Zeitungskopf von 1906 (70 Jahre Freier Aargauer).

Erweiterung könnte das Angebot vorderhand erweitert und eine unabhängige, nicht gekaufte Meinung vertreten werden.<sup>10</sup> Am 21. Dezember 1911 wurde im «Freien Aargauer» erstmals eröffnet, dass sich das Blatt im Laufe des folgenden Jahres in eine Tageszeitung verwandeln werde. Das Zusammensehen mit den Bruderparteien von Luzern und Solothurn wurde damals angesagt; eine Pressunion Aargau müsste zu diesem Zwecke noch gegründet werden, auf dass in allen drei Kantonen gleiche Bedingungen vorlägen. Es würde in jedem der drei Sektionen eine zusätzliche Seite produziert; damit käme die ordentliche Nummer auf sechs Seiten. Eine Woche später, am aargauischen Parteitag, referierte Präsident Otto Suter über die Pressefrage. «Das gegenseitige Verhältnis liegt so, dass die Partei finanziell an das Organ gar nichts leistet, sondern nur die sogenannte moralische Unterstützung zusicherte. Das ganze Risiko liege auf den Schultern der Verleger. Wie es hier steht, haben die Genossen an den Parteitagen schon wiederholt hören können. Die Verleger lehnen es mit Recht ab, Jahr für Jahr die Defizite zu tragen.» Mit der Gründung der Pressunion Aargau werde eine Aktiengesellschaft geschaffen. 32 Aktien à 250 Franken entfallen auf unsern Kanton. Jeder Parteigenosse wird Mitglied der Pressunion mit einem Anteilschein von 5 Franken (Organisationen 25 Franken). «Die Zeichnung von wenigstens einem Anteilschein sollte jedem Genossen möglich sein.» Die Parteikasse spendiere 500 Franken. Einstimmig wurde der Antrag zur Gründung einer kantonalen Pressunion beschlossen.<sup>11</sup>

Was sich nun zu Anfang 1912 zutrug, gehört zu den betrüblichsten Kapiteln der Geschichte des «Freien Aargauers». Offenbar wurde von der Pressunion ein offenes Konkurrenzverfahren für den Druckauftrag eröffnet, wobei es zum einen um den Druck des Hauptblattes, zum andern um die Fertigung der kantonalen Einlageseite ging. Hatten die Inhaber der partnahmen Genossenschaftsdruckerei zu hoch gepokert oder war tatsächlich die Pressunion zum voraus darauf aus, das Verhältnis zum bisherigen Verleger aufzulösen? Schon die Verhandlungen mussten in einem aufgeladenen Klima stattgefunden haben. Während anfangs noch Aufrufe zum Zeichnen von Anteilscheinen im alten «Freien Aargauer» markant und wiederholt im Textteil vorzufinden waren, versiegte bald jede Information über das weitere Geschehen. Am 20. Februar platzte Moritz Gisler mit einer Erklärung heraus: «Wie die gestrigen Tagesblätter bereits berichteten, hat der Unterzeichnete seine sämtlichen bisher innegehabten Ämter, die er im Dienste der Arbeiterschaft und im Sinne und Geiste der modernen Arbeiterbewegung nach bestem Wissen und Gewissen vertrat, der Arbeiterunion Aarau zur Verfügung gestellt.» (Grossrat, Bezirksrichter) Der Schritt sei wohlüberlegt geschehen. Was bisher keine Repressalie zustande gebracht hatte, «das hat

<sup>10</sup> FA, 12. Januar 1911.

<sup>11</sup> FA, 28. Dezember 1911.

nunmehr Neid, Missgunst und Unverständ einer Anzahl sog. Genossen zustande gebracht. Brutaler als die Arbeitgeber anno 1905 mit uns verfahren, verfährt eine irregeleitete Masse Proletarier mit den derzeitigen Verlegern des «Freien Aargauers» (...) Schwer ist uns der Abschied aus der Partei geworden, allein ich scheide ohne Groll und wünsche, dass die Sache der Arbeiterschaft auch ohne meine Mithülfe vorwärtsgehe. Moritz Gisler.» «Anschliessend hieran erklären die Unterzeichneten, dass die Herausgabe des «Freien Aargauers» ab 1. April 1912 nicht mehr durch sie erfolgt. Ob, wo und wann derselbe künftig erscheint, wissen wir heute noch nicht. Moritz Gisler, Emil Kälin, Robert Birrer.»

Am 24. Februar veröffentlichte Gisler ein «Letztes Wort» zur verkarrten Situation, nachdem in der ganzen Presse des Aargaus über das Zerwürfnis in der sozialdemokratischen Partei gemutmasst und spekuliert worden war. «Die Arbeiterunion Aarau fühlte sich veranlasst, eine Erklärung, die im «Freien Aargauer» keine Aufnahme fand, in der bürgerlichen Presse zu erlassen. Einige Sätze derselben veranlassten uns, die Aufnahme zu verweigern, weil dieselben der Wahrheit nicht entsprechen.» Man wollte darin beweisen, dass nicht die Arbeiterunion die Urheberin der Missstimmung und daher der Demission sei. Aber: Immer wieder sei ihm der Brotkorb vorgeworfen worden. Seit 1906 hätten sie ein Arbeiterbrot genossen, das «karg und bitter» war. Sie hätten eine genau berechnete Offerte gemacht, die eher zu tief angesetzt war. Er lasse sich nicht als privatkapitalistischer Ausbeuter hinstellen. «Als Äquivalent verlangten wir dagegen, dass uns für die bestehenden Defizite eine entsprechende Rückzahlung gewährt werde und dass die Arbeitervereine nach Möglichkeit ihre Druckarbeiten in unserer Druckerei herstellen lassen.» Eine Selbstverständlichkeit in andern Kantonalparteien. Man wollte uns den «Freien Aargauer» entreissen, um ihn dorthin zu bringen, «wo man ihn schon längst haben wollte». Ein bewährter Arbeiterführer habe einmal gesagt: «Der schlechteste Arbeitgeber ist der Arbeiter selbst.» Trotz Drohung Gislars, auf weitere Verdächtigungen nur noch vor dem Richter zu antworten (24. Februar 1912), erfolgte am 2. März noch einmal eine Erklärung der Arbeiterpartei Aargau. Sie hätte mit den Verhandlungen nichts zu schaffen; dies sei Sache der Pressunion gewesen. In der Partei bestünden keine Missstände, daher könnte auch nicht von Irreleitung von Proletariern gesprochen werden.

Nicht nur im Aargau wurde gegen die neue Konzeption des Presseorgans opponiert, sondern auch in Luzern. Die Belegschaft der bisher beauftragten Druckerei, konnte den Beschluss nicht akzeptieren. Am 5. März wurde unter Aarau gemeldet: «Die Typographia Aarau hat am letzten Samstag in gutbesuchter Versammlung mit erdrückender Mehrheit den Austritt aus der Arbeiterunion Aarau und der Pressunion beschlossen und ist damit dem Beispiel der Typographia Luzern gefolgt.» Damit war offenbar der Draht zwischen den alten und neuen Zeitungsmachern gerissen. Am

14. März erschien im «Freien Aargauer» ein Mitgeteilt: «Wie man vernimmt erscheint das Organ der aargauischen Arbeiterpartei vom 25. März an unter dem Titel «Neuer Freier Aargauer» und wird in der Buchdruckerei W. Trösch in Olten hergestellt.» Und mit dem Vertrag lief auch der pionierhafte «Freie Aargauer» aus; wir finden kein Adieu an die Leserschaft, kein gegenseitiges Dankeschön. Und es bleibt dem Aussenstehenden nur die Bemerkung im Kopf, dass der beigezogene Vermittler von ausserhalb des Kantons weniger vermittelte, als eine Stellenvermittlung betrieben habe. Wer wurde da indirekt beschuldigt? Sind die Vorwürfe an die Adresse Oberentfelden gerichtet? Deutete man damit auf ein Zusammenwirken von Otto Suter und Arthur Schmid hin?

## Die Tageszeitung

Am 23. März 1912 erschien die erste Nummer der sozialdemokratischen Tageszeitung «für die Ur- und Mittelschweiz» unter dem veränderten Namen «Neuer Freier Aargauer». Unter diesem Titel wird das Blatt bis 1932 laufen. Die Aargauer, Solothurner und Urschweizer Genossen hatten sich zusammengefunden, mit einer leistungsfähigen Zeitung die bürgerlichen Blätter aus den Arbeiterwohnungen zu vertreiben. Als Redaktoren zeichneten Jaques Schmid (SO), Ernst Nobs (LU), Adolf Lienhard (SO) und Otto Suter (AG). Die Titel der früheren Bruderzeitungen in Luzern und Olten, «Demokrat» und «Freie Zeitung» blieben erhalten. Den Druck für die Solothurner und Aargauer Ausgabe besorgte die Rotationsdruckerei Trösch in Olten: für die aargauische Partei ein Affront gegenüber der streitbaren Genossenschaftsdruckerei am Graben. Das Innerschweizer Blatt wurde in Luzern produziert. Inserate und Lokalteil des «Demokrat» blieben selbstständig. Der Leitartikel «Aufstieg!» war durchsetzt von klassenkämpferischen Parolen. Das Geleitwort zum Teil Aargau verfasste ein A. S., was wohl Arthur Schmid heissen dürfte, ein Ökonomie-Student, der kürzlich (1911) der Partei beigetreten war und später offen bekannte, durch Redaktor Otto Suter Sozialist geworden zu sein. Anstelle der seichten Romane bürgerlicher Blätter figurierte unter dem Strich «Die Mutter» von Maxim Gorki. Der «Neue Freie Aargauer» umfasste acht Seiten, wovon vier Inserate aus den Kantonen Aargau und Solothurn, aber keine aus der Zentralschweiz enthielten. Das Verhältnis mit den Luzerner Genossen schien Ende Mai noch nicht völlig geklärt. Am 4. Juni erfolgte eine Richtigstellung: Der «Demokrat» müsste weiterhin eigene Wege gehen können. Am 1. Juli konnte dieser melden, dass er mit 6000 Abonnenten den Luzerner «Tagesanzeiger» (später LNN) überrundet habe.

Der Rubrik Kanton Aargau wurde oft ein zusätzliches «Zum Geleit» vorangestellt; obwohl sich die neue Tageszeitung auf der Frontseite bil-

dungsbeflissen nie ohne ausführlichen Leitartikel präsentierte. Redaktor Suter aus Oberentfelden wusste nur zu gut, dass der Aargauer Arbeiter anders geführt werden musste, als der Proletarier in städtischen Orten wie Olten und Luzern. Im Grundsatzartikel «Der Sozialismus auf dem Lande» gestand er ein, dass der Bauernsohn als Arbeiter für systemverändernde Gedankengänge wenig übrig habe. Es sei schwierig, ihn zu mobilisieren. Aber: auch dieser Teil der Erwerbstätigen begänne nun zu erwachen.

Nach den harten Auseinandersetzungen in der aargauischen Sozialdemokratie im Vorfeld der Neukonzeption der Parteipresse, war offenbar von bürgerlicher Seite zu früh gelacht worden: man hatte ob der Streitereien das sichere Ende erwartet.<sup>12</sup> Das Organ der Arbeiterschaft sei bereits auf den 1. April totgesagt worden. «Da frohlockten die Herren! Und heute?» Sie ärgern sich über die reiche Tageszeitung. Nur Hass, Neid und Wut veranlasste Rusch vom «Aargauer Volksblatt» den «Neuen Freien Aargauer» mit Kritik zu übergieissen. «Im Stadium des Katzenjammers» entsetze er sich über den Roman von Maxim Gorki und über die «Hochpeitschung der Leidenschaften» durch die Auswahl der Nachrichten und Wertungen. Er urteile die Redaktion und ihre Moral; derweilen möchte er die Arbeit und die soziale Fragen zu einer Art Gottesdienst machen.<sup>13</sup> Die «Neue Rheinfelder Zeitung» urteile objektiver und sei des Lobes voll über das Presseerzeugnis der Arbeiterschaft.<sup>14</sup> Die Sondernummer zum 1. Mai stand 1912 im Zeichen der Forderung nach dem Achtstunden-Tag. Das Inseratenvolumen bei Sonderausgaben war erstaunlich und wohl darauf zurückzuführen, dass Wirts- und Geschäftsleute, welche den «Neuen Freien Aargauer» durch Abonnements unterstützten, von der Zeitung veröffentlicht und der Leserschaft besonders empfohlen wurden.<sup>15</sup> Am 20. Dezember erfolgte gar ein Aufruf, die Festeinkäufe nur bei Firmen zu tätigen, die im NFA inserierten. «Ignoriert die andern Geschäfte, tragt das Geld dorthin, wo euer Blatt mit Inseraten bedacht wird! Wer uns nicht berücksichtigt, soll auf die Arbeiterbatzen verzichten!»<sup>16</sup>

«Arbeiter! Jetzt raffe dich auf aus deiner Gleichgültigkeit.» «Arbeiter! die bürgerliche Zeitung erzieht dein Weib und deine Kinder zu Feinden deiner Klasse. Fort darum mit ihr aus deinem Heim und hinein die Arbeiterzeitung, die von Arbeitern für die Arbeiter geschrieben wird.»<sup>17</sup> Dieser Aufruf erfolgte fettgedruckt unter dem Kopf der Zeitung. Er fasste zusammen, was in den verflossenen Monaten Inhalt der Arbeiterpresse gewesen war und bestätigte das angewandte Konzept für das künftige Jahr. Zuerst war das

<sup>12</sup> FA, 27. März 1912.

<sup>13</sup> FA, 3. und 5. April 1912.

<sup>14</sup> FA, 5. und 10. April 1912.

<sup>15</sup> FA, 27. März 1912.

<sup>16</sup> FA, 20. Dezember 1912.

<sup>17</sup> FA, 13. Dezember 1912.

Eigenleben zu pflegen: Der 70. Geburtstag von Herrmann Greulich füllte eine ganze Frontseite. Zum Tod von August Bebel am 14. August 1913 wurde dessen Leben und Wirken ausführlich dargelegt. Bildnisse der sozialistischen Pioniere wurden als Zeichnungen wiedergegeben. Dann: Vertreter der Partei in Parlamentsberichten waren entweder mit ihren Voten herausgehoben oder ihre Rede wörtlich abgedruckt. Sie beherrschten schon rein optisch das Ratsgeschehen. Wichtige ausserkantonale Arbeitnehmer-Politik wurde in Leit- oder Grundsatzartikeln behandelt und nachvollzogen. Die Zeitung sollte zur Bildungsanstalt des Arbeiters werden. Voraussetzung, dass die anspruchsvolle Kost genossen und verdaut werden konnte, war die Pflege des Volksschulunterrichtes. Immer und überall setzte sich das Blatt für Verbesserung im Schulwesen ein. «Der Lehrer ist ein Proletarier. Er braucht Unterstützung. Sonst wird er ein Knecht der Dörfmagnaten.»<sup>18</sup> Die Anprangerung der Kinderarbeit in der aargauischen Tabakindustrie nach der Dissertation von Clara Wirth, St. Gallen,<sup>19</sup> klagte nicht nur die Ausbeutung an, sondern das Abhalten vom Schulunterricht und die Übermüdung, die Jugendliche in ihrer Reife und Eigenständigkeit behinderten.

Am 26. März verschwindet Adolf Lienhard als Redaktor aus dem Impressum. Wie weit er redaktionell tätig war und welche regionale oder sachliche Sparte ihm anvertraut war, gab die Zeitung nie preis. Er taucht später als Adjunkt des eidgenössischen Fabrikinspektorate in Zürich wieder auf.<sup>20</sup> Am 1. Dezember 1913 wurde gemeldet, dass Genosse Ernst Nobs, gegenwärtig am «Centralschweizer Demokrat», als Nachfolger von Genosse Müller an die «Volksstimme» in St. Gallen gewählt worden sei. Mit seinem Abgang beim «Demokrat» in Luzern im Februar 1914 fehlt auch seine Mitarbeit am «Neuen Freien Aargauer». Sein Name wurde im Impressum vorläufig nicht ersetzt. Erst am 30. Juni erscheint ein neuer Name: Heinrich Schöttli, und dies just vor Ausbruch des Krieges. Die häufigen krankheitsbedingten Absenzen von Otto Suter haben die Arbeit offenbar erschwert. Am 28. Juli 1914 wurde gebeten, «bis zur Gesundung des Genossen Suter» alle Korrespondenzen nach Baden (Sekretariat) einzusenden. Die Mobilmachung riss auch ins Redaktionsteam Lücken: Heinrich Schöttli wurde als abwesend angezeigt, während Otto Suter ab dem 7. September wieder ans Redaktionspult zurückkehrte. Bis zum 3. November 1914 lautete die Übertitelung des Kriegsgeschehens: «Der europäische Krieg». Schon nach wenigen Wochen wurde die Verarmung der Arbeiterfamilien beklagt und die Hoffnung gehegt, dass sich dieser Krieg nicht räumlich und zeitlich noch weiter ausdehne. «Trotz dem Kriegstaumel, der in allen bürgerlichen Blättern spaltenlang sich dokumentiert», sei Hoffnung

<sup>18</sup> FA, 24. April 1912.

<sup>19</sup> FA, 30. Dezember 1912.

<sup>20</sup> NFA, 16. April 1930.

auf baldigen Frieden gegeben.<sup>21</sup> Und bisher ungewohnte Worte ertönen auch im «Neuen Freien Aargauer»: «Wie ein Mann muss sich das Schweizervolk erheben zum Schutze des Landes, zum Schutze von Weib und Kind. Alle Parteizezänke haben aufzuhören und alle Energie muss für den Bestand und die Wohlfahrt des Schweizerlandes und seines Volkes aufgebracht werden.» «Werden wir zu essen haben?» Das Blatt warnte, wie alle andern, vor Hysterie und Masseneinkäufen.<sup>22</sup> «Indem die Sozialdemokratie die Kriegssteuer bewilligte, erfüllte sie nicht nur ihr oft gegebenes Versprechen, dem Vaterlande in der Stunde der Not beizustehen. Sie zertrat auch für alle Zeit die giftige Verleumldung der Gegner, die sie des Vaterlandsverrats beschuldigten.»<sup>23</sup>

Seit dem Kaiserbesuch, bei den Manövern 1912, war der preussische Geist, ja sogar der überpreussische Geist im Offizierskorps der schweizerischen Armee eine Provokation für die sozialdemokratische Presse. Es gebe weder eine Offiziersehre noch einen Korpsgeist. Eine Volks-Verteidigung verlangte nach einer Volksarmee, die keine Offizierskaste brauchen konnte. Als am 3. November 1914 zum letzten Male der Titel «Der europäische Krieg» erschien, da zeigte das Parteiorgan mit dem Leitartikel «Die Maske fällt» auch erstmals den äussern und inneren Wandel an: «Der Verteidigungskrieg ist bereits zum Raubkrieg geworden.» Die Äusserungen deutscher sozialistischer Abgeordneten wie Liebknecht und andern werden zitiert, und internationale Solidarität zeichnet sich ab. «Der Kampf gegen den Zarismus» von Leo Trotzky, Dumaabgeordneter, zur Zeit in Zürich, prognostizierte: Die Dynastien werden sich vereinigen, und die Reaktion wird stärker denn je werden. Die Sozialisten müssten sich einmischen und die Rechnungen stören.<sup>24</sup> Das Manifest der deutschen Sozialisten, in der Hoffnung auf den französischen Sieg und die Einführung der Republik im deutschen Reich aufblitzt, geniesst das Wohlwollen der aargauischen sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse.

Am 2., 4. und 5. Januar 1915 wurde «Unser Schweizer Standpunkt» von Carl Spitteler gänzlich abgedruckt. «Ist dieser Krieg der letzte Krieg?» fragte Papa Greulich am 18. Januar und entwickelte die Idee des Zusammenschlusses des ganzen Kontinents zu einer einzigen europäischen Republik. Die Zertrümmerung der 2. Arbeiterinternationalen durch den Krieg erhielt neue Aktualität durch eine Artikelserie, verfasst von Trotzky.<sup>25</sup> Auch im «Neuen Freien Aargauer» wurde das Vaterländische immer mehr durch Internationales ersetzt. Dem Dynastischen im Auslande entsprach in der Schweiz die Offizierskaste. Nationalrat Grimm möchte zum Militärbudget

<sup>21</sup> NFA, 31. Juli 1914.

<sup>22</sup> NFA, 1. August 1914.

<sup>23</sup> NFA, 17. August 1914.

<sup>24</sup> NFA, 29. November 1914.

<sup>25</sup> NFA, 2., 3., 4. März 1915.

erst dann Ja sagen, wenn die schweizerische Armee in ein wahres Volksheer verwandelt sei.<sup>26</sup> Im Nationalrat wurde der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, die Kriegskostenfrage vom Volke absegnen zu lassen. Unentwegt wurde das aristokratische Gehabe im Offiziersstande in Zeitungsmeldungen kritisiert. Militär-Gerichts-Entscheide sorgten mehrmals für Entlarvung der personellen Verquickung von Wirtschaftsmacht, politischer und militärischer Führung. Kriegskommentare und innenpolitische Stellungnahmen zogen unentwegt auf jenes Ereignis zu, das vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald stattfand: die internationale sozialistische Konferenz. Erst am 18. September brachte der «Neue Freie Aargauer» auf dem Titelblatt die Proklamation. Die Schweizer Delegation unter Robert Grimm und Charles Naine ergänzte den verabschiedeten Text mit den Worten: «Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klasse gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus» etc. einzutreten.

Diese Eröffnung erfolgte am Tage vor dem eidgenössischen Betttag, der sonst für christlich-vaterländische Gedenkworte reserviert war. In der Folge wurden Friedensdemonstrationen in der ganzen Schweiz organisiert und in der Parteipresse angezeigt und kommentiert. Im Leitartikel «Wir protestieren!» gegen diesen Krieg, stand das Bekenntnis: «Aber der Krieg wird das Grab eurer kapitalistisch-militaristischen Welt, und der Sozialismus wird sich darüber erheben wie die Sonne des Tages über die nächtliche Finsternis. Das ist unser Glaube!»<sup>27</sup> Der Aargauer Parteitag der SP vom 22. November ergab mit 330:51 Stimmen Zustimmung zur Zimmerwalder Proklamation, und dies bedeutete gleichzeitig als Ziel: die Demokratisierung der Armee. Ab diesem Datum verschwand in der Zeitung konsequent «Der Weltkrieg» von der Frontseite und wechselte auf die dritte Seite. Dafür rückten die sozialistischen Themen an die Spitze des redigierten Teiles. Gleichzeitig distanzierten sich fast alle Sektionen der Grütliauer von diesem Aarauer Beschluss. Der «Neue Freie Aargauer» kommentierte die Meldung aus dem «Zofinger Tagblatt» selbstbewusst: Die Genossen weinten diesen Chauvinisten keine Tränen nach; wem die neue Haltung nicht passe, der solle gehen.<sup>28</sup>

## Das Werkzeug der nahen, kommenden Revolution

Den Stand des Krieges am 6. Januar 1916 brachte die aargauische Linkspresse auf den einfachen Nenner: «Keine Regierung will aufhören, bevor sie Siegerin ist. Also müssen die Völker selber zum Rechten sehen.» Die

<sup>26</sup> NFA, 17. Dezember 1914.

<sup>27</sup> NFA, 2. Oktober 1915.

<sup>28</sup> NFA, 10. Dezember 1915.

Oberstenaffäre wurde zum täglichen Beweis, dass der «gute Geist der Milizarmee» durch das Offizierskorps zerstört wird. Die Verhöre wurden ausführlich zitiert, und der Freispruch, respektive die blosse disziplinari- sche Bestrafung empfand das Blatt als den Gipfel der Unverfrorenheit. Lan- ciert wurde daher die Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz, mit täg- lichen Aufrufen zur Unterschriftensammlung. Die Innenpolitik wurde immer häufiger zum Schlagabtausch zwischen bürgerlichen und sozialisti- schen Blättern. Verzerrungen, Unterschiebungen, Verleumdungen wurden hüben und drüben zur permanenten Anschuldigung – vorab auf den Front- seiten zu finden. Der «illegale Demonstrationszug» der sozialistischen «Freien Jugend» durch Zürich, von Polizei und Militär auseinanderge- sprengt, hiess im «Neuen Freien Aargauer»: «Spaziergang der Freien Jugend durch Zürichs Strassen». Die Begriffe wurden immer verwirrlicher; Missverständnisse waren vorprogrammiert. Das Friedensangebot der Zen- tralmächte vom Dezember 1916 gab der bürgerlichen Presse Anlass zu Hoffnungen; der «Neue Freie Aargauer» zeigte sich mehr als skeptisch. Es sind die Regierungen, die Entgegenkommen signalisieren und darauf Ant- wort geben; nicht einmal die Parlamente decken die Verhandlungen. Es gibt keinen «Frieden um jeden Preis». «Friede auf Erden kann das Volk nur selbst sich geben»: am Ende des Klassenkampfes. «Alles andere ist Schaum und Lüge.»<sup>29</sup> Oder mit den Worten vom 21. März 1916: «So lange die kapi- talistische Wirtschaftsordnung existiert, wird und muss es Krieg geben.» Entsprechend säuerlich reagierten die linken Zeitungen auf die Friedensini- tiative Präsident Wilsons zum Jahresende, dem Seufzer «endlich!» zum Trotz. Wilson müsste zuerst bei sich selber beginnen, und die Kriegsliefe- rungen der USA unterbinden. «Ein weiteres Kriegsjahr kann die Mensch- heit nicht ertragen! Es geht über die Kraft!» Nur der Sozialismus kann uns vom Kriege erlösen.

Im Jahre 1916 schied schon am 4. Januar Heinrich Schöttli aus der Redak- tion aus; am 19. Januar trat Max Rüdt an seine Stelle. Obwohl sonst nur sel- ten Kommentare oder Artikel aus der Feder der Redaktion gekennzeichnet waren, so wurden doch seine Gelegenheitsgedichte immer von ihm signiert. Nach eineinhalb Jahren, am 25. September 1917, schied aber Rüdt wieder aus.

Die turbulenten Ereignisse des dritten Kriegsjahres spiegelten sich auch im «Neuen Freien Aargauer». Der Abbruch der diplomatischen Beziehun- gen der USA zu Deutschland, die Unterstützung der Friedensinitiative Wil- sons durch den schweizerischen Bundesrat zum Jahreswechsel, veranlass- ten Papa Greulich, ein Bekenntnis zur Landesverteidigung abzulegen. Am 5. Februar 1917 war dies eine Schlagzeile wert. Sofort wurde klar, dass die Zeitung auf der Gegenseite stand, als Robert Grimm zwei Tage darauf seine

---

<sup>29</sup> NFA, 16. Dezember 1916.

eigene Form des Pazifismus erläuterte: die Oberstenaffäre habe bewiesen, dass in der heutigen Welt die Grenzen zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg verwischt seien: auch Wirtschaftstätigkeit könne einen Angriff auslösen, respektive ausführen. Die Demokratie der Schweiz diene nicht der Arbeiterschaft. Daher müsse der Klassenkampf über allem stehen. Einige Tage darauf erschien die «hocherfreuliche Meldung», dass in St. Petersburg die Revolution ausgebrochen sei und man daher Rückwirkung erwarten dürfe.<sup>30</sup> Die Abdankung des Zaren und der Sieg der gemässigten Elemente um Kerensky lösten in der sozialistischen Presse nur wenig Freude aus. Die SPS bekundete Sympathie an die Adresse der Genossen und Arbeiter Russlands, aber verbunden mit dem Aufruf: «Nieder mit dem Krieg! Es lebe die soziale Revolution!»<sup>31</sup> «Wird die Revolution den Krieg töten oder der Krieg die Revolution?»<sup>32</sup> Für die aargauische sozialdemokratische Presse stand fest: «Der Antimilitarismus ist eine soziale Pflicht.» Als Logik der Tatsachen bezeichnete der «Neue Freie Aargauer» die Reise der Genossen Lenin und weiterer Emigranten durchs Reich nach Russland.<sup>33</sup> Am 6. November fürchtete die Zeitung einen neuen reaktionären Staatsstreich in Russland. Drei Tage später konnte aufgeatmet werden: Die «neue russische Revolution für den Frieden» gewann die Oberhand. Die neuen Machthaber, die Bolschewiki, sie wollen Frieden um jeden Preis. «Alles wartet nur auf das deutsche Proletariat, um gemeinsam dem Kriege ein Ende zu machen.»<sup>34</sup> Eine Revolution ohne Blutvergiessen habe in Russland stattgefunden.<sup>35</sup> Die bürgerlichen Blätter sprechen von Gewaltherrschaft der Bolschewiki.<sup>36</sup> «Die Verleumdung der russischen Revolution» ist ohne Beispiel. Die bürgerliche Presse ist «die Dienerin der wahren Schurken.» Daraus folge die grösste Perversität. Die russischen Revolutionäre, «die die Welt befreien wollen von diesen blut- und geldgierigen Scheusalen, die nennt sie Mörder!»<sup>37</sup>

Einige Tage danach wurde durch Redaktor Jacques Schmid die bedauerliche «Erdrosselung der sozialistischen Revolution in Russland durch den deutschen Militarismus» erklärt und erläutert: Wenn die Ukraine und Finnland von Russland abgetrennt werden und gleichzeitig die Rote Armee demoblisiert, dann werde die Revolution erstickt.<sup>38</sup> Die Hoffnung auf die deutsche Arbeiterschaft erwies sich als eitel. Das Schlagwort «Krieg dem Kriege!» verfing nicht. Die «Sozial-Patrioten» im Reich verfassten schon im

<sup>30</sup> NFA, 16. März 1917.

<sup>31</sup> NFA, 24. März 1917.

<sup>32</sup> NFA, 28. März 1917.

<sup>33</sup> NFA, 28. Juli 1917.

<sup>34</sup> NFA, 9. November 1917.

<sup>35</sup> NFA, 10. November 1917.

<sup>36</sup> NFA, 9. Februar 1918.

<sup>37</sup> NFA, 21. Februar 1918.

<sup>38</sup> NFA, 28. Februar 1918.

November 1917 eine Absage an die Diktatur des Proletariats,<sup>39</sup> und Redaktor Jacques Schmid behauptete, dass die deutschen Arbeiter leider immer noch «in hündischem Gehorsam» verharrten.<sup>40</sup> So wurde aus der friedlichen Revolution der wildeste Bürgerkrieg in Russland.<sup>41</sup> Den Ereignissen in Russland entsprechend, bewerteten die Redaktoren der Linkspresse die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Schweiz. Ohne Echowirkung in Westeuropa, vorab in der Schweiz, musste die eingeleitete Revolution in Russland versiegen und versickern. Es sind weniger die Proklamationen und Forderungen der organisierten Arbeiter im März und November 1918, die den Bürgerlichen den nackten Schrecken vor dem Umsturz einjagten, als die täglichen Kommentare in der sozialdemokratischen Presse, vorab im «Neuen Freien Aargauer». Wenn in späteren Analysen und Betrachtungen die Reaktion und der Militäreinsatz im Generalstreik als unverhältnismässig bewertet wurde,<sup>42</sup> so kommt dabei die Presse eindeutig zu kurz, die korrespondierend zum Geschehen in Russland, das eigene Verhalten programmieren wollte. Die Drahtziehertheorie hatte hier ihren Ursprung. So kommentierte das Blatt am 14. März zum Thema «Die Eisenbahner und der Generalstreik»: «Solange in den kriegsführenden Staaten die Gewehre nicht rückwärts gerichtet, oder zu allermindestens weggeworfen werden, dürfen wir nicht daran denken, unsere soziale Macht in die wirkliche Tat umzusetzen: In dem Augenblicke, wo die Niederlage der Waffen erfolgt, werden auch wir unsere Forderungen stellen. Damit wäre dann auch der Moment für die Eisenbahner gekommen, in Reih und Glied mit der gesamten Arbeiterschaft zu marschieren.» Das war noch Leninismus in Reinkultur und malte automatisch die baldige Diktatur des Proletariats als Teufel an die Wand. Selbst der versierteste bürgerliche Leser war kaum in der Lage, den Schwenker wahrzunehmen, den die SPS kurz vor dem Landesstreik noch vollzog, als das bolschewistische Regiment in Russland bei Partei und Presse in Ungnade fiel, weil es danach aussah, dass es sich mit den Mittelmächten verbünde. Dies ergäbe eine kommunistisch-imperialistische Ehe und wäre unakzeptabel. «Lenin und Konsorten als unbelehrbare Starrköpfe» werden «ihre eigenen Wege gehen, Wege, auf denen ihnen weder das russische Volk noch das Weltproletariat folgen wird und die zum Untergang des Bolschewismus führen.»<sup>43</sup>

Auch bei voller Erkenntnis dieser Distanzierung konnte ein negativ Indoktrinierter die mässigen Forderungen des Streik-Komitees als taktische Massnahme oder als vorläufige Zwischenetappe werten, und musste daher den Anfängen wehren. Unter diesen Auspizien fanden dann die

<sup>39</sup> NFA, 14. November 1918.

<sup>40</sup> NFA, 19. November 1918.

<sup>41</sup> NFA, 13. November 1918.

<sup>42</sup> Siehe Gautschi Willi: Landesstreik.

<sup>43</sup> NFA, 18. September 1918.

bekannten Abwehrmechanismen auf den Landesstreik von 1918 statt. Im Oktober 1918, also mitten in diesen Ereignissen, starb der Vater des «Neuen Freien Aargauers», Otto Suter, an den Folgen seines Lungentuberkulose-Leidens. Immer wieder hatte er Heilung im Sanatorium Barmelweid gesucht. Ursprünglich Schlosser, wechselte er ins Pressewesen als Administrator beim «Grütlianer» und übernahm 1912 die Leitung des Blattes der Presseunion «Neuer Freier Aargauer». Seit 1909 war er Mitglied des Grossen Rates, 1909–1913 auch Gemeinderat in Oberentfelden. 1913 wurde er aus dem dörflichen Amte weg gewählt; dafür wirkte er seither als Schulpflegepräsident. 1912 stellte ihn die Partei als Nationalrats-Kandidaten dem freisinnigen Regierungsrat Emil Keller entgegen, was ihm zeitlebens den Zorn des «Alten am Rain» zugezogen hatte. Dem jungen Ökonomiestudenten aus dem Dorfe, Arthur Schmid, wurde er zum politischen Ziehvater und Vorbild. Ohne seine administrative und redaktionelle Tätigkeit ist die Pionierzeit der sozialdemokratischen Presse im Aargau nicht vorstellbar.<sup>44</sup> Das entstandene Vakuum und die äusseren Ereignisse des Landesstreiks warfen auch das alte Konzept der gemeinsamen Tageszeitung für die Mittelschweiz über den Haufen. Und wie der Phönix aus der Asche erstand eine rein aargauische Arbeiterzeitung unter der Redaktion von Pfarrer Sigmund Büchi. Die turbulenten Ereignisse um Druckerei und Zeitung spielten sich bereits in Aarau ab.

Am 9. November, dem Tage des Proteststreikes in allen Städten, erschien die letzte Nummer der alten Tageszeitung mit folgender Ankündigung: «Am nächsten Montag, den 11. November wird der NFA zum ersten Mal seit 1912 wieder in Aarau erscheinen, erstellt in der Druckerei der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des Kantons Aargau.» Es folgte das Bekenntnis zum aargauischen Kampfblatt, das nun nicht mehr mit Solothurn und Luzern geteilt werden müsse, sowie Worte des Gedenkens für den Wegbereiter des Konzepts, Redaktor Otto Suter, und endigte mit dem Satz: «Mit der Unterstützung aller jener, die sich bewusst sind, an einer neuen Welt zu bauen, wird der NFA blühen und gedeihen.» Die Statuten zum neuen Blatt waren schon am 8. September verabschiedet worden.<sup>45</sup> Die erste Nummer kam dann erst am 12. November heraus. Die Druckereigenossenschaft und die Zeitung hatten laut Impressum ihren Geschäftssitz an der Kirchgasse 36 in Aarau. Noch am 13. November, während des Landesstreiks, verkündete das Blatt selbstsicher, dass der richtige Moment zu Verhandlungen verpasst worden sei: «Es kann kein bürgerlicher Friede mehr werden.» Die Ausgabe des folgenden Tages umfasste nur zwei Seiten und enthielt den Aufruf «An die aargauische Arbeiterschaft». Es wurde darin angeprangert, dass die Buch-

<sup>44</sup> NFA, 24. Oktober 1918, Nekrolog.

<sup>45</sup> NFA, 18. November 1918.

druckerei unter Zensur und Militäraufsicht gestellt worden sei. Gleichentags wurde aber in Olten der Abbruch des Landesstreiks auf 24 Uhr beschlossen, so dass sich Beschlüsse und Massnahmen der organisierten Arbeiterschaft gegenüber der «Belagerung» erübrigten. Die telegrafisch einberufene ausserordentliche Bundesversammlung zeigte, dass die Ereignisse je nach Standort widersprüchlich beurteilt wurden. Der «Neue Freie Aargauer» kommentierte in Versform: «Unsere Führer könnt ihr richten, doch die Wahrheit nicht vernichten.»<sup>46</sup>

Was sich tatsächlich im Vorfeld des Generalstreiks im Aargau abgespielt hatte, wieweit Beeinflussung vom Ausland im «Neuen Freien Aargauer» sich niedergeschlagen hat, kann leider in den Original-Blättern nicht mehr überprüft werden. Es verbleiben als Nachrichten nur die Reaktionen in bürgerlichen Blättern. Da das Blatt damals vor allem ein Oltener Produkt war, das heisst ganz nahe beim Streikkomitee beheimatet war, wäre uns diese Quelle wertvoll. Aber die Nummern vom Januar bis November 1918 fehlen in allen Sammelbänden. Ein eigenartiger Zufall!<sup>47</sup>

## Arbeiterzeitung und bürgerliche Presse

Die Gründung des «Neuen Freien Aargauers» 1912 war just in die Zeit einer neuerlichen Fusion der verfeindeten Flügel der freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Aargau gefallen. Gottfried Keller, der alte Scharfmacher, hatte kürzlich seinen «Aargauischen Anzeiger» durch Kauf der «Aargauer Nachrichten» zum Hauptorgan der linken Freisinnigen verschmolzen und die erneuerte Tageszeitung zum Dauerkampf mit dem «Aargauer Tagblatt» aufgerüstet. Eine Fehlspukulation! Die Fusionspartei scharte sich um das Tagblatt, nicht um die Nachrichten. Die sozialistische Presse prognostizierte: die Nachrichten als linksfreisinniges Organ wird zwischen Tagblatt und «Neuem Freien Aargauer» zerrieben werden. Der neue Verleger ist nicht der Mann, der hier helfen könnte. Auch das Tagblatt erwarte nichts Gutes, wenn der «Alte am Rain» «den Sturz der früheren Zentralsonne am Himmel der aargauischen freisinnigen Partei in die düstern Tiefen des heutigen Kellers ermisst. In der Erkenntnis dieser Dekadenz dürfte wohl die Triebfeder der modernen Klagelieder Jeremiae am Rain draussen zu suchen sein.»<sup>48</sup> Keller musste in dieser heiklen Situation wieder einen eigenständigen Standort beziehen. Nun suchen die Nachrichten wieder Linkspolitik zu betreiben, nachdem sie noch kürzlich den Proporz bekämpft hatten, höhnte der «Neue Freie Aargauer», aber die Fusionsbrü-

<sup>46</sup> NFA, 29. November 1918.

<sup>47</sup> Selbst in der Landesbibliothek!

<sup>48</sup> NFA, 30. März 1912.

der werden sich nach altem Muster immer dann zusammenfinden, wenn es gegen die Linken geht.<sup>49</sup>

Im Mai fanden Nationalrats-Ersatzwahlen statt. Als die Roten es wagten, Regierungsrat Emil Keller Otto Suter als Kandidaten entgegenzustellen, da sei «der Alte am Rain» böse geworden. Wer seiner Familienpolitik im Wege stehe, der müsse dessen Seitenhiebe erwarten. Schon am 27. Juni 1912 konnte der NFA melden, dass eine neuerliche linke Abspaltung, die «radikal-fortschrittliche Vereinigung», sich beim Freisinn abzeichne, hinter der wohl wieder die Nachrichten stünden. Das Programm der neuen Vereinigung sei weitgehend den Sozialisten abgeluchst; doch man wisse, dass eine solche Proklamation nur ein Schönwetter-Programm sei. Der wahre Arbeiter wisse, dass er Befreiung von den Fesseln nur durch sich selbst erfahren könne. In Wirklichkeit standen hinter der neuerlichen Spaltung mehr regionale und persönliche Ambitionen. Die Kandidatur Attenhofer (Zurzach) für die Ständeratswahl war den Aarauern nicht genehm. Man wollte sich die Bevogtung durch Baden und Zofingen nicht länger gefallen lassen. Gottfried Keller junior, der an der Parteiversammlung Unterlegene, erfuhr die Förderung durch Vaters Nachrichten und wurde gewählt. Die Arbeiterpresse suchte sich aus dem Streite herauszuhalten; die Partei beschloss Stimmfreigabe.

Dennoch schlug das Ereignis auf den «Neuen Freien Aargauer» zurück. Der Streit im Verlagshaus Keller, die Abspaltung der «radikal-fortschrittlichen Vereinigung» von den Nachrichten, führte zur Gründung einer neuen, nun «echt freisinnigen» Tageszeitung unter Redaktor Allemann. Als Angestellter der Nachrichten wollte er die Familienpolitik des Altmeisters Keller nicht mehr mittragen. Die rote Arbeiterzeitung erwartete, dass im neuen Blatt vor allem gelbe Arbeiterpolitik betrieben werde.<sup>50</sup> Die «Neue Aargauer Zeitung» wurde nun zum häufigsten Gegner der sozialdemokratischen Presse. Das Tagblatt war als Herrenblatt klar positioniert; die Nachrichten waren eher zu bemitleiden; das Allemann-Blatt aber bot eine breite Reibungsfläche dar, stand dem «Neuen Freien Aargauer» zu nahe und war daher Schritt auf Schritt zu kontrollieren und zu kritisieren.

Der dissidente Ständerat Gottfried Keller wurde in Bern nicht in die Fraktion aufgenommen. Offiziell galten die Nachrichten nicht mehr als Organ der Partei. Dennoch trug das Keller-Blatt im Titel: «Freisinnig-demokratisches Organ des Kantons Aargau». «So kommt uns die Sache vor wie in der Fabel, wo sich das Huhn mit Pfauenfedern schmückt, aber trotz diesem Schmuck eben Huhn bleibt – die Nachrichten aber trotz dem Titel – reaktionär bis an die Knochen!», höhnte der NFA.<sup>51</sup> Drei Tage später entlarvte sich auch die «Neue Aargauer Zeitung» als bürgerliche Bewahrerin.

<sup>49</sup> NFA, 30. März 1912.

<sup>50</sup> NFA, 11. Oktober und 18. November 1912.

<sup>51</sup> NFA, 28. Mai 1913.

Alle drei freisinnigen Zeitungen von Aarau seien gegen den Proporz, das ganze reaktionäre Dreigestirn. Die Gründung der «Neuen Aargauer Zeitung» sei daher – nach Meinung des NFA – völlig überflüssig gewesen.<sup>52</sup>

«Der Alte am Rain», dessen Journalistik selbst vom Tagblatt einmal als gemein und feig bezeichnet worden war, verspeise täglich zwei Schwarze und vier Rote, spottete das sozialdemokratische Blatt. Wenn dessen Familie «Ämtli» ergattern wolle, dann verspeise er nur noch Rote; den Schwarzen aber mache er «Büs-Büs». Der arme Mann! Eine Zeitung von Bedeutung hat er in ein Winkelblättchen verwandelt. Nun verweist er die Sozialisten auf ihr früheres Programm der Völkerversöhnung und behauptet dreist, die Partei habe nichts geleistet, das edle Programm hätte nichts getaugt. Als wenn die sozialdemokratische Partei 1914 stark genug gewesen wäre, ihren Willen zu diktieren. Da Keller wohl um diese Tatsache weiss, entlarve er sich mit seinem Hohn als Befürworter des Krieges.<sup>53</sup> Da Keller das Spotten über die Roten nicht lassen konnte, wurde er selber immer wieder vom «Neuen Freien Aargauer» auf die Schippe genommen. «Der Brieggi am Rain kanns immer noch nicht verwinden, dass die Kriegssteuer im allgemeinen auf die Schultern geladen wurden, die sie leicht tragen können.» Seine Idee, dass diejenigen, die von der Steuer nicht betroffen werden, eigentlich nicht stimmen sollten, hätte zur Konsequenz, dass wir die ganze Demokratie einpacken könnten.<sup>54</sup> Verglichen mit den Nachrichten liess man das Tagblatt weit eher gewähren. Offenbar glaubten die Verantwortlichen des NFA, dass der Arbeiter eher versucht war, das frühere Demokratenblatt oder die «Neue Aargauer Zeitung» zu halten; so dass vor allem diese Organe zu disqualifizieren und aus den Wohnungen zu vertreiben waren.

Die rote Gewerkschaft stand vor und während des Ersten Weltkrieges in dauernder Auseinandersetzung mit den katholischen und freisinnigen Arbeitnehmerorganisationen, den schwarzen und gelben Gewerkschaften. Vorerst galt das Augenmerk dem «Aargauer Volksblatt» in Baden. Dessen Redaktor, Johann Baptist Rusch, gehörte zum christlich-sozialen Flügel der katholisch-konservativen Partei und galt als Exponent der schwarzen Arbeitnehmer. Dabei blieb Rusch keine Antwort schuldig. Rusch («vielleicht Diminutiv von Rausch»), müsse ja selber zugeben, dass der Christlichsoziale gar kein richtiger Arbeiter sei.<sup>55</sup> Die Kirche erweise sich laufend als Dienerin des Kapitalismus. Im Italienerinnenheim der Windischer Textilunternehmer würde die Demut gefördert: in Reih und Glied strömten die Lohn-Sklavinnen zum befohlenen Kirchgang.<sup>56</sup> Aber Herr Rusch finde sogar das Seminar Wettingen ausnahmsweise rühmenswert, wenn die Lehr-

<sup>52</sup> NFA, 31. Mai 1913.

<sup>53</sup> NFA, 23. September 1914.

<sup>54</sup> NFA, 12. Juni 1915.

<sup>55</sup> NFA, 3. April 1912

<sup>56</sup> NFA, 13. April 1912.

amtskandidaten schöne Messen singen. Im Gegensatz dazu wünschte der NFA überhaupt keine solche und ähnliche Aktivitäten: daraus entstünden nur Abhängigkeiten, und sei es auch nur bezüglich gewisser Lehrpersonen.<sup>57</sup> Wir brauchen den Kampf, nicht Gottergebenheit! Rusch bezichtigt nun die Arbeiterzeitung der Katholikenfeindlichkeit. Davon sei keine Rede, konterte deren Redaktion: wenn aber die katholischen Arbeiter gegen uns arbeiten, so sei die Kritik berechtigt, ebenso gegenüber einer Kirche, die den Kapitalisten diene. Aber Rusch möchte gerne den Sittenrichter spielen. Ein Mann, von dem das «Badener Tagblatt» sagt, er sei «ein Faulpelz, der morgens nicht aus den Federn wolle, ein Kerl, dem man morgens schon verdientermassen die Höschen klopfen sollte, ein arroganter Knabe, der von der Leitung eines politischen Blattes keine Ahnung habe, ein Kerl, der nicht lesen könne» nehme sich heraus, den «Neuen Freien Aargauer» zu kritisieren.<sup>58</sup>

Christlich-soziale Politik ohne Klassenkampf endige darin, dass der christliche Staat Streikbrecher freispreche, die auf Streikende schiessen. Dabei wolle wahres Christentum – wie es Professor Ragaz verstehe – dass Jesus eine neue Welt verkünde, entsprechend der sozialistischen Lehre. Im Zusammenhang mit einem Anlass der Arbeiterturnvereine verdammte Rusch, dieser «politische Bajazzo», die ganze Turnerei; sie erzeuge nur freche und undisziplinierte Soldaten. Unter dem Titel «So'n Windhund» protestierten selbst der «Grütlianer» und die Freie Presse gegen das Volksblatt. 600 Turner aus zwei Vereinen versammelten sich in Baden zu einer Protestkundgebung und der «Neue Freie Aargauer» rief zum Boykott aller Wirtschaften auf, in denen diese katholische Aargauer Zeitung aufliege.<sup>59</sup>

Der Streit mit den «Gelben» ist ebenfalls in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einzuordnen. Er bekam zusätzlichen Auftrieb, als der Exgenosse Pechota aus Winterthur sich 1912 in den Dienst «Kampf dem Klassenkampf» stellte und der Haupt-Propagandist der bürgerlichen Gewerkschaft wurde. Da im Sommer 1912 in Zürich ein Generalstreik stattfand, war das Thema «Judasse» in der Sozialistenpresse aktuell: die Schwarzen und die Gelben waren als Streikbrecher aufgetreten, galten als Verräter, und ihre Organisationen hießen nun Ableger der Kapitalisten, eingesetzt nach dem Motto: «Teile und herrsche».<sup>60</sup> Die Diskussion im aargauischen Grossen Rat um das Verbot von Streikposten einerseits, das Verbot von schwarzen Listen, in denen streikwillige, klassenkämpferische Arbeiter angeprangert wurden, andererseits, veranlasste den «Neuen Freien Aargauer», die «Neue Aargauer Zeitung» als Blatt gelber Arbeiterpolitik anzuschwärzen, die nur

<sup>57</sup> NFA, 12. April 1912.

<sup>58</sup> NFA, 14. April 1912.

<sup>59</sup> NFA, 15. Juli 1912.

<sup>60</sup> NFA, 20. Juli 1912.

das Interesse der Patrone vertrete. Dies sei nun die verheissene echt freisinnige Zeitung!<sup>61</sup>

Anfangs Februar 1913 versammelten sich die Gelben, der «Freie Arbeiterbund», in Aarau. 150 Leute waren im Saal; der höhnische Bericht des NFA bekannte, dass dies vorwiegend aufgebotene sozialdemokratische Parteimitglieder gewesen seien. Mit 130:16 Stimmen votierte die Versammlung gegen die Bildung einer Aarauer Sektion der «Gelben Streikbrechertruppe».<sup>62</sup> Als Pechota, «der Überläufer», dem Abtrünnigen, F. Szell-Fröhlich, der von den Gelben zu den Roten gewechselt hatte, in dessen Büro eindrang, um belastendes Material im Schreibtisch zu behändigen, da eröffnete die sozialdemokratische Presse eine eigentliche Hatz auf Pechota, den das Blatt als Charakterlump bezeichnete. Entlarvt wurde von Szell vor allem, dass Herr Nationalrat Sulzer-Ziegler, der Fabrikant, Sponsor der «Freien Arbeiterzeitung» gewesen sei und damit klar wurde, dass der gelbe Spuk nur ein Manöver der Arbeitgeberpolitik sei. Das «gelbe Verlegenheitsgestammel», Szell sei nur Administrator, nicht Redaktor der Zeitung gewesen, täusche nicht darüber hinweg.<sup>63</sup> Vorübergehend zogen sich die Gelben etwas zurück; der NFA vermutete mehrere Male, dass das Spiel wohl aus sei. «Zur Erheiterung: Im Bund und andern Freisinnsblättern wagt sich der Unternehmerklüngel wieder allmählich auf die Socken, um von der gelben Sauce, die Herr Szell-Fröhlich umgeschüttet, noch zu retten, was zu retten ist.»<sup>64</sup> Aber kurz darauf setzte im Aargauer Arbeiterblatt die Kontroverse mit den Gelben wieder ein. Vor allem die «Schweizer Freie Presse» in Baden zeige eine Vorliebe für gelbe Produkte. Die Nähe zur Grütlbewegung rückte auch diese einstige Demokraten-Zeitung neben die «Neue Aargauer Zeitung» und die «Aargauer Nachrichten». Während des Krieges, mit dem Aufkommen des Pazifismus, rückte diese Arbeitnehmerorganisation wieder ins Schussfeld der Roten, da die meisten Sektionen für die wehrhafte Schweiz einstanden. Je ideologischer der Kampf im Lauf des Krieges wurde, desto seltener erschienen Quereien der verschiedenen Gewerkschaften im «Neuen Freien Aargauer». Die grossen weltanschaulichen Themen verdrängten den innenpolitischen Kleinkram.

Zäher hielt sich der Streit mit Redaktor Rusch. Dieser bemühte sich, den Marxismus als revolutionäre Doktrin, fern jeder christlichen Ethik, für katholische Arbeiter zu diskreditieren. Der NFA seinerseits bemühte sich, der bürgerlichen Presse nachzuweisen, dass im Lehrgebäude des Sozialismus nichts von gewaltsamer Revolution gesagt wird. «Von einer Katastrophentheorie, wie sie uns die Gegner unterschieben, kann die Rede nicht

<sup>61</sup> NFA, 18. November 1912.

<sup>62</sup> NFA, 3. Februar 1913.

<sup>63</sup> NFA, 14. und 17. April. Ausführliche Darstellung der ganzen Affäre im Artikel «Aus dem gelben Sumpf» vom 5. Dezember 1913 in NFA.

<sup>64</sup> NFA, 6. Januar 1914.

sein.»<sup>65</sup> «Die Sozialdemokratie sucht ihr Ziel auf gesetzmässigem Wege zu erreichen...»<sup>66</sup> Anstatt zur organischen Überwindung von Widerständen aufzurufen, wollten die christlichen Gewerkschaften die ständischen Unterschiede als gottgewollt hinnehmen.<sup>67</sup> Und so würden von Redaktor Rusch «fast in jeder Nummer einige Sozialisten verspielen.»<sup>68</sup>

Der Erste Weltkrieg brachte zuerst thematisch einige Änderungen, aber Rusch und das «Volksblatt» blieben im Schussfeld. Die anfängliche Rusch'sche Kritik an den Serben wurde als «christliche Kriegsverhetzung» tituliert und die KuK-Republikaner trieben es am buntesten, obgleich von dieser Seite eigentlich der Friedensaufruf «Krieg dem Kriege» zu erwarten wäre.<sup>69</sup> Als dann das grause Völkerringen einsetzte, forderte der «Neue Freie Aargauer» das Volksblatt auf, dies nun als Strafgericht Gottes zu werten. Weshalb aber müsse diese Katastrophe immer vor allem die Armen betreffen? Ganz zu Anfang hoffte die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung noch auf den Aufstand des russischen Volkes gegen den Krieg: «Das Schicksal Europas in den Händen der Arbeiter Petersburgs», titelte die Zeitung. Aber: «Die verbrecherische Provokation der ungarischen Magnaten und der österreichischen Pfaffen hat ihre Wirkung gehabt.» Die Kettenreaktion der Kriegserklärungen werde begünstigt von den «Regierungsbanditen in St. Petersburg».<sup>70</sup> Damals, als es um die Donaumonarchie alleine ging, zeigte Rusch noch unverhohlen Sympathie für die Haltung der KuK-Monarchie. Die spätere, eigenwillige Meinung Ruschs zum Kriegsgeschehen bewirkte, dass das Volksblatt nur noch selten unter die Lupe des «Neuen Freien Aargauers» rutschte. «Abscheulich zahm sei's im konservativen Blätterwald geworden, findet der Redaktor des Zentralorgans der aargauischen katholisch-konservativen Partei», zitierte die Arbeiterzeitung und gab Rusch sogar recht. Sein Engagement für die Entente schaffte ihm ebenso Sympathie bei der Linken, als er bei den Bruderzeitungen in Ungnade fiel. «Wir halten treu zur preussisch-österreichischen Fahne», hätten die katholisch-konservativen «Neuen Zürcher Nachrichten» verlauten lassen. Wer sich so vernehmen lasse, zähle zu den «unverantwortlichen Narren» unserer Zeit, meinte der NFA, und Rusch hätte ihm wohl zugestimmt.

Der Presseprozess von Dr. O. Meyer, Aarau, gegen Rusch und das «Aargauer Volksblatt» zum Artikel «Stimmen im Sturm», ausführlich dargestellt in der Arbeiterpresse am 3. Juni 1916, dürfte mitverantwortlich für den Sturz des kämpferischen Redaktors gewesen sein. Am 15. Dezember 1917 wurde

<sup>65</sup> NFA, 6. Januar 1914.

<sup>66</sup> NFA, 6. Januar 1914.

<sup>67</sup> NFA, 13. Januar 1914.

<sup>68</sup> NFA, 12. Mai 1914.

<sup>69</sup> NFA, 28. Juli 1914.

<sup>70</sup> NFA, 27. Juli 1914.

emotionslos gemeldet, dass Dr. phil. A. Bärlocher aus St. Gallen Rusch in der Leitung des Volksblattes abgelöst habe. Damit wurde es stiller zwischen den konkurrierenden Blättern. Der neue Schreiber gehörte eher dem bäuerlich-gewerblichen Flügel der Partei an und machte wenig Arbeitnehmerpolitik.

## Die Ära Arthur Schmid beginnt

Pfarrer Büchis Tätigkeit als Redaktor des «Neuen Freien Aargauers» war nur von kurzer Dauer. Schon Anfangs Juni 1919 reichte er seine Entlassung ein. Dennoch müssen wir das Wirken eines Theologen fast als folgerichtige Politik nach dem Ersten Weltkrieg ansehen: Partei und Presse beriefen sich in ihrem Pazifismus häufiger als früher auf die christliche Friedensbotschaft. In mehreren Artikeln hatte sich der Safenwiler Pfarrer Barth schon früher in dieser Zeitung politisch engagiert.<sup>71</sup> Die Berufung auf Professor Ragaz<sup>72</sup> gehörte schon zum Vorkriegsritual des Blattes und bekam 1918 neuen Auftrieb.<sup>73</sup> Nun, da sich die Aargauer Sektion von Lenin, aber auch von Platten losgesagt hatte,<sup>74</sup> wollte auch der Nachfolger von Büchi, Otto Schmassmann, in seinen Spuren wandeln. Der Kritik von katholischen Pfarrherren an der sozialistischen Friedenspolitik, begegnete er angeblich in einer «bodenlos frechen» und «lümmelhaften» Sprache,<sup>75</sup> auch wenn er erklärtermassen nicht auf Revolution setzte. Übrigens: seine rüde Sprache disqualifizierte auch die Bürgerwehren des Obersten Eugen Bircher als vaterländische Bolschewiki.

Am 14. März 1920 wurde Dr. Arthur Schmid als Parteisekretär der Aargauer Sozialdemokraten gewählt. Das «Aargauer Tagblatt» kommentierte: Der neue Mann stehe «fest auf dem Boden des Bolschewismus». Selbst Schmassmann müsse nun noch weiter nach links rücken. Tatsächlich setzte sofort ein interner Streit um die Form des Pazifismus ein. Schmassmann behauptete, dass der Pazifismus der Aargauer Sozialdemokraten konsequent sei; es wäre verfehlt zu sagen, «heute brauchen wir die Maschinengewehre noch nicht, erst morgen».<sup>76</sup> Schmid veröffentlichte sofort den gegenständigen Standpunkt und bat ihn, sich mit persönlichen Ansichten zurückzuhalten.<sup>77</sup> Ausgehend auf die Parteinahme von Professor Ragaz, die

<sup>71</sup> FA, 23./26./28./30. Dezember 1911. «Jesus Christus und die soziale Bewegung» (Vortrag vom 17. Dezember 1911) und NFA, 9. Mai 1914, vor allem 3. September 1917. Grabpredigt für einen sozialistischen Arbeiter, als Leitartikel.

<sup>72</sup> NFA, 31. Mai 1912.

<sup>73</sup> NFA, August 1915. «Altes und neues Christentum» von Pfarrer Mayer, Emmen.

<sup>74</sup> NFA, 5. Januar 1920.

<sup>75</sup> NFA, 5. März 1920, zuerst Pfarrer Koch von Tägerig, dann der Pfarrer von Kaisten.

<sup>76</sup> NFA, 20. April 1920.

<sup>77</sup> NFA, 26. April 1920.

Schweiz solle dem Völkerbund beitreten,<sup>78</sup> versuchte Schmassmann zu vermitteln: «Der Sozialist kann nur der schärfste Gegner des Völkerbundes sein; dieses Völkerbundes». Daher sei er gegen den Völkerbund – aber für den Eintritt der Schweiz. Nur so lasse sich der Völkerbund vollenden.<sup>79</sup> Das aargauische Sekretariat war – wie die schweizerische Partei auch – gegen eine Mitgliedschaft der Schweiz. Im Parteiblatt wurde die Stimmung immer gereizter. Das «Volksrecht» müsse sich im Aargau nicht als Schiedsrichter aufspielen. Sie hätten Sozialdemokratie, nicht Sozialdiktatur, wetterte Schmassmann. Als danach in Oberentfelden diskutiert wurde, ob ein Ausschlussverfahren einzuleiten sei, spekulierten die bürgerlichen Blätter auf eine Parteispaltung. «Zofinger Tagblatt», «Aargauer Tagblatt» und «Neue Aargauer Zeitung» würden von der Tätigkeit der Extremisten berichten: «Ein Leitartikel der Entstellungen». Aber Schmassmann lieferte selber die nötigen Worthülsen, kritisierte das «Oberentfelder Ketzergericht», das den Verräter Schmassmann absägen wollte, und ihn des «politischen Streikbruches» bezichtigte.<sup>80</sup> Der neue Parteisekretär versuchte Klarheit zu schaffen: Die persönliche Meinung habe hinter der proletarischen Disziplin zurückzutreten. Nach der Parolenfassung der Partei bleibe kein Raum mehr für abweichende Ansichten. Im Monat Juni weilte Schmassmann in den Ferien, während die bürgerliche Presse über die Entzweiung weiter mutmasste. Er meldete sich am 30. Juni wieder zurück, und zwar mit einem hochgestochenen, verwirrlichen Leitartikel, «Der erste Schritt zum Völkerbund». Eine absichtliche Provokation! Zwei Tage später meldete der Vorstand der sozialdemokratischen Presseunion, dass «O. Schmassmann seine redaktionelle Tätigkeit bis auf weiteres eingestellt» habe. Am 11. Juli fand eine Aussprache statt, und in geheimer Abstimmung wurde das Vorgehen des Vorstandes gutgeheissen.<sup>81</sup> Am 21. Juli wurde per Inserat ein neuer Redaktor gesucht. Damit war die Ära Schmassmann zu Ende. Vorläufig zeichnete eine Redaktionskommission als verantwortlich, wobei vorab das Parteisekretariat gemeint war, das am 17. Juli 1920 seine Tätigkeit aufnahm. 1921 schrieb Schmassmann dann in der «Neuen Zürcher Zeitung» einen Artikel: «Mein Austritt aus der sozialdemokratischen Partei». Der NFA quittierte: «Endlich am richtigen Platze!» Etwas Pazifismus und Völkerbundsbegeisterung bei bürgerlicher Denkweise reichten nicht aus, ein sozialdemokratisches Blatt zu leiten.<sup>82</sup> Am 29. November 1921 musste das Blatt melden, dass Schmassmann an Blinddarmentzündung gestorben sei.<sup>83</sup>

<sup>78</sup> NFA, 7. Mai 1920.

<sup>79</sup> NFA, 11. und 18. Mai 1920.

<sup>80</sup> NFA, 29. Mai, 3. Juni, 4. Juni 1920.

<sup>81</sup> NFA, 13. Juli 1920.

<sup>82</sup> NFA, 18. Januar 1921.

<sup>83</sup> NFA, 29. November 1921.



*Arthur Schmid sen. (1889–1958), die Stimme der aargauischen Sozialdemokratie.*

Dr. oec. Arthur Schmid war keineswegs auf eine Tätigkeit im Aargau angewiesen. Zwar musste er bei seiner kaufmännischen Tätigkeit im Tessin und der Arbeitslosigkeit in Zürich die Härte der Krise erfahren und wusste die Zeit für die Doktorarbeit zu nutzen. Dann aber hatte er in kürzester Zeit alles erreicht, was einem ambitionierten Politiker erstrebenswert erschien. Ursprünglich Handelslehrer am KV Winterthur, wurde er 1917 in den Kantonsrat gewählt, 1919 kam er als vollamtliches Exekutivmitglied in den Winterthurer Stadtrat und im gleichen Jahre – bei den ersten Proporzwahlen – als Vertreter des Aargaus in den Nationalrat. Um für den Aargau zu kandidieren, musste er auf den Stadtratsessel verzichten. So meldete er sich für den Posten des aargauischen Parteisekretärs, leitete interimistisch nach Schmassmann die Redaktionskommission des «Neuen Freien Aargauers»

und war damit praktisch ab Juli 1920 dessen Redaktor. 1921 trat er in den aargauischen Grossen Rat ein, wurde 1925 in den Gemeinderat von Oberentfelden gewählt und übernahm im gleichen Jahr das Fraktionspräsidium im aargauischen Parlament. Mit dem Umzug in den Aargau hatte er auf eine übersichtliche, gut dotierte Stellung als Berufspolitiker verzichtet, um eine vielschichtige und äusserst aufwendige Kampf- und Krampfarbeit zu leisten. Reizte die politische Bildungs- und Führungsaufgabe oder war es das Heimweh, das ihn nach Oberentfelden zurückholte? Tatsache ist, dass Arthur Schmid auch in der Zürcher Zeit den «Neuen Freien Aargauer» mit Artikeln und vor allem mit engagierten Gedichten zu besonderen Anlässen beliefert hatte und offensichtlich mit den Aargauer Genossen verbunden bleiben wollte. Damit dürften beide Triebkräfte gleicherweise am Werk gewesen sein.<sup>84</sup>

Die Affäre Schmassmann sei keine Personenfrage, sondern eine reine Sachfrage gewesen, belehrte gleich zu Beginn seiner Tätigkeit Arthur Schmid die bürgerliche Presse. Und er forderte Josef Niggli, Redaktor am «Aargauer Tagblatt», zum öffentlichen Wortgefecht heraus.<sup>85</sup> Die Schimpfwörter «Bolschewisten und Russen», die allen angehängt wurden, die Kritik am bürgerlichen Staat anbringen, belege den Mangel an wirklichen Argumenten.<sup>86</sup> Tatsächlich finden wir an der Konferenz der Anhänger der 3. Internationalen die Namen Dr. Welti, Nobs, Droz, Platten etc., nicht aber den Namen von Arthur Schmid. Die Geschäftsleitung fand, dass die 21 Eintrittsbedingungen in den Sektionen behandelt werden sollten, bevor man einen kantonalen Parteitag veranstalte: Eine Broschüre zum bessern Verständnis könne bei Arthur Schmid, dem Verfasser, bezogen werden. Damit wird sichtbar, dass sich die Aargauer Sozialdemokraten mit Arthur Schmid einen Vordenker engagiert haben, und dass er diese Stellung auch wahrnehmen wollte. Als Sprecher am Parteitag in Bern verlangte er eigene Kampfmethoden für die Schweiz und daher Ablehnung der 21 Bedingungen. Auch wenn die Begriffe Diktatur des Proletariats und Rätesystem ins neue Parteiprogramm aufgenommen wurden, trennte sich die extreme Linke als Kommunisten von der Partei, während die Mitglieder mit «pazifistisch-burgfriedlichem Denken» zu den Grütliauen nach rechts abwanderten.

Schon im Bettagsmandat der schweizerischen Bischöfe wurde den Katholiken der Eintritt in die sozialdemokratische Partei verboten. Wer notgedrungen dort verbleiben müsse, solle dies dem Pfarramt melden, zitierte der «Neue Freie Aargauer» am 27. Sept 1920 in vereinfachter Form und fragte darauf rhetorisch: «Sind wir im Mittelalter?» Als Antwort erschien ein Beitrag von «Casiopea» über den «Revolutionär Jesus», dessen sozial-reformerisches Lebenswerk als echte Lehre Christi eigentlich den

<sup>84</sup> Angaben aus dem Nekrolog, FA, 15. November 1958.

<sup>85</sup> NFA, 15. Juni 1920.

<sup>86</sup> NFA, 14. Juni 1920.

Sozialismus darstelle.<sup>87</sup> Fast täglich erschienen Meldungen und Kommentare zur päpstlichen Sozialpolitik und die christlichsoziale Verführung der Arbeiter: das Nächste wurde zum drohenden Feindbild. «Fort mit der schwarzen Presse!» lautete die Parole zum Jahresschluss.<sup>88</sup> Und der «Freischütz» konterte: «Hinaus mit der gesamten sozialistischen Presse aus den katholischen Wohnungen.»

Am 3. Januar 1921 trug die Zeitung erstmals den Vermerk, «Redaktion: B. Fuchs und Dr. A. Schmid». «Mit dem heutigen Tage übernehmen wir Unterzeichnete die Redaktion des N.F.A. Seit einem Jahr in der Redaktionskommission arbeitend, können wir es uns ersparen, lange Ausführungen zu machen.» Sie würden «im Sinne des klassenbewussten Proletariates, im Dienste des grossen Befreiungskampfes, des sozialistischen Klassenkampfes, trotz Lügen und Verleumdungen bürgerlicher Pressekulis, gemeinsam die kleinbürgerlichen Illusionen der Spiessbürger innerhalb und ausserhalb» der Partei zerstören, dass sie «zum revolutionären Marxismus erzogen werden».<sup>89</sup> Benedikt Fuchs ist in diesem Team der Arbeiter, der für die Arbeiter schreibt. Von Hause aus Typograph, hatte er sich in jeder Phase der Parteizeitung engagiert, sei es in der technischen Fertigung, im Vorstand der Presseunion oder in der Redaktionskommission. Seine Arbeit als mitverantwortlicher Redaktor betrifft vor allem den Alltagskram; daher tritt er in der Folge weniger in Erscheinung. Arthur Schmid aber schreibt grundsätzliche Artikel, die zum Teil auch in andern Linksblättern erschienen, führte als Politiker den offenen Zweikampf mit der bürgerlichen Meinungspresse. Bis 1928 wird dieses Zweigespann die Zeitung bestimmen. Wobei 1920, vor ihrem Einstand, ein Druckerei-Neubau bezogen werden konnte, neue Maschinen angeschafft wurden, denn das Blatt sollte formal eine Vergrösserung erfahren.<sup>90</sup> All diese Neuerungen waren möglich geworden durch die Zeichnung von Anteilscheinen. Die grösste Partei im Aargau, die stärkste Fraktion im Grossen Rat, dokumentierte ihre Potenz nun mit der entsprechenden eigenen Presse. Am 22. Februar 1921 erschien der NFA im neuen Gewand, in einem grösseren Kleid, nun vier-statt dreispaltig, das Resultat des «Opferwillens der Arbeiter».<sup>91</sup>

Tatsächlich musste sich die sozialdemokratische Presse 1921 mit einer konsequenten marxistischen Politik gegen die Werbearbeit der Neukommunisten wehren. Die aargauischen Extremisten versuchten gar mit einem eigenen Organ, «Neue Ordnung», ab April 1921 die Unzufriedenen zu sammeln. Der «Neue Freie Aargauer» hatte zum Jahresanfang den Zweiflern fettgedruckt direkt unter dem Kopf des Blattes, klaren Wein einge-

<sup>87</sup> NFA, 18. Oktober 1920.

<sup>88</sup> NFA, 18. November 1920.

<sup>89</sup> NFA, 3. Januar 1921.

<sup>90</sup> NFA, 2. Oktober 1920.

<sup>91</sup> NFA, 22. Februar 1921.

schenkt: «Wir stehen auf dem Standpunkt des schweizerischen Parteiprogramms, auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems. Es ist deshalb eine Irreführung der Parteigenossen, wenn die Neukommunisten die schweizerische Partei als rückständig und rechtsstehend hinstellen wollen. Die Partei steht auf dem Boden des revolutionären Marxismus.»<sup>92</sup> Grütlianer, die sich diesem Programm nicht unterziehen wollen, werden «gezwungen sein, die Partei zu verlassen». <sup>93</sup>

Am schweizerischen Parteitag in Luzern wurde dann beschlossen, die theoretische Zeitschrift «Rote Revue» herauszugeben, geleitet von E. Nobs und Friedr. Heeb, die als Wegbereiter vorzügliche Dienste leisten könne. Auch Arthur Schmid wird seine Beiträge diesem Organ zukommen lassen und damit weit über die Kantongrenzen hinaus wirksam werden.<sup>94</sup> Sie wird noch am Herbst-Parteitag von 1924 als «sehr defizitär» bezeichnet und dennoch beibehalten. Am 12. September 1930 wurde im «Freien Aargauer» das 10jährige Jubiläum dieser Zeitschrift gefeiert.

## Der Kampf gegen den Faschismus

Es war im Juli 1924. Zum Gedenken an den Tod Matteottis hielt Arthur Schmid an einer Aarauer Versammlung eine flammende Rede. Er geisselte dabei Mussolini, die Faschisten und ihre bürgerlich-kapitalistischen Helfeshelper in der Schweiz. Kläglich sei auch das Verhalten des schweizerischen Parlamentes: aus Angst vor dem gewalttätigen Nachbarn erfolge keine Verurteilung der Tat. Und bürgerliche Journalisten liessen sich vom Duce einladen und seien dann des Lobes voll über das neue Italien.<sup>95</sup> Auch die Völkischen und Hitlermannen in München unterhielten direkte Beziehungen zu Mussolini. Die Stellung der Opposition in Italien sei beklagenswert. Man versuche, jede kritische Presse zum Schweigen zu bringen.<sup>96</sup>

Dem «Neuen Freien Aargauer» und seinen Redaktoren muss zugestanden werden, dass die Kritik am undemokratischen und rassistischen Ge habe der Rechtsextremen schon damals einzusetzte, als die Bedrohung der marxistischen Parteien erst auf Papieren und Programmen erschien. Schon am 24. September 1920 mahnte das Blatt unter dem Titel «Die Judenhetze im Aargau» Fürsprech Dr. Ursprung an, sich korrekter zu verhalten; es seien meist die «christlichen Juden», die da rupfen und pressen. Und am 8. Juli 1921 beschwerte sich der NFA gegenüber dem katholischen Volksblatt nicht nur wegen den Angriffen und Verleumdungen gegenüber den Sozial-

<sup>92</sup> NFA, 17. Januar 1921.

<sup>93</sup> NFA, 17. Januar 1921.

<sup>94</sup> NFA, 16. September 1921.

<sup>95</sup> NFA, 1. Juli 1924.

<sup>96</sup> NFA, 2./10. Juli 1924.

demokraten. «Die Judenhetze, die neuestens einen sehr breiten Raum in der guten Presse einnimmt, könnte allein eine ganze Kraft beschäftigen, um nur die gröbsten Unwahrheiten aus dem Wege zu räumen.» Zehn Jahre nach Ausbruch des Krieges 1914, würde in Italien das Mussolini-Mordpack wüten, ebenso in Deutschland völkische Hitlerbanden;<sup>97</sup> der «Greisenring deutscher Orden» verlange von seinen Mitgliedern ein Zeugnis, kein jüdisches oder farbiges Blut in sich zu haben und Hakenkreuzler überfielen eine Jugendgruppe bei einem Feste. Und neben all diesen Aktivitäten der Nationalidioten begehe die Schweiz das Schützenfest in Aarau und zelebriere Kantönlgeist.<sup>98</sup> Eine typische Verquickung! Alles Nationale, Patriotische und Militärische (Sportschiessen) wurde in die Nähe des Völkischen gerückt. In der irrgen Meinung, dass diese bürgerlichen Tugenden sowieso am Ende seien, wurden sie mit der faschistischen Ideologie zusammengepackt. Damit erzeugte die Linkspresse den gegenteiligen Effekt: das Faschistische und Nationalsozialistische wurde verharmlost und konnte sich bei uns mit Vaterländischem drapieren. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Grundlagen des bürgerlich-liberalen Staates wurden diesem abgesprochen und alleine dem Internationalismus zuerkannt. Die Sozialdemokratie isolierte sich selber, indem sie die harte Front nicht zwischen Rechtsstaat und brutaler Gewaltherrschaft zog, sondern zwischen marxistischer und bestehender Ordnung. Die sicher berechtigte Kritik an Bundesrat Motta, dass er in Liebedienerei zu Mussolini mache, der doch für die «faschistischen Schandtaten» verantwortlich sei, verfehlte den Effekt, weil sie nur Trotz- und Abwehrhaltung bei den Bürgerlichen hervorrief. Die vaterlandslosen Gesellen, wie Dr. Feisst im bäuerlichen Hausfreund<sup>99</sup> die Sozialdemokraten hiess, galten nicht als legitimiert, Vaterländische im In- und Ausland zu kritisieren.

Nach dem Hitlerputsch 1924 wurde im «Neuen Freien Aargauer» auch behauptet, die Finanzierung des politischen Schlages sei von der Schweiz aus erfolgt; Hitler und Ludendorff seien zu diesem Zwecke in der Schweiz gewesen, und Dr. Eugen Bircher habe für die Unterstützung geworben. Im gleichen Leitartikel dementierten Hitler und Ludendorff diese Angaben, und Bircher erklärte sich als Gegner Hitlers.<sup>100</sup> Was sich wirklich in Zürich abgespielt hatte, blieb auch in der Folge unklar; dass Hitler je in Aarau gewesen war und Bircher für Geld geworben hätte, musste die spätere Geschichtsforschung ins Reich der Legende verweisen.<sup>101</sup>

Seit 1928 war Ernst Rodel in die Redaktion eingetreten, Benedikt Fuchs wurde zum Geschäftsführer der Genossenschaftsdruckerei ernannt und

<sup>97</sup> NFA, 8. August 1924.

<sup>98</sup> NFA, 27./28. Juli und 28. August 1924.

<sup>99</sup> NFA, 21. Oktober 1924.

<sup>100</sup> NFA, 6. Dezember 1924. «Schweiz. Unterstützung des dt. Hakenkreuzes».

<sup>101</sup> Gautschi Willi, KA, Bd. 3, S. 275.

Arthur Schmid hiess nun Chefredaktor. Ernst Rodel war ebenfalls ein Heimweh-Aargauer, aufgewachsen in Meisterschwanden. Nach Studien in Bern wurde er Redaktor der sozialistischen «Seeländer Volksstimme» in Biel. Nach dem alten Spruch, grosse Männer werfen einen langen Schatten, war wohl für den späteren Nationalrat Rodel neben Schmid zu wenig Raum. «Die Zusammenarbeit in der Redaktion war nicht die idealste», bekannte er in seinem Beitrag zu 70 Jahre «Freier Aargauer». <sup>102</sup>

Die Administration war an der Rengerstrasse 44 domiziliert, das heisst im neuen Druckereigebäude. Die erste Tageszeitung 1912 nannte blos Wettlingen als Gemeinde, die den NFA als officielles Publikationsorgan hielt; 1930 wurde 13 grosse Ortschaften aufgeführt. Daraus wird sichtbar, dass die Zeitung an Bedeutung gewonnen hatte, dass aber auch die Partei in vielen Gemeinderäten zur Regierungspartei aufgerückt war. «Im Laufe der letzten fünf Jahre haben wir unsere Abonnentenzahl verdoppelt. Heute zählt der Freie Aargauer über 10 000 Abonnenten», konnte das Blatt am 1. Mai 1930 stolz verkünden. Seit 1921 wurde auch die monatliche Zeitschrift «Frauenrecht» in Aarau verlegt und gedruckt. Damit erhöhte sich die Bedeutung der Genossenschaftsdruckerei im Rahmen der schweizerischen Arbeiterpublizistik. Der Aargau dürfte auch bezüglich Abonnentenwerbung eine Spaltenstellung eingenommen haben, meldete doch der NFA vom 8. Februar 1930 772 neue Abonnenten für die Frauenzeitschrift im eigenen Kantonsgebiet.

«Die Klassenkämpfe der Zukunft werden schärfer sein als die Klassenkämpfe der Vergangenheit», behauptete A. Schmid in der 1. Mai-Nummer 1930, «es geht tatsächlich um die Eroberung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse». «Die arbeitende Bevölkerung besitzt die Macht, die neue Welt zu verwirklichen, wenn sie nur will». Diese zuversichtlichen Äusserungen standen 1930 im krassen Gegensatz zur Realität: Partei und Presse der Sozialdemokaten führten einen Zweifrontenkrieg. Einerseits kämpften sie uneingeschränkt gegen Stalins bolschewistische Macht in der Sowjetunion, darin eingeschlossen waren die Kommunisten (Welti, Bringolf, Humbert-Droz etc.) der Schweiz; anderseits drängten in den Nachbarstaaten faschistische Kräfte ans Ruder, die mit sozialistischen Schlagworten hantierten und die man zur Distanzierung möglichst nahe ans Bürgertum abdrängen wollte. In Wirklichkeit wäre der Kampf nach rechts vielgestaltiger und differenzierter gewesen. Die pazifistische Grundhaltung, der im NFA von damals immer Priorität eingeräumt wurde, verwies die Kriegsverherrlichung der Faschisten und der Verteidigungswillen des aargauischen Bürgertums in denselben Topf, so dass eine mächtige gemeinsame Abwehr der rechtsextremen Kräfte illusorisch blieb.

---

<sup>102</sup> FA, Sondernummer 75 Jahre, 27./28. Februar 1981, auch: Bircher Silvio: 70 Jahre Aargauer und Schweizer Politik, Aarau 1976, S. 18.

Zwar sprach die Zeitung von «Nationalsozialistischer Zellenbildung in der deutschen Reichswehr»<sup>103</sup> und ordnete damit das Militär der demokratischen Republik zu; in der Schweiz hingegen wurden selbst die Manöverberichte der Landwehr als Manöverspiele verunglimpft: «Das Publikum soll militärfreundlich gemacht werden. Es soll den blutigen Weltkrieg vergessen. Es soll nicht über die Zukunft nachdenken.»<sup>104</sup> Das Thema Christentum und Antimilitarismus wird, genauso wie früher die christliche Soziallehre, zur Dauerpolemik zwischen Volksblatt und Freiem Aargauer, zwischen Bärlocher und Arthur Schmid.<sup>105</sup>

Während die bürgerliche Presse weitgehend auf die Gretchenfrage, «wie hältst Du es mit der Landesverteidigung», fixiert blieb, starrte die Redaktion des «Freien Aargauers» ohne Unterlass auf das Schicksal der politischen Leidensgenossen im Ausland. Damit wurde das Undemokratische im «Freien Aargauer» früh erkannt, während sich die übrigen Blätter oft über das terroristische Treiben faschistischer und nationalsozialistischer Banden ausschwieg. «Ausschreitungen von Hakenkreuzlerbanden im Badischen», in Thüringen wird «rechtsradikaler Umsturz» vorbereitet,<sup>106</sup> «Nationalsozialisten (das sind Hakenkreuzler, Hitlerbrüder)»<sup>107</sup> wollen die Arbeiter entführen zu ihrem Banditentum.<sup>108</sup> So wurde getitelt, mit überdeutlichen Worten angeprangert.

Obwohl Spionageaffären der italienischen Faschisten in der Schweiz die nachbarlichen Beziehungen belasteten und gar die Konsulate von Lausanne und St. Gallen in den Skandal verwickelt waren, würde vom Bundesrat nur zögerlich eingegriffen,<sup>109</sup> meinte der «Freie Aargauer», und Motta betone zum Überfluss noch die «Herzlichkeit der Beziehungen zu Italien».<sup>110</sup> Entgegen dem Bundesrate verteidigte der «Freie Aargauer» die Presse- und Versammlungsfreiheit, und zwar grundsätzlich, auch wenn es um die Erzfeinde, die stalinistischen Kommunisten in der Schweiz ging. Diese konsequente demokratische Haltung trug der Redaktion bei der damaligen Stimmungslage höchsten das Schimpfwort Moskowiter ein. Das Verbot der kommunistischen Versammlung in Baden durch den aargauischen Regierungsrat im Mai 1930 hiess das sozialdemokratische Blatt für die Kommunisten Propaganda machen, und das Truppenaufgebot und die Verhaftung von Nationalrat Bringolf verlieh der Aktion eine bürgerliche Patina, auch wenn alles vom sozialistischen Stadtammann Killer inszeniert war. Arthur Schmid war damals Grossrats-Präsident, distanzierte sich von kommunisti-

<sup>103</sup> FA, 15. März 1930.

<sup>104</sup> FA, 24. Januar – 27. Februar 1930.

<sup>105</sup> FA, 12. April 1930.

<sup>106</sup> FA, 20. März 1930.

<sup>107</sup> FA, 7. Februar 1930.

<sup>108</sup> FA, 5. April.

<sup>109</sup> FA, 27. März 1930.

<sup>110</sup> FA, 15. April 1930.

sche Greuelberichten, wollte aber als Antwort darauf die wahren Arbeiter dem Lande vorführen. Gegen 700 Teilnehmer hörten sich Ende Mai im gleichen Baden seine Rede an, worin er versicherte, alles zu tun, «um die Arbeitenden den geraden Weg des Klassenkampfes zu führen». Als die Ausschreitungen von Kommunisten und Nazi-Freunden in Zürich im folgenden Monat fast alltäglich wurden,<sup>111</sup> beschwerte sich das «Aargauer Tagblatt»: «Für solche kommunistische Messerhelden verlangen die aargauischen Sozialdemokraten die Versammlungsfreiheit!» Dies bedeute eine Verdrehung. Mit Bewilligungen würde eben diese Freiheit verhindert. Redaktor Billo von der «Schweizer Freien Presse» der Bauernpartei rief sogar nach einem Verbot der Kommunistischen Partei. Derselbe Herr Billo habe sich selber denunziert; er hätte öffentlich zugegeben, dass mit seinem Zuspruch, Geld für Hitler gesammelt worden sei, konterte der «Freie Aargauer».

## Gretchenfrage der Bürgerlichen: Landesverteidigung?

Aller Einsichten und Anprangerungen zum Trotz, wiegte sich der «Freie Aargauer» allzulange in seltsamer Sicherheit. Nachdem die NSDAP in Sachsen zweitstärkste Partei geworden, prägte Reichskanzler Wirth den berühmten Satz: «Die Gefahr steht rechts!» «Die nationalsozialistische Gefahr ist gewiss nicht so gross, dass eine Panikstimmung gerechtfertigt wäre. Die Lage in Sachsen ist den Nationalsozialisten weitaus günstiger als in den meisten Ländern Deutschlands, und die sozialdemokratischen Organisationen sind gewiss stark genug, um die Angriffe der Nationalsozialisten abzuwehren.»<sup>112</sup> Der «Freie Aargauer» stellte dem «Sozialismus der dummen Kerls» den «Sozialismus der Wissenschaft» gegenüber. Überdeckte der Pazifismus wohl alle Bedenken? War der Wunsch Vater des Gedankens? Obgleich Mussolini als amoralischer Mensch und als kriegslüsterner Diktator laufend Objekt der sozialdemokratischen Presse war, wurde die Manöver der französischen Armee in Savoyen und Lyon kritisiert, auch wenn der Duce kurz vorher Frankreich mit Krieg gedroht hatte. «Nie wieder Krieg» – «Bald wieder Krieg?», lautete der Titel des Artikels. «Den Söhnen zur Warnung» wurde dem Rüstungswahnsinn und der Geheimdiplomatie im FA immer wieder der Kampf angesagt. Zwar lockten die deutschen Wahlen vom 14. September 1930, die mit einem deutlichen Sieg der NSDAP endigten, Arthur Schmid etwas aus der Reserve heraus. Die Regierungsbeteiligung der Nazis sei nicht nur eine Frage für Deutschland, sondern auch für die Aussenpolitik. Es werde sich zeigen, «ob nicht der Eintritt der Natio-

---

<sup>111</sup> FA, 20./21. Juni 1930.

<sup>112</sup> FA, 28. Juni 1930.

nalsozialisten in die Rechtsregierung den Krieg bedeuten würde und damit den Untergang der europäischen Kultur überhaupt.»<sup>113</sup>

Dennoch verharrte Schmid in seinen eingeübten Mustern: «Die Menschheit könnte glücklich sein.» Es ist der Kapitalismus, der die Menschen je länger je unglücklicher macht.<sup>114</sup> Und er zitierte die «Berner Tagwacht» im Leitartikel «Die Beschönigung»: «Hitlerei, Fascismus in Italien, Kriegsstimmungsmache in andern Ländern und Manöverenthusiasmus in der Schweiz ist dasselbe.» Das Zusammenwirken von Nationalsozialismus und Schwerindustrie im Reich festigten natürlich auch die Theorie, dass jede Form von bourgeois Friede eine Illusion bleiben muss. «Es ist klar, dass die Haltung der Hitler und Goebbels von ihren schwerkapitalistischen Hintermännern bestimmt ist, die von ihnen verlangen, dass sie die Funktion des schärfsten Exponenten der bürgerlichen Reaktion ausüben.»<sup>115</sup> Die Ehrfurcht vor dem Leben wird überall verletzt: in der Fabrik, der Sozialordnung, im Militarismus. Es gibt eine «wirklich empfundene Ehrfurcht vor dem Leben. Von ihr ist auch der Geist des Sozialismus durchtränkt.» «Selbstverständlich ist es (...), dass der Sozialismus nicht der aus Etikette und Tradition entspringenden Gefühlswelt gewisser Schichten Konzessionen macht und, um diese Schichten zu gewinnen, den Klassenkampf ablehnt, oder sogar gegen die wunderbaren Lehren von Karl Marx Stellung nimmt. Deshalb erklären sie, dass es keine Gemeinschaft gibt zwischen Kapitalismus und Sozialismus.»<sup>116</sup> Diese Erläuterungen waren gleichsam der journalistische Einstieg ins Duell Bundesrat Minger gegen Arthur Schmid vom 26. Oktober 1930 in Gränichen. Laut Zusammenfassung im «Freien Aargauer» war der Tenor des Bundesrates: Wir müssen den Friedensgedanken verbreiten – aber uns unterdessen nicht entwaffnen. Es besteht in der Welt noch zu viel Unsicherheit. Die Sozialdemokratie wird sicher noch zu einer bessern Einsicht kommen. Arthur Schmid: «Der nächste Krieg wird ein Gaskrieg sein. Es wird ein Krieg aus der Luft sein. Die Grenze geht nicht der Erde entlang. Deshalb müssen wir einen Weg suchen, wie unser Land in einem zukünftigen Weltkrieg am besten durchkommt, wie wir unser Volk am besten erhalten; denn die Heimat, die wir zu schützen haben, das sind schliesslich die lebendigen Menschen und nicht der tote Boden. Am besten kommen wir zweifellos durch den Krieg hindurch, wenn wir uns nicht bewaffnen.»<sup>117</sup>

Da Schmid in Gränichen Stalin als gewöhnlichen Verbrecher bezeichnet hatte, lieferte er der kommunistischen Presse der Schweiz Stoff für harte Angriffe auf die «Sozialfaschisten», die mit den Militaristen eine Einheits-

<sup>113</sup> FA, 29. September 1930.

<sup>114</sup> FA, 4. Oktober 1930.

<sup>115</sup> FA, 16. Juli 1930.

<sup>116</sup> FA, 25. Oktober 1930.

<sup>117</sup> FA, 27. Oktober 1930.

front bildeten. Die Massendemonstrationen gegen die Militärkredite im November 1930 in Bern sprachen zwar eine andere Sprache. Dennoch verlangte Arthur Schmid eine öffentliche Auseinandersetzung. Am 27. November trafen sich der Kommunist Arnold und Schmid in der Kettenbrücke in Aarau. Der ausführliche Bericht im «Freien Aargauer» vom 29. November (drei Zeitungsseiten) deckte auf, dass bezüglich Kritik am Bundesrat insofern Einigkeit bestand, als die Ausweisung von Antifaschisten aus dem Tessin gleicherweise verurteilt und als Verbeugung vor Mussolini gewertet wurde. Wer da von der kommunistischen Presse als «Sozialfascisten» bezeichnet werde, stehe «nach wie vor auf dem Boden der Ablehnung der Landesverteidigung». Aber: die Sozialdemokraten werden das Möglichste für die Arbeiter herausholen – politisch.<sup>118</sup> Hier unterscheide man sich von der «unfruchtbaren Politik der Kommunisten».<sup>119</sup> Und die offizielle Politik bestätigte die gemachten Versicherungen. In der Debatte zu den Militärkrediten in der Dezembersession bekannte Arthur Schmid: Wir haben 1914 den Krediten zugestimmt; aber wir haben seither etwas gelernt.

In dieser Phase war der «Freie Aargauer» wenig darauf aus, mit der aargauischen Presse bürgerlicher Observanz Querelen auszutragen. Am ehesten erhielten die Tageszeitungen eine Antwort, wenn sie in undifferenzierter Art die Roten anschwärzten und die Trennung von den Moskowitern ignorierten. Redaktor Maurer vom «Zofinger Tagblatt» empfing des öfters Belehrungen. Selten kam das «Aargauer Tagblatt» zum Zuge, und das Bruderblatt in Baden wurde kaum genannt. «Hausfreund» und «Schweizer Freie Presse» und dahinter Dr. Laur, der Chef der «Bauern-Internationalen», kamen immer wieder ins Visier der roten Presse, sowohl im Aargau als auch ausserkantonal. Einerseits die harte Zoll- und Preispolitik, andererseits die romantische Volkstums-Schwärmerei, die sich wenig vom Mystizismus im nördlichen und südlichen Nachbarland abhob, ernteten Kritik. Das häufigste Objekt der Polemiken blieb aber das «Aargauer Volksblatt». Die «Diktatur Brünings», der «leuchtende Pfaffentrug» unter Bundeskanzler Seipel in Österreich, riefen nach Antworten des enragierten Bärlocher. Aber nach Meinung Arthur Schmids passten «Waffen und Monstranz», «päpstliches Legat und Kanonenboote» einfach nicht zusammen. Das Volksblatt ertrug die Kritik an Mottas mussolinifreundliche Politik nur schlecht, ebenso die unverhohlene Freude des «Freien Aargauers», dass sich die Christlichsozialen von der Mutterpartei wohl bald trennen würden.<sup>120</sup> Kirche und Krieg, Militärdienstverweigerer, Christentum und Antimilitarismus waren Themenkreise, die vor allem zu Beginn des Jahres 1930 die beiden Redaktionen beschäftigten.

<sup>118</sup> FA, 29. November 1930.

<sup>119</sup> FA, 3. Dezember 1930.

<sup>120</sup> FA, 18. November 1930.

Artikel von Dr. Hans Konrad Sonderegger wurden aus dem «Land-schäftler» gerne in extenso übernommen, vor allem, wenn sie einen konsequenter Liberalismus bezüglich persönlicher Freiheitsrechte vertraten. Sie sollten der bürgerlichen Aargauer Presse das Schämen beibringen. Nicht ganz koscher war, dass Arthur Schmid diese Texte als Meinung eines Bürgerlichen ansagte. Der Autor war engagierter Freiwirtschafter, und daher auch bei den regierenden Parteien und ihren Blättern *persona non grata*.

Die politischen Aktivitäten der frühen dreissiger Jahre waren nicht dazu angetan, das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten zu verbessern. Die Gefahr steht links! war die Parole der Behörden, der Polizei und Presse, und sie sahen in jedem «Roten» einen Moskowiter. Die Gefahr steht rechts! behaupteten die Sozialdemokraten: Das Entstehen der «fascistischen Ideologie ist wesensnotwendig in dem Moment, in welchem die Arbeiterklasse so mächtig wird, dass sie eine reale Gefahr für die feudalkapitalistische Ordnung wird». <sup>121</sup> Die gewaltsame Auflösung der Demonstration von Genf am 9. November 1932 mit 13 Toten verstärkte die marxistische Theorie. «Demokratie nach Mode Minger. Das ist gut so. Es ist gut, dass es ein sauberes Diesseits und Jenseits der Barrikaden gibt; hier hebt die Freiheit ihre rote Fahne, drüben winken die Adler und die Liktorenbeile des Faschismus, des Todfeindes der Freiheit.» <sup>122</sup> Auch Arthur Schmid: «Nicht nur Religion ist Opium für das Volk», sondern auch Film und Bücher-Geschichten. Der Kapitalismus schafft die geistigen Betäubungsmittel. «Mit solchen Menschen kann man natürlich keine neue Menschheit schaffen.» Die Krise in Westeuropa sei nun total. Hoffnung auf das Ende der Arbeitslosigkeit und Abwehr der faschistischen Tendenzen liegen alleine im Sozialismus in allen Ländern Westeuropas. Die Sowjetunion ist wenigstens «das Land, wo der Hunger nicht weh tut». <sup>123</sup> «Ein Mutiger», titelte der «Freie Aargauer», als Thomas Mann ein Bekenntnis zum Sozialismus ablegte, obgleich er eindeutig den Marxismus ablehnte. <sup>124</sup>

Der Zwiespalt der Redaktion wurde immer offensichtlicher. Die Machtübernahme wurde noch einmal verharmlost: Hitler besitze im Parlament keine Mehrheit der NSDAP. Trotz aller Greuelnachrichten wurde Arthur Schmid getragen von der «Gewissheit, dass der Sozialismus in Deutschland nicht ausgerottet werden kann». <sup>125</sup> Und er titelte angstfrei: «Die braune Mordbestie rast». «Hitlers Schreckensherrschaft». «Terrorwahlen in Deutschland». «Rückfall in die Barbarei». «Das Wüten der entmenschten Horden». «Der Abschaum der Menschheit herrscht in Deutschland». «Auch Katholiken werden misshandelt». «Unter dem Haken-Mord-Kreuz

<sup>121</sup> FA, 14. November 1930.

<sup>122</sup> FA, 3. Juni 1933.

<sup>123</sup> FA, 7. Januar 1933.

<sup>124</sup> FA, 20. Februar 1933.

<sup>125</sup> FA, 6. März 1933.

(Meldungen, die man im «Aargauer Tagblatt» nicht liest)». «Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte», und der «Freie Aargauer» schliesst sich den Protesten aus aller Welt an. Der Protest der bürgerlichen Aargauer Zeitungen wegen der Störungen der Versammlung der Nationalen Front im «Roten Haus» in Brugg durch die Sozialdemokraten, wurde quittiert mit dem Aufruf: «Jawohl: Gegen jede Unterdrückung der Versammlungsfreiheit!» Doch Zurückhaltung kann nicht verlangt werden, wenn mit zweierlei Ellen gemessen wird. Und der Hotelier Maurer, Freund der Fröntler, habe zudem für die «Schweizer Freie Presse» auf Kosten der Sozialdemokraten gelogen und diese angeschwärzt.

Der Bericht vom schweizerischen Parteitag in Biel deutete an, dass der Zwiespalt innerhalb der Sozialdemokratie virulenter wurde. Es wurde ein Antrag angenommen, dass ein weiterer Parteitag angesetzt werden müsste, unter besonderer Berücksichtigung der Militärfrage. Arthur Schmid referierte dort scharf gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten. Diese seien blosse Werkzeuge Moskaus, also nicht verhandlungsfähig. Es müsste der Glaube aufgegeben werden, dass die Internationale für uns handeln könnte, ebenso, dass man mit einer einzigen Aktion, zum Beispiel einem Generalstreik, das Ziel erreichen könne.<sup>126</sup> Obwohl der Widerstand der deutschen Sozialdemokraten erlahmte und die Lage hoffnungslos war, hielt Schmid verzweifelt an seiner pazifistischen These fest: «Der deutsche Faschismus bedeutet eine schwere Kriegsdrohung für Westeuropa.» Frankreich, Belgien, England und andere Länder würden wohl ähnlich reagieren wie die deutschen Sozialisten. Der Friedenswille sei in all diesen Demokratien bei den bürgerlichen Parteien stärker als in Deutschland. Daher werde man dort Schwäche zeigen. Bei uns aber seien die Arbeiter die zahlreichste Gruppe. Jeder müsse hier Träger des Sozialismus werden. Ja, Schmid behauptete hart und klar, dass der Sieg des Faschismus die Angliederung der Schweiz an die Nachbarstaaten bedeute.<sup>127</sup> Er kritisierte die Ahnungslosigkeit des Bürgertums bezüglich der Wirkungen des Faschismus. Es sei der Kampf für die «Ideale der Menschlichkeit» zu führen. Arthur Schmid klagte an, «dass der Hass einzelner Bourgeois und Kapitalisten gegen die klassenbewusste Arbeiterschaft grösser ist, als der Verstand, der sie über das Wohl und Wehe ihres eigenen Schicksals nachdenken lassen würde».<sup>128</sup> Seine eigene Lernfähigkeit zog er nicht in Zweifel: im Artikel «Konrad Falke einst und jetzt» frozzelte er diesen aus, weil er früher das Militär verachtet habe – nun aber das Schiessen richtig finde. Militär – Militarismus – Heimwehren – Oberstdivisionär Sonderegger – Dr. Bircher – Offiziersgesellschaft – Oberst Fonjallaz waren gleichbedeutend mit – Nationaler Front – Tobler – Rüegsegger und Oltramare. «Der Militarismus der deutschen Republik als

<sup>126</sup> FA, 10. April 1933.

<sup>127</sup> FA, 2. Mai 1933.

<sup>128</sup> FA, 27./29. Mai 1933.

Wegbereiter der Hitlerdiktatur»<sup>129</sup> wurde als Muster verwendet für die Schweiz: Das Militär des bürgerlichen Staates verdiente niemals Vertrauen. Sicher: der «Freie Aargauer» kämpfte unentwegt gegen das Aufkommen der Fronten –, kompromiss- und furchtlos. Andere Zeitungen, die von diesen «Jugendorganisationen» Impulse und freche Belebung verkrusteter Parteistrukturen bei den Bürgerlichen erwarteten, trugen ihre Kritik behutsamer vor. Sie verhielten sich nicht anders als zum Beispiel der «Kirchenbote, Kirchenblatt für die reformierte Schweiz», der im Mai 1933 von der Redaktion des «Freien Aargauers» wegen Lauheit gegenüber der Nazi-Verbrechen, die diese Erneuerung begleiteten, angeklagt wurde. Die Antwort des Theologen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, wurde am 15. Mai 1933 im aargauischen Parteiblatt abgedruckt: Er finde auch «Wertvolles, Gesundes, aus viel Versumpfung Hinausführendes» in den neuen Bewegungen. Man dürfe nicht voreilig Richter spielen. Neben gewissem Entgegenkommen der grösseren liberalen Blätter, zeigten einige lokale Blätter offensichtliche Sympathie zu den Fronten, so das «Zurzacher Volksblatt» oder das «Brugger Tagblatt»; wenig resistent gegenüber rassistischen Tendenzen erwiesen sich die führenden katholisch-konservativen Blätter, «Aargauer Volksblatt» und «Botschaft». Als das Parteiuniformenverbot des Bundesrates von liberalen wie linken Zeitungen gleichermassen gefeiert wurde, bemerkte der «Freie Aargauer» hinterhältig: Das «Vaterland» hätte die Massnahme bejaht; «ob auch aargauische konservative Blätter diese Ausführungen abdrucken werden?»<sup>130</sup> Oder wenn das «Brugger Tagblatt» die Auflösung und das Verbot aller Parteien im Deutschen Reich mit dem Titel versah, «Der parteilose Staat», so durfte dies vom «Freien Aargauer» mit Recht als Verharmlosung kritisiert werden.

Das Wort Reaktion wurde in dieser Zeitung zum Sammelbegriff; er fasste im ideologischen Sinne alle nichtsozialistischen Gruppierungen zusammen: das Antimarxistische war der übergeordnete Gesichtspunkt. Robert Grimm verfasste im FA eine Analyse in sechs Fortsetzungen: «Nationale Fronten und Arbeiterbewegung». Darin finden wir die Behauptung: Die Angstpsychose der Bürgerlichen verwandle sich in Anpassung. Die Phrasen werden denen Hitlers verwandt und immer häufiger vergangenheitsbezogen. Arthur Schmid forderte dauernd zur Diskussion auf, in der Presse, in Versammlungen, ja selbst bei Massenveranstaltungen. Überzeugt, dass die Frontisten «in geistiger Hinsicht den Sozialisten unterlegen» sind,<sup>131</sup> aus dem Glauben heraus, dass deren System nicht wissenschaftlich ist, rief er zu Besetzungen, Übernahme von Versammlungen oder Gegendemonstrationen auf. Er behauptete, die «bürgerlichen Blätter orientierten ihre Leser über das, was in Deutschland vor sich geht, nicht», was nur sehr teilweise

<sup>129</sup> FA, 28. Juni 1933.

<sup>130</sup> FA, 1. Juni 1933.

<sup>131</sup> FA, 12. Juli 1933.

richtig war. Was frappieren könnte, wäre die abgedämpfte Entrüstung der Redaktion, die dann spürbar war, wenn es sich bei den Opfern nur um Kommunisten handelte. Tatsächlich war die Bewertung zum Teil anders und die Antwort darauf hiess immer Aufrüstung! Professor Ragaz aber verfasste für den «Freien Aargauer» den Aufruf, am Pazifismus festzuhalten unter dem Titel: «Widersteht!»<sup>132</sup> Schmid sekundierte: «Das Weltgewissen muss wachgerüttelt werden.» Die Kriegsvorbereitungen in Deutschland seien ein Gefahrenherd für alle kleinen Länder ringsum. Die internationale Sozialistenkonferenz sollte dies zum Hauptthema erklären. Ein lückenloser Boykott, dies wäre die beste Massnahme. Nach dem Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund rief er aus: «Jetzt herrscht eine gewisse Klarheit! Die Deutschen werden die unschuldig Verfolgten spielen. Sie werden fieberhaft rüsten. Heute könnte der Krieg restlos verhindert werden. Ein Krieg aber in der heutigen Zeit gegen Deutschland würde unter Umständen die westeuropäische Kultur und die Demokratie retten.»<sup>133</sup> Ein deutscher Aufmarschplan durch die Schweiz« aus dem «Petit Parisien» wurde veröffentlicht und einen Monat später breit diskutiert.<sup>134</sup>

Die NZZ wurde für einen Monat in Deutschland verboten. Albert Oeri von den «Basler Nachrichten» prangerte das Unmenschliche im Faschismus an. 3000 Pfarrer des Notbundes bekennen: «Wir wollen keine stummen Hunde sein.» Das Feindbild Bürgertum gleich Faschismus zerbrach. Robert Grimm räumte in seinem Aufsatz «Fascismus und Landesverteidigung» ein: wenn die Demokratie gesichert sei, dann gäbe es auch für die Sozialdemokratie eine Landesverteidigung, die zu bejahen sei. Der Klassenkampf-Standpunkt müsse dabei nicht aufgegeben werden. Oberrichter Fritz Baumann, in altbekanntem Pazifismus, konterte: «Nein, Genosse Grimm, mit der bedingten Anerkennung der Landesverteidigung schliessen Sie die Lücke in der sozialistischen Politik nicht.» Das Nein zum Rüstungskredit von 82 Mio Franken wurde mit dem Hinweis verbunden, dass am nächsten Parteitag über die neue politische Situation beraten werde. Die Abwehr des Faschismus könne nicht mit einem imperialistischen Kriege gleichgesetzt werden. Arthur Schmid: Die bürgerlichen Staaten werden fascistisch werden; «mit sozialistischem Geist durchsetzte Staaten» können den Faschismus genauso wie im Innern, auch von aussen kommend, bekämpfen und «damit die Basis für den Aufstieg des Sozialismus retten».

Nobs lehnte die Fragestellung «Landesverteidigung, ja oder nein» ab. «Sozialismus und Militarismus bleiben unvereinbare Gegensätze.» Wir können und dürfen uns nicht an die nationalistischen Parolen der Grütliauer anlehnen. Und Arthur Schmid näherte sich sachte dem Ja zur Verteidigung mit der Argumentation: Wenn trotz friedlicher Abwehr des Ungeis-

<sup>132</sup> FA, 22. Juli 1933.

<sup>133</sup> FA, 16. Oktober 1933.

<sup>134</sup> FA, 30. Oktober und 26. September 1933.

tes, «fascistische Horden des Auslandes die Rechte und Freiheiten der Schweiz durch territoriale Angriffe bedrohen sollten, erachtet die SPS auch ein mit den Mitteln der militärischen Gewalt organisierte Notwehr für berechtigt und wird ihr im Interesse der proletarischen Klassenverteidigung die Zustimmung nicht versagen».<sup>135</sup> «Tatsache ist, dass die bürgerliche Demokratie eine bessere Basis für die Entwicklung zur sozialen Demokratie bedeutet, als der fascistisch-mittelalterlich organisierte Staat. Dem Faschismus imponiert nichts als die Macht.»

Der aargauischen Bauernpartei passte die selbständige Politik der Sozialdemokraten bezüglich Wehrwesen nicht. Dr. Müller-Wolfer, der ein Verbot der kommunistischen Partei forderte und gegen alles Marxistische vorgehen wollte, würde damit nur die besten Voraussetzungen für die Diktatur schaffen, behauptete der «Freie Aargauer». Und Dr. Roman Abt, der an der Kundgebung in der Kettenbrücke gegen das «sozialistische Reich» in der Schweiz protestierte und nach nationaler Erneuerung rief, wurde von Schmid verspottet: er möchte halt der «Dalai Lama» für alle Bürgerlichen sein. Genauso wie einstens die Verbindung und und ideologische Einmauerung der Antimarxisten das einfache und klare Weltbild für die Sozialdemokraten schaffte, das zur Polemisierung nötig war, so bemühte sich nun die bäuerliche Presse und Politik die betonierte Front gegenüber den Marxisten (Antifaschisten) aufrechtzuerhalten. Und der «Freie Aargauer» zitierte einmal mehr einen Artikel aus dem «Landschäftler» (H. K. Sonderegger), der die starren Grenzen aufbrechen wollte: Der Gegensatz Bürgertum-Marxismus sei falsch. Heute stünden sich Diktatur und Demokratie gegenüber. Die Sozialdemokratie ist ebenso gefährdet wie das Bürgertum. Roman Abt sei auf dem Holzweg.<sup>136</sup>

Der Parteitag der aargauischen Sozialdemokraten stimmte anfangs Februar 1934 mit 142:50 Stimmen den Thesen der vorbereitenden Kommission zur militärischen Abwehr zu. Schmid kommentierte: «Wir müssen mit Kriegen ohne Kriegserklärung rechnen. Deshalb wollen wir aktionsfähig und gerüstet sein. Wir stehen für die Verteidigung des demokratischen Landes ein im Interesse des Sozialismus.»<sup>137</sup> Nachdem in Wien die Februar Schlacht von 1934 tobte und 1600 Todesopfer kostete (Kampf der Heimwehren gegen den roten Schutzbund mitsamt dem Generalstreik in Wien), bezichtigte der FA das «Aargauer Tagblatt» der Geschichtsfälschung. Die NZZ hätte den Kampf mindestens als Zweifrontenkrieg von Bundeskanzler Dollfuss bezeichnet. Alle Animositäten in der Aargauer Presse flackerten an diesem Thema noch einmal auf. Das Elaborat des «Aargauer Volksblattes» über diese Ereignisse müsse tiefer gehängt werden; es sei eine eigentliche Hetze. Man freue sich dort über das Ende der Gottlosenbewe-

<sup>135</sup> FA, 6. Januar 1934.

<sup>136</sup> FA, 10. Februar 1934.

<sup>137</sup> FA, 5. Februar 1934.

gung. Die rote Herrschaft in Wien und im ganzen Land sei gestürzt. Walter Baumann nahm die Säuberungen Wiens und Österreichs in der «Schweizer Freien Presse» mit Befriedigung zur Kenntnis. 1600 Todesopfer des Austrofascismus die auf dem Schlachtfeld des Heldenkampfes gefallen sind, wurden damit verleumdet und beleidigt, klagte der «Freie Aargauer» an.<sup>138</sup>

Das neue schweizerische Parteiprogramm der Sozialdemokraten vom Jahre 1935, in dem man die Wendung Diktatur des Proletariates fallenliess und sich grundsätzlich zur Landesverteidigung bekannte, schwächte die Animositäten zwischen den Presseorganen in diesem Punkte ab. Dennoch liefen die Diskussionen im «Freien Aargauer» weiter: Eine Volksarmee müsste unter der Führung der sozialistischen Arbeiterschaft stehen. Wie sollten die Fronten-Offiziere, wie sollten die Kapitalisten und Industriellen als mögliche Nutzniesser der Grossraumpolitik, wie sollte ein Motta, ein Sonderegger, das Volk in einen Krieg gegen fascistische Staaten politisch und militärisch führen können? Dazu braucht es Revolutionäre, meinte Ernst Walter, Zürich. Ergo, jeder Abbau der Demokratie heisst Entwicklung zum faschistischen Staat, das heisst Anpassung.

## Dem Weltkrieg entgegen

«Der Presseknebel ist da!» titelte der «Freie Aargauer», als der Bundesrat die schweizerischen Presseorgane zur Mässigung in ihrer Ausdrucksweise mahnte. Verwarnungen, ja gar Verbote würden ausgesprochen, wenn diese durch besonders schwere Ausschreitungen die guten Beziehungen zu andern Staaten gefährden. «Ein verfassungswidriger Bundesbeschluss», behauptete Arthur Schmid.<sup>139</sup> Und Rusch schrieb einen geharnischten Artikel «Gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit» in der «Nationalzeitung».<sup>140</sup> Und schliesslich wetterte auch Professor Leonhard Ragaz gegen die Knebelung der Presse und die Politik Bundesrat Mottas.<sup>141</sup> Entsprechend gehörten Raufereien zwischen Volksblatt und sozialdemokratischem Parteiblatt zum Alltag, und je mehr die renitenten katholischen Geistlichen in Deutschland in den Konzentrationslagern verschwanden, desto unmütlicher wurde es Bärlocher mit seiner zwiespältigen Haltung bezüglich des Rechtes auf freie Meinungsäusserung.

Seit dem ganzseitigen Artikel über das Konzentrationslager Oranienburg vom 13. September 1933 hatte der «Freie Aargauer» in unerschrockener Weise über alle Greuelnachrichten an Regimegegnern berichtet. Laufend wurde Opfer genannt und über die Zahl der tödlichen Folterungen berich-

<sup>138</sup> FA, 14. Februar 1934

<sup>139</sup> FA, 27. März 1934.

<sup>140</sup> FA, 5. April 1934.

<sup>141</sup> FA, 27. April 1934.

tet. Lange vor der systematischen Vernichtung der Juden war für alle Leute hierzulande klargestellt, dass diese barbarische Einrichtung zehntausendfach die Menschenrechte in unvorstellbarer Art verletzt hatte. Titelgebung und Ausdrucksweise mit entsprechenden Wertungen und Verdammungen kannten im FA tatsächlich kaum Grenzen.

Der Presse-Beschluss des Bundesrates vom März 1934, ohne Konsultation der Betroffenen, «war eine im Rahmen der Entspannungspolitik auf Kosten der traditionellen Pressefreiheit eingestandene Konzession», überliess aber die Handhabung «der Selbstdisziplin und dem eigenen Verantwortungssinn der einzelnen Zeitungen». <sup>142</sup> Ernst Nobs glaubte noch am 18. April 1934, dass das Presse-Konklusum vom 26. März nur von kurzer Dauer sein würde. Noch sei es nicht im Bundesblatt veröffentlicht worden. Leider zeigte sich die Redaktion des FA nach Erlass der bundesrätlichen Verordnung als zu folgsam und brav. Berichte wurden kaum zurückgehalten, aber das harte Urteil überliess man nun der reifen und eingestimmten Leserschaft. Es erinnert an die Kriegszeit, während der aargauische Zeitungen kaum einmal ins Visier genommen werden mussten, während bürgerliche Blätter anderer Kantone laufend auf dem Index standen und gemahnt oder verwarnt werden mussten. Der «Freie Aargauer» war durchaus eingeschlossen. Noch am Vorabend des Zweiten Weltkrieges hetzte Dr. Abt gegen die freiheitliche Pressepolitik der Schweiz und griff vor allem Dr. Oeri an. <sup>143</sup>

Im Frühjahr 1939, nach Zerschlagung der Rest-Tschechoslowakei, segelte die sozialdemokratische Partei und Presse voll auf Landesverteidigungs-Kurs. Aber wie man's machte, war's falsch. Dr. Müller-Grosshöchstetten, der Jungbauer-Redaktor, bemerkte anlässlich einer Milchpreis-Debatte hinterhältig: «Wer sich vom schärfsten marxistischen Klassenkämpfer zum zahmsten Verständigungspolitiker durchgemausert hat, wie Dr. Schmid, der ist auch noch zu andern Sachen fähig.» <sup>144</sup> Dieser wieder verteidigte sich in seinem Blatt: «Ich bereue keineswegs, dass ich in einer Situation, wo die Abrüstung möglich erschien, mit Energie für die Abrüstung eingetreten bin. Das Ziel bleibt das gleiche.» Wir hatten immerhin seit unserm Einstehen für die Verteidigung der Schweiz fünf Jahre Vorbereitungs-Zeit. Dennoch forderten die Promotoren der «Initiative zur Verstärkung der Landesverteidigung» am Vorabend des Weltkrieges rasche zusätzliche militärische Anstrengungen. «Es wird behauptet, dies sei ein Machwerk Duttweilers. Dass die Unabhängigen dabei sind, ändert nichts daran, dass auch namhafte Sozialdemokraten mitmachen.» Das aargauische Komitee bestand fast nur aus prominenten Landesring- und SP-Mitgliedern. <sup>145</sup>

<sup>142</sup> Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur, S. 23.

<sup>143</sup> FA, 4. Juli 1939, das heisst vor dem Beschluss vom 8. September 1939, der die Zensur einleitete.

<sup>144</sup> FA, 15. April 1939.

<sup>145</sup> FA, 28. März 1939.

Im Mai setzte eine Polemik zwischen der «Bauern- und Bürgerzeitung» und dem «Aargauer Tagblatt» einerseits und dem «Freien Aargauer» andererseits zu einem offenen Brief an Dr. Eugen Bircher und dessen Beantwortung ein. Thema: Darf der Wahlkampf in die schweizerische Armee hineingetragen werden; ist Gleichbehandlung von Soldaten und Offizieren gewährleistet? Die bürgerlichen Blätter verzichteten auf die vollständige Wiedergabe von Meinung und Gegenmeinung. «Sie wagen es nicht!» feixte Schmid.<sup>146</sup> Dafür veröffentlichte das «Aargauer Tagblatt» fast zur selben Zeit, zusammen mit der «Front», ein halbseitiges Inserat, das eine Einladung nach Deutschland zu den deutschen Festspielen enthielt. Statt Boykott, Aufforderung zur Sympathiekundgebung! Der Titel war auch zugleich der Kommentar des «Freien Aargauers»: «Heil Hitler!»<sup>147</sup>

Am 30. und 31. August, sowie am 1. September 1939 hiess die Schlagzeile im «Freien Aargauer»: «Vor dem Kriegsausbruch in Europa». Am Tage danach hiess es: «Infolge der Mobilmachung der schweizerischen Armee ist ein Teil unseres Druckereipersonals in den Aktivdienst eingerückt; ebenso der zweite Redaktor.» Mit Transportschwierigkeiten sei zu rechnen, und der Umfang der Zeitung würde wohl reduziert werden. Beim eingezogenen Redaktor handelte es sich um Karl Schmid, der seit 1937 als verantwortlich zeichnete. Als Zeichen der Zeit wurde auch gerne verkündet, dass auf den Jahreswechsel die «Front» zum Wochenblatt mutiere und mit vielen Worten beschönige, dass sich immer weniger Leser und Inserenten für das Produkt interessieren würden.

Da die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokraten damals wieder einmal aktuell war, versuchte Bärlocher eine sorgfältige Abwägung der Güter. Er fand, dass eine intensivere Zusammenarbeit sinnvoll sei, doch wäre das Ja zur Landesverteidigung noch zu jung, um die Regierungsbeteiligung zu rechtfertigen. So dargestellt im Volksblatt. Am 27. Oktober wurde gar eine Spezialnummer über die Sozialisten zusammengestellt, mit Anklagen über die Religionsunterdrückung in der Weimarer Zeit und das Versagen der sozialistischen Führung in Frankreich und England, als es um die Verhinderung des Weltkrieges ging. Als 1942, am 25. Januar, über die Volkswahl des Bundesrates abgestimmt wurde, da druckte der «Freie Aargauer» maliziös einen befürwortenden Artikel aus dem «Vaterland» aus dem Jahre 1900 ab. So ändern sich mit den Machtverhältnissen auch das Gewissen und die Ideale.<sup>148</sup> Wahlen und Abstimmungen brachten wenigstens etwas Salz und Pfeffer in das Blatt der Kriegsjahre. Der «Aargauer» war längst kein «Frecher» mehr. Über die Hälfte des Inhalts bestand aus Kriegsnachrichten. Innenpolitisch herrschten die Verlautbarungen vor. Nur die Leitartikel zeigten gelegentlich brisante Bemerkungen. Sie richteten sich aber weniger

<sup>146</sup> FA, 16. Mai 1939.

<sup>147</sup> Fa, 17. Mai 1939.

<sup>148</sup> FA, 17. Januar 1942.

gegen die bürgerlichen Regierungsparteien, als gegen den stets stärkernden Landesring, dessen Konkurrenz bei den Arbeitnehmern man fürchtete.

Der Umfang der normalen Zeitung in der Kriegszeit lag bei sechs, gelegentlich bei acht Seiten, dabei waren zwei Seiten Inserate. Praktisch mit dem Jahresanfang 1945 öffneten sich wieder die Schleusen für eine offenere Berichterstattung. Zum Tage der Machtergreifung vor 12 Jahren schrieb Arthur Schmid Worte des Gedenkens. Dass diese fast wörtlich von der «Lenzburger Zeitung» übernommen wurden, sei zwar für das sozialdemokratische Blatt eine Ehre, nicht aber, dass die bürgerliche Redaktion von einer «damals sympathischen Erscheinung» geschrieben habe. Es fehle nur, dass auch noch Bedauern über die Enttäuschung geäussert worden wäre. Diese Bemerkung war typisch für die Kriegsschluss-Phase. Furtwängler und Toscanini oder das Thema Künstler und politische Haltung symbolisieren das Ringen um die Mitschuldfrage. Ob Wissenschafter, Journalist oder Politiker, alle rutschten nun unter die Lupe der vermeindlich Reinen. Am 9. Februar 1945 zitierte der «Freie Aargauer» die Erklärung des Sozialisten Lord Strabolgi im britischen Oberhaus, «dass fünf von insgesamt sechs Millionen Juden, welche in Europa unter die Herrschaft der Achse gerieten, vernichtet worden seien.» Im April liefen täglich Greuelnachrichten aus befreiten Konzentrationslagern ein. Nach Kriegsende folgten dann die Namen der ausgewiesenen Nazis und Faschisten aus der Schweiz. Auch den deutschen Gesandten Kocher wollte man sofort auf den Ausweisungslisten sehen: «Hinaus mit Ihnen!» Am 26. März 1945 verfasste Arthur Schmid einen Aufruf zur restlosen Aufdeckung der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Dieser Haltung kann in der Rückblende mehr Sympathie und Verständnis entgegengenbracht werden, als den Aufforderungen zur Säuberung in der aargauischen Verwaltung mit der Zielscheibe Staatsarchivar Dr. Hektor Ammann. Redaktor Karl Schmid und 58 Mitunterzeichner reichten die Interpellation ein, die zur Entfernung des – erst jetzt – im Staatsdienst unmöglich gewordenen Erstunterzeichners der Eingabe der 200 führte.

Dieser Einzelfall lenkte damals von viel anderem ab, das ebenso aufzuarbeiten und zu bewältigen gewesen wäre. Die Beschränkung der Pressefreiheit und das Thema der Sündenböcke der Schweiz<sup>149</sup> wurde im Aargau zur farcenhaften Aufrechnung: «Wer hat mehr?» Das «Aargauer Tagblatt» belächelte die Emsigkeit der Sozialdemokraten bezüglich Ausschlachtung der schweizerischen Pressepolitik und Pressepraxis während der Nazizeit. Von den Zensurmassnahmen seien vor allem bürgerliche Blätter betroffen gewesen; sozialistische Zeitungen hätten unter den bundesrätlichen Massnahmen erst in zweiter und dritter Linie leiden müssen. Antwort des «Freien Aargauers»: In gewissen Zeiten des Krieges wäre das «Aargauer Tagblatt»

---

<sup>149</sup> Gerhard Waeger.

überhaupt nicht von Einschränkungen behelligt worden: Eine Ermahnung zur Anpassung sei völlig überflüssig gewesen!<sup>150</sup>

## Die Nachkriegszeit

Der Krieg hat den Chefredaktor und Politiker Arthur Schmid zum überzeugten Patrioten gemacht. Entsprechend schweizerisch-selbstbewusst wirkte auch sein Sprachrohr, der «Freie Aargauer» und dessen Abonnentenschaft, die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau. Die geistige Abwehrhaltung hatte die Schweiz vom Kriege bewahrt; die Partei wies keine Landesverräter unter ihren Mitgliedern auf und hatte allen Versuchungen zur Anpassung getrotzt. Aus diesem Selbstbewusstsein heraus verlangte Schmid von den Siegern Lob für die Schweiz und verbat sich Kritik oder Verdächtigung. Schmid gehörte zu den ersten, die «volle Aufklärung des Schweizervolkes» über alle fragwürdigen Vorgänge und Umtriebe im Lande von 1939–1945 forderte. Die Zensur habe bei uns grosse Informationslücken erzeugt. «Wir konnten nicht einmal auf gewisse Polemiken, die deutsche nationalsozialistische Zeitungen gegen uns führten, in der Schweizer Presse offen und klar antworten. Das war unrichtig und für unser Land nachteilig.»<sup>151</sup> Fehler machen alle; aber wir müssen jetzt unsere Haltung gegenüber Anschuldigungen «amerikanischer Journalisten» und ungerechtfertigten russischen Angriffen rechtfertigen. «Dazu brauchen wir eine lückenlose Aufklärung über alles, was zu Recht oder Unrecht während des Krieges verheimlicht werden musste.» «Die Schweiz hat sich keine Vorwürfe machen zu lassen», titelte Schmid am 7. Juli 1945. «Es ist eine Tatsache, dass das Schweizervolk sich je und je gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus aussprach.» Und diese Haltung nahm «an Stärke und Entschlossenheit fortwährend zu». Die amerikanischen Anklagen bezüglich des Finanzplatzes Schweiz aber nahm der «Freie Aargauer» ernst: Im Leitartikel «Die Haltung der Grossbanken muss abgeklärt werden!!!» wurden Korrespondenzen zitiert, die vermuten liessen, dass «die Hauptssorge der Schweiz gewesen sei, die Geschäftsaussichten mit einem Nachkriegsdeutschland nicht zu verderben». Es wurde «sofortige offizielle Abklärung» verlangt.<sup>152</sup> Dass dies geschah, ja geschehen musste, zeigten dann die harten Verhandlungen in Washington im folgenden Jahr. «Dass die Delegation in Washington die Interessen der Schweiz mit allem Nachdruck verteidigt, ist selbstverständlich. Die Presse in den USA vermittelte ein zwielichtiges Bild von der Schweiz im Kriege. Der Bundesrat habe verpasst, unsere Lage während des Krieges zu erklären. «Da hat Schweden sich ganz anders

<sup>150</sup> FA, 5. Februar 1946.

<sup>151</sup> FA, 26. Mai 1945.

<sup>152</sup> FA, 15. November 1945.

für seine Interessen in der amerikanischen Öffentlichkeit gewehrt.» Gleichermaßen zu tun, habe er – Arthur Schmid – schon vor Jahren gefordert.

Die Generaldebatte vom 25./26. Juni im Nationalrat über das Washingtoner Abkommen zeigte dann, dass die Sozialdemokraten eine weniger harte Verhandlungsstrategie gewählt hätten. Man verspüre «den Hauch eines neuen Rechtes für die Völker» seit 1945, und die Schweiz könne sich nicht abschliessen.<sup>153</sup> Am folgenden Tag zeigte der Ratsbericht im «Freien Aargauer», dass Nationalrat Grimm mit seiner Ansicht dem Standpunkt der Chefredaktion bezüglich Geldhandels viel eher entsprach, als die offizielle Fraktionsmeinung: «Wir hätten gar nicht anders handeln können. Die rechtliche Lage ist in dieser Richtung vollständig klar. Die moralische Lage könnte einer anderen Beurteilung unterzogen werden. Wir hätten eine Reparation in jeder Form ablehnen können, aber der moralische, wie der materielle Schaden hätte uns schwer belastet. Es liegt keine Schuld darin, neutral geblieben zu sein.» «Die in Washington erzielte Transaktion bietet uns sozusagen eine letzte Chance, ein unangenehmes Kapitel zu schliessen.»<sup>154</sup> Diese Angelegenheit fand erst im August 1958 mit den Bericht des Bundesrates ihren vorläufigen Abschluss.<sup>155</sup> Fast täglich erschienen Berichte von Prozessen von Nazi-Verbrechern aus dem Ausland und Verfahren gegen Landesverräte im Inlandteil. Der Fall Hektor Ammann bekam 1950 neue Aktualität durch eine Interpellation von Redaktor Karl Schmid, der die Schlappe des Kantons vor dem Bundesgericht veröffentlicht wissen wollte.<sup>156</sup>

Zwei Jahre nach Kriegsende präsentierte sich die Zeitung stärker und einflussreicher denn je. Die «Neue Aargauer Zeitung» war verschwunden.<sup>157</sup> Die dauernde Werbung ergab pro Jahr über 500 zusätzliche Abonnenten. Laufend wurde über den Stand der Aktionen rapportiert. Ein zusätzlicher Lockvogel: Wer vier Franken zusätzlich einzahlte, konnte damit eine Unfallversicherung abschliessen. Eine Zeitung umfasste mindestens acht Seiten, wobei die Redaktionsarbeit offenbar in zwei Etappen vorgenommen wurde; neueste Meldungen aus dem Ausland erschienen im zweiten Blatt, obwohl der Haupt-Auslandteil sonst die ersten zwei Seiten des ersten Bandes füllte, dasselbe galt für die letzten schweizerischen Nachrichten. Ansonsten war der zweite Band vor allem dem Aargau, dem Lokalen und speziell den parteieigenen Informationen gewidmet. Die technische und kaufmännische Leitung des Zeitungsbetriebes unterstand bis 1951 dem ehemaligen Redaktor Benedikt Fuchs. Nach seinem Tode am 15. Oktober 1951 wurde die Leitung im Impressum nicht mehr erwähnt.

<sup>153</sup> FA, Bringolf als Fraktionssprecher, 26. Juni 1946.

<sup>154</sup> ohne andere Angabe im weiteren Text immer FA, 27. Juni 1946.

<sup>155</sup> FA, 27. August 1958.

<sup>156</sup> FA, 6. Februar und 14. Februar 1950.

<sup>157</sup> FA, 9. Juli 1947.

Der wichtigsten Nebensache der Welt, dem Sport, widmete das Blatt meist nur ein kurzes Abschnittchen mit den Schlussresultaten, entsprechend dem Stellenwert der Wetternachrichten. Der Chefredaktor hatte sich schon 1947 im Artikel «verführtes Volk» dezidiert gegen die übermässige Sportpropaganda gewandt. Eine Ausnahme bildeten alleweil die SATUSTreffen: hier war der Sport das Mittel, das gemeinsame Bewusstsein das Ziel.

Eindrücklich präsentierte sich das Inseratenvolumen. Während die offiziellen Mitteilungen und die allgemeine Reklame an ordentlichen Werktagen dominierten, so wurde jede Sondernummer zu speziellen Anlässen und Tagen mit einer riesigen zusätzlichen «Inseratenplantage» versehen: ein Beweis für die fleissige Akquisitionsarbeit, aber auch für das allgemeine Ansehen, das die Zeitung damals genoss. Die 1. Mai-Nummer 1950 zählte 37 Seiten Anzeigen, 1953 33 Seiten. Ähnliches galt für Weihnachten und Neujahr. Es war durchaus salonfähig, in der «roten» Zeitung zu inserieren. Diesen Erfolg durfte die Redaktion auf ihr eigenes Konto buchen. Dem Geist der Zeitung fehlte alles Dogmatische oder Sektiererische; die Politik war pragmatisch-gewerkschaftlich. Ausser in Wahl- und Abstimmungszeiten fehlte auch jede Polemik, und diese tauchte auch nur dann auf, wenn hämische Bemerkungen oder Verdrehungen eine Antwort provozierten. Der Zweikampf mit bürgerlichen Blättern fehlte fast ganz. Wichtig blieb die Pflege der sozialdemokratischen Werte, die Würde des arbeitenden Menschen. Die Information über das parteipolitische Wirken bildete die Grundlage für die Selbstachtung. So etwa liesse sich die Philosophie des Blattes umschreiben.

So war das Thema AHV, 1947 im Speziellen, aber auch in den folgenden Jahren, das innenpolitische Thema Nummer eins. Der Abstimmungskampf im Sommer 1947 zeigte am ehesten noch Klassenkampf: «Auf der einen Seite stehen sämtliche fortschrittlichen Kräfte des Landes. Auf der andern Seite finden wir die reichen Herren der Handelskammer und des Unternehmertums, denen angst ist um ihre Profite und die für ihr eigenes Alter längst reichlich vorgesorgt haben.»<sup>158</sup> Und Arthur Schmid kommentierte nach der überwältigenden Annahme der AHV: «Die Tatsache, dass führende Katholiken, wie Dr. Bärlocher (AV), gegen die Altersversicherung waren, konnte das katholische Volk als Ganzes nicht beeinflussen.» «Je mehr sich die grossen katholischen Blätter, wie das Aargauer Volkblatt, vor Wochen gegen die Altersversicherung einsetzten, um so mehr arbeiteten Christlichsoziale für die Annahme der Vorlage.»<sup>159</sup> Dass sich im Bezirk Aarau 9134 Ja 970 Nein gegenüberstanden, während im Bezirk Muri alle Gemeinden ausser einer einzigen, verwarfen, belegt besser als jede Umfrage die Einflussbereiche der

<sup>158</sup> FA, 1. Juli 1947.

<sup>159</sup> FA, 7. Juli 1947.

beiden gegensätzlichen Parteiblätter. Auch in der Folge gehörte die AHV zum pfleglichsten Thema des Blattes: Kritiker wurden beschwichtigt oder auf kommende Revisionen vertröstet: das Erreichte war tabu, die Grundstruktur des Sozialwerkes ein «noli me tangere».

Eindrücklich war die konsequente Haltung der Redaktion im Nachgang zum Fallen des Eisernen Vorhangs. Die kalten Umstürze in Ungarn, Rumänien, Bulgarien wurden in ebenso harten Worten gegeisselt, wie in den bürgerlichen Blättern. Schmid betonte mehrmals, dass auch die baltischen Randstaaten nie als Teil der UdSSR anerkannt werden dürften. Seine Haltung zu den Moskauer Machthabern ist unerbittlich, solange «Russland den in seinem Machtbereich stehenden Staaten ihre Aussenpolitik vorschreibt». <sup>160</sup> Die Auszeichnung der Satellitenstaaten Russlands sind «Todesurteile, Kerkerstrafen und Flucht». <sup>161</sup> Dass er die Kritik an der Politik der UdSSR mit der Anprangerung der moskauhörigen Partei der Arbeit verband, erzürnte höchstens Journalisten, die Arthur Schmid gerne und fleissig in die linke Ecke verbannt hätten. Unbeirrt kritisierte er im gleichen Atemzug Kommunismus und Kapitalismus in totalitären Staaten, <sup>162</sup> verwies auf die Terrormethoden in ostdeutschen Konzentrationslagern und die Ausbeutung der osteuropäischen Völker durch die russische Besatzungsmacht. <sup>163</sup>

Aus heutiger Sicht dürfte man ihn durchaus als kalten Krieger bezeichnen, verlangte er doch Abbruch der kulturellen Beziehungen mit den Satellitenstaaten, da alles nur für kommunistische Propaganda missbraucht werde. Im Fadenkreuz standen die Verhältnisse im ostdeutschen Staat. «PdA-Kommunisten, das solltet ihr sehen!» <sup>164</sup> Der verletzte Patriot kritisierte Ilja Ehrenburg, der in einem Vortrag in Prag die Schweiz verleumdeten <sup>165</sup> und verlangte eine «zweite Säuberung beim Radio», als der Dirigent des Schweizer Radioorchesters, Hermann Scherchen, mit einem Vortrag und mit dem Dirigentenstock in Prag dem Regime zudiente. Wer beim Radio arbeitet, so Schmids Meinung, auch wenn er Ausländer sei, stehe in besonderer Treuepflicht zum Gastland. <sup>166</sup>

Der Krieg in Korea verschärfte die Kritik an der kommunistischen Welt und deren Friedensschalmeien. «Wir haben die Friedensheucheleien der Kommunisten satt», hatte er schon früher ausgerufen. Dabei kritisierte er den marxistischen Jargon nicht nur im Bereich der Aussen-, sondern auch in der Innenpolitik der Satellitenstaaten. «Die 99 Prozent von 99,96 Prozent

<sup>160</sup> FA, 30. August 1947.

<sup>161</sup> Titel eines Leitartikels, FA, 7. November 1947.

<sup>162</sup> Leitartikel, FA, 2. Juli 1951.

<sup>163</sup> FA, 25. April 1950.

<sup>164</sup> FA, 2. Mai 1950.

<sup>165</sup> FA, 3. Juni 1950.

<sup>166</sup> FA, 28. Juni 1950.

hinter Stacheldraht sind die Kriegsgefahr. Die einzige Garantie für den Frieden ist die Freiheit.»<sup>167</sup> Und der «Freie Aargauer» druckte gar den Artikel «Kryptokommunisten auf der Kanzel?» aus der Berner Tagwacht ab, der mit den «Barthianern und ihrer zweifelhaften politischen Agitation, in der sie sich als Geistliche noch über jeder weltlichen Kritik erhaben fühlen», abrechnete. Es gehe nicht an, «von der Kanzel herab der kommunistischen Politik des Landesverrates Vorschub zu leisten». Dies sind zwar Worte, die der ehemalige Mitstreiter von Pfarrer Barth in Safenwil, Arthur Schmid, nicht geschrieben hätte; in der damaligen Zeit aber gestattete er immerhin, diese Kritik im Aargau zu publizieren.

Der «Freie Aargauer» stand damals im Zwiegespräch und in Übereinstimmung mit seiner Leserschaft; er wollte nicht umerziehen. Dafür konnten als Auftakt zu den Herbstwahlen 4000 Anhänger zu einem Umzug von Brugg nach Vindonissa mobilisiert werden, und 10 000 Menschen lauschten anschliessend den Worten von Nationalrat Grimm und des Ständeratskandidaten Arthur Schmids im Amphitheater. Er erreichte zwar bei der Ausmarchung gegen die etablierten Bisherigen nur einen Achtungserfolg, dafür bei den Nationalratswahlen weitaus das beste Ergebnis im Kanton. Die Häme der bürgerlichen Blätter wirkte daher reichlich deplaziert.

In Wahlzeiten nützte aller ausgewiesene Patriotismus und aller Kampf gegen rote und braune Diktatoren des Chefredaktors nichts. Die Konkurrenzzeitungen gruben regelmässig alle alten Schemata aus und stritten gegen ein Phantom. Für Bärlocher vom «Aargauer Volksblatt» waren alle Sozialisten «Wegbereiter für Kommunismus»,<sup>168</sup> der «Wohler Anzeiger» pflegte eine «einfältige Sozialistenhetze»,<sup>169</sup> Herr Maurer vom «Zofinger Tagblatt» machte in Verdrehungen<sup>170</sup> oder man druckte gar als Antipropaganda das Bildnis von Arthur Schmid auf Rubelscheine, um ihn so zum Moskowiter zu stempeln.

Daneben wirkten die Kampfmethoden des «Freien Aargauers» eher harmlos. Die blosse Machterhaltung bürgerlicher Parteien war ein Dauerthema, sei es im Zusammenhang mit der Bundesrats-Beteiligung, sei es als Hintergrund für die Listenverbindungs-Praktiken. Schmid lehnte jede solche Verbindung ab, denn sie «verdunkeln die klare Entscheidung des Wählers».<sup>171</sup> Und dann war als Spottobjekt ja immer der Landesring da, dessen Presse, die «Tat», weit entfernt in Zürich herauskam; auf diese Bewegung konzentrierten sich gerne die kritischen Äusserungen, und es bot sich Gelegenheit, die «Welt des Idealismus» und «höchster geistiger Werte» dem Geschäftsgebaren Duttweilers entgegenzustellen. Die grundsätzliche Dis-

<sup>167</sup> FA, 5. April 1950.

<sup>168</sup> FA, 24. Oktober 1947.

<sup>169</sup> FA, 5. November 1947.

<sup>170</sup> FA, 30. Oktober 1947.

<sup>171</sup> FA, 17./18. März 1953.

tanzierung ermöglichte ihm auch, 1958 die Initiative des LdU für die 44-Stundenwoche als Mogelpackung zu bekämpfen.

Drei Journalisten empfingen immer wieder die Gnade, im «Freien Aargauer» erwähnt zu werden. Dr. Helmut Suter, Inlandredaktor des «Aargauer Tagblattes», wurde wegen seiner Überheblichkeit wegen geziehen, aber postwendend auch entschuldigt und bedauert, da er vom schweizerischen System keine Ahnung habe, weil er in Deutschland aufgewachsen sei. «Das tiefe Niveau des Dr. Bärlochers»<sup>172</sup> im ständigen Kampf gegen Arthur Schmid wurde nicht nur gerügt, sondern auch mittels historischer Reminissenzen aufgeklärt: Dessen faschistenfreundliche Phase wirke nach; wenn er immer noch diesem Geist huldige, so müsse er natürlich die Sozialdemokraten ständig verfolgen. Die Meinung des Ing. agr. Hans Strahm von der «Bauern- und Bürgerzeitung» aber beruhe auf mangelndem Tiefgang oder Ignoranz. «Der Mann kann nicht lesen»,<sup>173</sup> betitelte Arthur Schmid eine saftige Duplik.

Der politisch-weltanschaulichen Bildung gehörte alleweil die Aufmerksamkeit des Chefredaktors, dies, ohne je den Boden unter den Füssen zu verlieren. Eine Artikel-Serie über die Frühsozialisten, geschmückt mit Porträt-Zeichnungen, sollte historisches Wissen und – über die Leiden der Pioniere – Selbstbewusstsein und Mut vermitteln.<sup>174</sup> Gedanken zum neuen Jahr, zum politischen Streben und zu Gedenktagen liessen sich aufreihen unter dem Titel: «Zu neuen Ufern ... unter den alten, ewigen Sternen.»<sup>175</sup> Oberrichter Fritz Baumann, der den selben politischen Entwicklungsprozess wie Arthur Schmid mitgemacht hatte, war oft mit seinen Aufsätzen ein bildungsbeflissener Mitstreiter, auch wenn sich die beiden persönlich aus dem Wege gingen. Schmid-Ammann vom «Volksrecht» liess 1953 eine vierteilige Folge über die schweizerische Neutralität im «Freien Aargauer» erscheinen. Und schliesslich folgten sich die staatspolitischen Leitartikel des Chefredaktors seit Ausbruch der Krankheit im Herbst 1957 in seiner ganzen Leidenszeit in regelmässigen Abständen: «Strafrecht und Schutz der menschlichen Gesellschaft», «Die tödliche Gefahr aus der Atombombe für die Menschen», «Chruschtschows Propagandafeldzug», «Hitler, Stalin, Chruschtschow und Anpassungsbereite», «Keine Freiheit und keine Menschenrechte in den Diktaturstaaten», «Kritik an der Politik und den Politikern», «Peace for our time», «Von der UNO und ihrer Bürokratie», usw. usw.

Neben den Betrachtungen zum Tage, dem Libanon-Konflikt und Artikeln zur Krise im Nahen Osten suchte sich Schmid während seiner Leidenszeit immer wieder grundsätzlich festzulegen. Und wir stellen mit

<sup>172</sup> FA, 2. Juni 1950.

<sup>173</sup> FA, 1. März 1950.

<sup>174</sup> August/September 1947.

<sup>175</sup> FA, 3. Juni 1950.

Erstaunen fest, dass er gegen eine mögliche Atombewaffnung der Schweizer Armee nichts einzuwenden hatte, solange die Sowjetunion die Abrüstung nicht anbietet. «Es ist deshalb ein Irrtum, wenn man glaubt, man könnte durch Verzicht auf atomare Waffen den Frieden in der Welt erhalten. Es kann daraus das Gegenteil eintreten.» Immer wieder schlägt die Rheinlandbesetzung durch, und daraus folgte automatisch das «wehret den Anfängen». <sup>176</sup> Dabei anerkannte er durchaus die Beweggründe, die die Mehrheit seiner Parteigenossen zum Nein veranlassten. Aber Pazifismus, war nicht mit Unterwerfung gleichzusetzen.<sup>177</sup> Dänemark war nach einem Tage in der Gewalt des Tyrannen. Andererseits gehe es nicht an, dass Bundesräte Kritik an Rüstungskrediten und Atombewaffnung mit Ablehnung der Landesverteidigung gleichsetzten. Das musste schon 1950 Kobelt angekreidet werden,<sup>178</sup> nun verfolgte Chaudet 1958 wieder dieselbe Taktik.<sup>179</sup> Hier stand die Meinungsfreiheit und damit die Demokratie in Gefahr, und damit wurde die ganze Verteidigung illusorisch. Unabhängigkeit ergab nur dann Sinn, wenn damit Freiheit und Menschenwürde besser geschützt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch Schmids Haltung zur UNO zu verstehen. Solange die UNO nicht für die Freiheit in den einzelnen Staaten einsetzen kann, erbringt sie zu wenig Leistung. «Die Schweiz hat gut daran getan, dass sie der UNO nicht beigetreten ist. Sie hätte dabei nichts gewinnen können.» In Ungarn schaute sie zu; im Libanon hilft sie dem Tyrannen Nasser. Hammarskjöld reagiere ohne Grundsätze. Nun habe Präsident Eisenhower US-Truppen eingesetzt. «Nur diese Sprache verstehen die Diktatoren».

Wie wenig Bitterkeit in seinem Wesen lag, beweisen die letzten Arbeiten vor seinem Tode: Nachrufe auf den Gewerkschaftsführer Nationalrat Arthur Steiner und auf Bundesrat Feldmann. Politischer Freund und politischer Widersacher: beiden galt derselbe Respekt, weil sie sich für Freiheit und Menschenwürde eingesetzt hatten. Dass jener schöne Zug Arthur Schmids auch im Nachruf am 15. November 1958 im «Freien Aargauer», aber auch in allen Reden zum Abschied, abgedruckt am 19. November aufleuchtete, kann nicht erstaunen. Am 14. November war der grosse Förderer des «Freien Aargauers» gestorben. Entsprechend seiner Verdienste um Blatt und Partei beschäftigten sich die folgenden Nummern eingehend mit Wesen und Wirken dieses Mannes. Dr. Hans Bachmann, Luzern, würdigte ihn als Pressemann mit den treffenden Worten: «Als homo politicus betrachtete Arthur Schmid Journalismus und Verlegertätigkeit als Erfüllung einer staatspolitischen Aufgabe.»

Dass ein Einsender am 20. November, das heisst kurz nach der Abdankung, im «Aargauer Tagblatt» den ursprünglichen Pazifisten glossierte,

<sup>176</sup> FA, 8. August 1958.

<sup>177</sup> FA, 11. Juli 1958.

<sup>178</sup> FA, 17. Februar 1950.

<sup>179</sup> FA, 2./3. September 1958.

wirkte geschmack- und pietätlos. Arthur Schmid, jun., Unterkulm, schrieb eine Entgegnung, zeichnete den Lebensgang seines Vaters nach, mit allen Hintergründen, die seinem Gesinnungswandel zugrunde lagen und gab so dem Ausfälligen eine treffende Antwort.

## Die Thürig-Ära

Die wiederkehrenden krankheitsbedingten Absenzen von Arthur Schmid zwangen schon ab November 1957 Werner Thürig zeitweise die Rolle des Chefredaktors auf. Ab 1959 bekleidete er nun diesen Posten offiziell und Armin Bolliger stand ihm zur Seite, wie er dies schon beim früheren Chef getan hatte.

Thürig war von seinem Vorgänger wohl mit Bedacht ausgewählt worden. Er entsprach dem Werdegang wie dem politischen Temperament nach weitgehend dem Bild des Wortführers der aargauischen Sozialdemokraten. «Werner Thürig studierte nach einer Mechanikerlehre an der Universität Bern und erwarb 1950 das Diplom eines Volkswirtschafters. Danach arbeitete er für verschiedene Zeitungen, auch als Deutschland-Korrespondent, und war von 1952 bis 1957 Alleinredaktor der Seeländer Volkszeitung in Biel. Im Aargau wurde er während seiner Chefredaktorenzeit 1961 Grossrat, Mitglied verschiedener wichtiger Kommissionen, des Bankrates der Kantonalbank, und Vizeammann der Gemeinde Rohr.» So beschrieb später der «Freie Aargauer» selber den Werdegang und das Arbeitsfeld Thürigs.<sup>180</sup> Vom Zeitungsmacher erwartete man ein umfängliches politisches Engagement auf allen Ebenen. Keine Liste, auf der nicht einer der Redaktoren unter den Kandidaten erschien. Seit September 1957 redigierte er also am «Freien Aargauer». 1958/59 änderte sich an Inhalt und Gestalt nur wenig. Neuerdings wurde aber die Redaktion am Schlusse des Textteiles in einem Impressum detailliert aufgeführt; dabei fehlten auch nicht die zugeteilten Arbeitsgebiete. Genossin Bertel Balordi, vorher Sekretärin der Zeitung, zeichnete nun als Redaktorin im Halbamt für Feuilleton, Literatur und Frauenfragen, «Nach des Werktags Arbeit» und die Frauenseite. Die literarische Wochenbeilage war für Arthur Schmid für die Bildung und Weiterbildung der Arbeiterschaft von zentraler Bedeutung gewesen «und er investierte eine Menge Zeit für sie, indem er unheimlich viel las und ein treffsicheres Urteil über die Qualität literarischer Erzeugnisse hatte».<sup>181</sup> Sie hatte schon vorher dazu beigetragen, Fremdbeiträge einzuholen und den Nummern einzugliedern. Diese Institution war gleichsam ein geistiges Vermächtnis Schmids und wurde fortgeführt bis zur Konstruktion des AZ-

---

<sup>180</sup> 70 Jahre Freier Aargauer 1976.

<sup>181</sup> Auskunft von Arthur Schmid, jun.

Ringes im Jahre 1970. Obgleich diese Beilage nicht zur politischen Pressegeschichte im engeren Sinne zählt, gehört sie zur Arbeiterbildungs-Idee der Gewerkschaften, wie sie in der Ära Thürig fortgeführt wurde.

Genosse Armin Bolliger, vor vier Jahren in die Redaktion eingetreten, sichtete die kantonalen und regionalen Einsendungen, berichtete über Unglücksfälle, Gerichtsfälle und Sport. Er war, als ehemaliger Typograph, auch zuständig für den Umbruch. Die Bearbeitung der Agenturmeldungen oblag Werner Thürig, der auch die meinungsbildenden Kommentare aus sozialdemokratischer Sicht zu verfassen hatte. So meldete die erste Nummer des Jahres 1958 «In eigener Sache» die Arbeitsteilung in der Redaktion. In dieser Zusammensetzung wirkte dieses Team bis 1963. Damals trat Bertel Balordi zurück und Fritz Eigenmann übernahm die Bereiche Sport und Reportagen, so dass sich leichte Verschiebungen der übrigen Ressorts ergaben. Thürig – Bolliger – Eigenmann: Bis 1970, das heisst bis zum Ende des völlig selbständigen «Freien Aargauers», waren diese Namen die Markenzeichen der aargauischen Arbeiterpresse.

War es in der Ära Thürig, als die sozialdemokratisch orientierte Presse von den neutralen Zeitungen «beinahe abgekoppelt» wurde, wie Tagwacht-Redaktor Richard Müller im Nachhinein kritisierte?<sup>182</sup> «Die gesellschaftliche Entwicklung überholte das Konzept der SP-Zeitungen. Wer damals – in den fünfziger Jahren – darauf aufmerksam machte, wurde nicht nur verspottet, sondern es wurde seine sozialdemokratische Überzeugung bezweifelt. Dabei wandelten sich im Zeitraum einer Generation die meisten politisch ausgerichteten Blätter in Konsumprodukte. Immer mehr Leserbedürfnisse wurden abgedeckt, die Konkurrenz in der Aktualität durch das Fernsehen durch die Umstellung auf Nachdruck recht gut aufgefangen und mehr Gewicht auf Hintergrundberichte und Kommentare gelegt. Diese Wandlung machten jedoch die SP-nahen Zeitungen so lange nicht mit, bis die neutrale und bürgerliche Presse auflagemässig enteilt war.»<sup>183</sup>

Tatsächlich hatte Thürig ein Organ übernommen, das sich von «einem Parteiblatt zur Volkszeitung entwickelt» hatte.<sup>184</sup> Die Ausgangslage: Einerseits stand damals der «Freie Aargauer» bezüglich Auflage dem «Badener» und «Aargauer Tagblatt» kaum nach, anderseits verteilten sich die Leserinnen und Leser auf das ganze Kantonsgebiet, das heisst es fehlte eine lokale Verankerung. Je mehr das Inseratengeschäft über Wohl und Wehe eines Presseorgans entschied, desto mehr war im kleinräumigen Aargau die fehlende Verankerung in einer volksreichen Agglomeration ein Handicap. Vor diesem Hintergrund erscheint heute die Kritik des Tagwacht-Redaktors ungerecht – oder stadtlastig; die Pressunion Aargau konnte ihr Organ nur als engagierte Meinungszeitung durchhalten. War ein eigentliches Partei-

<sup>182</sup> Sondernummer 75 Jahre Freier Aargauer, 27./28. Februar 1981.

<sup>183</sup> Richard Müller in 75 Jahre FA, 1981.

<sup>184</sup> Armin Bolliger in 75 Jahre FA, 1981.

organ nicht mehr gefragt, so musste der «Freie Aargauer» automatisch die Segel streichen.

Die drei zeichnenden Redaktoren leisteten in den zwölf Jahren Beachliches. Eine Alltagsnummer umfasste acht, eine Wochenendzeitung zwölf Seiten, davon waren zwei, respektive drei Seiten Inserate. Die Schweizerische Depechenagentur war einziger Lieferant von aktuellen Auslands- und Inlands-Nachrichten. Thürig schrieb regelmässig den «Kommentar des Tages», der meistens auf der zweiten Seite oben plaziert war. Bertel Balordi rief die Frauen zur vermehrten journalistischen Mitarbeit auf und führte das Wort gegen eine Schweizer Frau, die politisch unmündig bleibt. Armin Bollinger holte die aargauischen Sektionsnachrichten ein, filterte die lokalen Berichte nach dem Gesichtspunkt des Arbeiterinteresses und sorgte damit für die gegenseitige interne Information, Vorbedingung für das gute Einvernehmen in der Kantonalpartei. Schon damals lehnte sich die aargauische Linkspresse eher an die Berner «Tagwacht» als an das «Volksrecht» an; alt Bundesrat Max Weber war immer wieder Guest im «Freien Aargauer». Er äusserte sich zu Wirtschafts- und Finanzfragen, zu gewerkschaftlichen Themen oder zur Alkohol-Abstinenz. Seine Linie, wenig ideologisch, entsprach weitgehend der aargauischen SP-Mentalität. Bis weit in die sechziger Jahre versuchte man – in der Tradition von Arthur Schmid (sen.) – dem Sport kein übermässiges Gewicht einzuräumen. SATUS-Mitteilungen galten als Teil der politischen Ertüchtigung und zählten nicht, wie Schmid immer wieder gewarnt hatte, zum «panem et circenses», das den Menschen zum politischen Eunuchen erzog. Um 1964 musste man dann dem Publikumsgeschmack nachgeben: am Montag füllten diese Nachrichten und Kommentare zwei Seiten, an normalen Werktagen eine Seite. Mit dem Eintritt von Fritz Eigenmann in die Redaktion begann diese Umstellung.

Die AHV-Thematik, das Herzstück der Sozialpolitik, wurde durch die «Ausfälle des «Trumpf Buur» dauernd am Kochen gehalten. «Reaktionäre Sparpolitiker ohne Mass» wurden angeprangert und jene Politiker in die Schranken gewiesen, die das Streben nach Sicherheit als «sozialpolitische Exzesse» abschrieben. Auch in der Tradition des Altmeisters Schmid war das Misstrauen gegenüber den Machenschaften des Landesrings. Und Arthur Schmid jun. sprach sich nach Ablehnung der 44-Stunden-Initiative für andere Formen der Freizeit aus: «Bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmer», ein Feriengesetz im Aargau, und setzte damit folgerichtig die Politik seines Vaters fort.<sup>185</sup>

Aussenpolitisch steuerte Thürig den klaren Anti-Moskau-Kurs weiter. «Tibet erleidet das Schicksal Ungarns»; «Demaskierte Imperialisten»<sup>186</sup> liesse sich als Titel über viele seiner Kommentare zur Chruschtschow-Poli-

<sup>185</sup> FA, 2. April 1959.

<sup>186</sup> FA, 7. April 1959.

tik setzen. Wenn die «SED versucht, sich bei der SPD anzubiedern», so schlägt der «Freie Aargauer» von damals Alarm. Ein heisses Eisen war auch für die Linkspresse das Thema Ostkontakte. Max Weber hatte sich in mehreren Folgen im Januar 1962 zu dieser Sache geäussert und dabei versucht, im Kalten Krieg einen allzu billigen Antikommunismus abzudämpfen. Einerseits wurde der Propagandarummel der «Moralischen Aufrüstung» vom «Freien Aargauer» verurteilt, weil die Kritik am Sowjetsystem auch alle sozialistischen Ideen miteinbezog, andererseits verwies man mit Stolz bürgerliche Unterstellungen gegenüber der SATUS-Sportbewegung, sie sei auf dem linken Auge blind, ins Reich der Fabel. Im Gegensatz zu den «neutralen» Sportverbänden, die sich nicht gescheut hätten, seinerzeit Mussolini und Hitler die Ehre zu erweisen, gebe es keine offiziellen Kontakte des SATUS zu Ostblock-Sportverbänden.<sup>187</sup> «Moskau versucht Bonn vom Westen abzuspalten», ängstigte die Linkspresse ebensosehr wie bürgerliche Zeitungen.<sup>188</sup> Umso empörter reagierten diese Blätter auf die Tendenz, die Sozialdemokraten immer in die Nähe der Kommunisten zu plazieren (Bringolf!). Schmid hatte, als typische Nachkriegsreaktion, vor dem Beitritt der Schweiz zu überstaatlichen Organisationen wie UNO und Europarat gewarnt. Es war wieder Max Weber, der am 23. März 1962 mit einem Artikel eine Wende herbeiführte: der Beitritt der Schweiz zum Europarat sei nun fällig, herangereift, und er würdigte die Arbeit dieser Institution für Menschenrechte und Rechtsharmonisierung.

Wie sehr die aargauische Linkspresse Spiegelbild des SP-Kurses im Kanton war, beweist die Parolenfassung zur Initiative für das Verbot von Atomwaffen in der Schweiz: 80 Nein zu 79 Ja. Den ablehnenden Standpunkt vertraten Dr. Arthur Schmid und Redaktor Thürig. Wahl- und Abstimmungszeiten förderten die Auseinandersetzungen mit andern aargauischen Zeitungen. Dass vor allem kleine Blätter, wie «Freämter Zeitung», «Zurzacher Volksblatt» oder «Botschaft» zum Zuge kamen zeigt, dass die Redaktion auch die Lokalpresse laufend zur Kenntnis nahm. Dennoch war generell der Wortstreit mit der Konkurrenz kein Anliegen. Offenbar pflegte man die Ansicht, dass jede Nennung eines parteifremden Organes nur zu dessen Profilierung und Propaganda diente. Daher brauchte es schon einem ganz groben «Klotz», dass ein ebensolcher «Keil» aufgesetzt wurde.

Die Änderungen im Erscheinungsbild 1959 hatten eigentlich wenig mit dem Wechsel in der Chefredaktion zu tun. Noch zu Schmids Zeiten wurde darüber diskutiert, ob man am alten Standort an der Renggerstrasse in Aarau einen Erweiterungsbau aufstellen oder in der Industriezone einen Neubau errichten sollte. Die Entscheidung der Druckereigenossenschaft, in der Telli, an der Weihermattstrasse, ein modernes Zentrum zu realisieren,

<sup>187</sup> FA, 19. Februar 1962.

<sup>188</sup> FA, 10. Januar 1962.

brachte der Pressunion nicht nur genügend Büroräumlichkeiten für die Redaktion und Administration des «Freien Aargauers», sondern auch eine neue Rotations-Druckmaschine. Am 31. März feierte man – laut Zeitung – Halbzeit beim Neubau; ein Ersatzfest für die verpasste Aufrichte, die man im vergangenen Winter, der fehlenden Saisoniers wegen, ausfallen liess. Als Resultat dieser technischen Umstellung finden wir im Sommer 1959 einen leicht modernisierten Zeitungskopf, auf der dritten Seite die Rubrik Schweiz mit Roman «unter dem Strich», eine ganze Seite «Aus aller Welt in Kürze» und «Radio und Fernsehen», dazu ganz allgemein vermehrt Bilder. Dazu kam die vierzehntägliche Sonderseite «Aus der Welt der Frau und Familie».

Im Jahre 1963 erfolgte der Ausbau des Sportteiles. Der einstige «Kommentar des Tages» von Thürig war der Spalte «Im Blickpunkt» gewichen, die unregelmässig erschien und gerne auch aargauische Themen aufnahm. Je länger der Chefredaktor im Aargau weilte und auch als Politiker praktizierte, desto mehr drängte es ihn, seine Arbeit ins journalistische Tun einzubringen. Dass ein Lenzburger Stadtammann Dr. Hans Theiler, erster Ersatz auf der Nationalratsliste, als «Verlegenheitskandidatur» für den Ständerat tituliert wurde, disqualifizierte nach seiner Ansicht die publizistischen Kampfmittel bürgerlicher Blätter. Damals wurde gerne und oft das «Badener Tagblatt» ausgenommen. Nicht nur seines damaligen sozial-liberalen Kurses wegen, sondern weil dessen Wohlwollen für Nicht-CVP-Kandidaten eine gewisse Tradition aufwies. Die Reibungsflächen an den Pressestandorten Aarau und Baden wirkten sich in solchen Situationen aus: Dem BT war die Konkurrenz und das Frontmachen zum «Aargauer Volksblatt» wesentlicher, als der Gegensatz zum «Freien Aargauer», der trotz politischer Fixierung halt in Aarau domiziliert war. So wurde auch Arthur Schmid (jun.), der seit 1965 Regierungsrat war, vom «Aargauer Tagblatt» viel häufiger ins Visier genommen, als das Tagblatt im Ostaargau dies für nötig erachtete. Noch mehr galt dies für Louis Lang, SP-Regierungsrat seit 1969, von dem die Fama berichtete, dass er mit BT-Hilfe den Sitz erobert und verteidigt habe.<sup>189</sup>

In der Phase Thürig und Bircher waren die gelegentlichen Fehden zwischen Helmut Suter vom «Aargauer Tagblatt» und dem «Freien Aargauer» viel typischer als mit bürgerlichen Blättern aus dem Ostaargau, auch wenn sich die SP-Zeitung generell nur ungern in solche journalistischen Gefechte verstricken wollte. Das politische Engagement der damaligen SP-Zeitungsmacher schuf persönliche Beziehungen über die Partiegrenzen hinweg. Dies führte – im Gegensatz zur Steinzeit der Arbeiterbewegung – zu mehr Wohlwollen, Verständnis und Toleranz. Auch in einer Zeit, in der Thürig behauptete, «die sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden schär-

---

<sup>189</sup> FA, 17. Juni 1970.

fer»,<sup>190</sup> war der Chefredaktor des «Freien Aargauers» fähig, einen anerkennenden und freundschaftlichen Nachruf auf Nationalrat Hans Strahm (BGB), Redaktor der «Bauern- und Bürgerzeitung», zu verfassen und nur am Rande die dauernden Meinungsverschiedenheiten anzumerken.<sup>191</sup> Ein Beispiel von politischer Kultur, wie sie vor 1968 gepflegt worden war. Doch gerade das gegenseitige Schulternklopfen bei divergierenden politischen Ansichten war ein wichtiges Element, die jugendlichen Stürmer und Dränger in die ausserparlamentarische Opposition zu schieben und Konfrontation und Strassenaktion zum neuen Mittel der politischen Strategie zu entwickeln.

Wenn 1970, mit der üblichen Verzögerung, in der Schweiz die Jugendunruhen anhuben und der Maoismus als neues Gespenst durch Institutionen und Presseorgane strich, so stand den SP-Organen ein viel gefährlicher Konkurrent im linken Spektrum entgegen, als dies die Kommunisten stalinistischer Prägung gewesen waren. Die neue Linke kannte kein Schulternklopfen: die «verbürgerlichten Sozis» waren mindestens so suspekt wie die «Scheissliberalen», mit Konservativen auch nur zu sprechen, lohnte die Mühe nicht. Die neue Orientierung der SP-Presse der Schweiz lag nicht nur im geschäftlichen Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Medien begründet, dies war nur ein Teilespekt. Ebenso galt es, die neue Linke zu domestizieren, sie einzufangen durch entsprechendes Entgegenkommen. Dies aber setzte voraus, dass straffer und zentralistischer geführt wurde, dass die kantonalen Färbungen, Resultat der regionalen Arbeiterzeitungen, als Spiegel der Mentalitäten, respektive Bewusstseinsstufe, verschwanden.

Dass dies in einer Kampfzeit, wie sie seit 1968 herrschte, gelingen konnte, wurde dann durch die Praxis widerlegt. So wurde am 3. September 1969 erstmals angekündigt, dass eine Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Blätter der Deutschschweiz im grossen Stile geplant sei. Ein Maternaustausch im beschränkten Rahmen war seit 1. Februar 1968 vom «Freien Aargauer» schon gepflegt worden. Die «Basler AZ» und das Oltner «Volk» hatten täglich eine Seite Schweiz, die in Aarau redigiert, gesetzt und umbrochen worden war, übernommen. Der «Freie Aargauer» veröffentlichte im Gegenzuge vom «Volk» die Seite «Dies und Das» mit feuilletonistischem Charakter und dem Roman «unter dem Strich», sowie eine Auslandseite von der «Basler AZ». Die fremdgefertigten Seiten fielen in der sonst vierspaltigen Zeitung durch ihre Fünfspaltigkeit auf. Was aber für 1970 vorbereitet wurde, war ein Ringkonzept, wie es von der schweizerischen CVP-Presse schon vorexerziert worden war.

Am 27. September veröffentlichte Thürig eine «Betrachtung zur engen Zusammenarbeit sozialdemokratischer Zeitungen im AZ-Ring». Eingelei-

---

<sup>190</sup> FA, 19. Februar 1966.

<sup>191</sup> FA, 28. Februar 1966.

tet mit einem geschichtlichen Überblick verglich er die aargauischen Tagblätter früher und heute. Während vor zwölf Jahren alle je drei Redaktoren beschäftigt hatten, leisteten sich heute das «Aargauer Tagblatt» neun, das «Badener Tagblatt» gar zehn vollamtliche Redaktoren. Dieses Missverhältnis könne nur durch eine enge Zusammenarbeit wettgemacht werden. Redaktion und Satzherstellung für alle Teile ausser den kantonalen Nachrichten würden von der Zentralredaktion unter Helmut Hubacher in Zürich hergestellt. Das heutige Team des «Freien Aargauers» könnte sich dann auf den Aargauer Sektor konzentrieren und damit beste Arbeit leisten. Die Matern, aus Zürich zugeschickt, erlaubten dann, dass der ganze «Freie Aargauer» nach wie vor in der Genossenschaftsdruckerei Aarau hergestellt werden konnte. Die ganze Umstellung war eine Sache der Fachleute und der Trägerschaften, das heisst parteipolitisch nur dürftig abgestützt. Im Vergleich zu früher wird dabei sichtbar, wie die Medienwelt zu einem Teil des Marktes und auch Produkt der technischen Entwicklung geworden war.

Die Mitteilungen vom 3. und 27. September gründeten auf Verlautbarungen der Trägerschaften, die Kantonalpartei war in den Prozess nicht einbezogen. Selbst am schweizerischen Parteitag vom 2. November war das Presse-Experiment kein Thema. Die kantonale Redaktion im Aargau stellte sich positiv zum neuen Konzept – mindestens verbal. Thürig, der sich am radikalsten umstellen musste, fiel der Abschied von der Weltpolitik nicht leicht. «Das Gefühl, das einem bei dieser entscheidenden Wende beschleicht, ist ähnlich jenem des 65jährigen am Tage vor der Pensionierung», bekannte er nach der Abfassung des letzten aussenpolitischen Kommentars am 31. Dezember 1969.

Armin Bolliger, der seine angestammte Tätigkeit in voller Intensität weiterführen durfte, wusste um die konservative Haltung des passionierten Zeitungslesers, der wohl das Neueste an Meldungen, ja, gar die Überraschung liebte, sofern es um den Inhalt ging, den aber die kleinste Änderung störte, wenn es Stil und Präsentation betraf. Ab 18. Dezember brachte er täglich auf der Seite Aargau das zukünftige Signet «AZ-Freier Aargauer» bis zum Jahresende, um die Konsumenten an die neue Verpackung zu gewöhnen. Gleichzeitig entschuldigte er sich für die Namensänderung: die Bezeichnung AZ war zwingend, wollte man landesweit als eine Zeitung auftreten und sich den grossen Reklame-Kunden als Grosszeitung anpreisen. Beim Jahresschluss wurde noch einmal das ganze Konzept dargelegt. Das Besondere: die Berner «Tagwacht» machte nicht mit, als einziges SP-Blatt der Deutschschweiz. Es sollte ihr wohl bekommen. Nach dem Zusammenbruch des AZ-Experimentes wird die «Tagwacht» zum Rettungsanker für die geschwächten Regionalblätter in der westlichen Deutschschweiz werden. Der sogenannte West-Ring wäre ohne jene Tagwacht-Abstinenz wohl nie entstanden.

## Der AZ-Ring

Lange Diskussionen und mühselige Projektarbeit waren dem Zeitungs-Ring vorangegangen. Das ganze Unternehmen schien weitgehend von Zwängen diktiert worden zu sein. Die Parteimitglieder waren nicht mit von der Partie gewesen. Kurz: am 5. Januar 1970 war die erste Nummer des «AZ Freier Aargauer» da: «Die AZ grüsst ihre 200 000 Leser». Schon dieser Gruss war nicht aus dem Aargau an die Aargauer gerichtet, es war ein Kurienwort, *urbi et orbi*, an die schweizerische Leserschaft gerichtet, in Zürich redigiert, in Zürich gesetzt. Der Zusammenschluss von zehn sozialdemokratischen Tageszeitungen ergab eine Auflage von 68 000 Exemplaren.<sup>192</sup> Dies ergab – über den Daumen gepeilt – 200 000 Leser. Damit reihte man sich unter die grössten Blätter ein, obgleich man im Inseratengeschäft lokal verankert bleiben wollte und musste. Was im Aargau schon Handicap für den kommerziellen Erfolg war, sollte es im schweizerischen Rahmen noch deutlicher werden. Nur die Grossreklame frohlockte über das neue Produkt. Der Rettungsanker für die einzige Zeitung mit landesweiter Ausstrahlung? Wirkte sich der Arbeitstitel «Einzige überregionale Tageszeitung der deutschen Schweiz, in der ein sozialdemokratischer Standpunkt vertreten wird», als Empfehlung oder als Abschreckung aus? Was für Abonnenten gut klang, war für Inserenten noch längst keine Musik.

Für den in Zürich redigierten und gesetzten Zentralteil zeichneten folgende Damen und Herren verantwortlich: Helmut Hubacher (Chefredaktion und Inland), Regula Renschler (stellvertretende Chefredaktion und Ausland), Paul L. Walser (Ausland), Otto Schmid (Inland und Sport), Hans-Rudolf Hilty (Kultur), Otto Hürlimann (besondere Aufgaben) und Hermann Battaglia (Bundeshausredaktion). Jede Zeitung führte ihren eigenen Titel über diesem Mantelteil, und eingeschlagen fanden sich je nach vorher üblichem Stoffanfall, die kantonalen oder regionalen Seiten, redigiert von der alten örtlichen Redaktion. Im «AZ Freier Aargauer» verblieb vorläufig das Dreigestirn: Thürig, Bolliger, Eigenmann.

Wie üblich schickte man das neue Presseprodukt mit einem Geleitwort ans Publikum. Der Chefredaktor Hubacher referierte: «Das neue AZ-Unternehmen ist ein Experiment. Die AZ ist die erste überregionale Linkenzeitung des Landes mit einem bestimmten Kurs. Wir schwimmen nicht ziellos in der Gegenwart herum. Wir fühlen uns der demokratischen Linken verbunden, nicht aber auf eine sture Parteilinie angebunden. Unsere Optik soll nicht einseitig eingestellt, sondern frei und unabhängig sein. Wir wollen tatsachengetreu informieren, meinungsbildend kommentieren, wir wollen Ernstes und Heiteres, Schweres und Leichtes anbieten.»

---

<sup>192</sup> Freier Aargauer, Thurgauer AZ, AZ Abend-Zeitung (Basel), Freie Innerschweiz (Luzern), Das Volk (Olten), Volksstimme (St. Gallen), Schaffhauser AZ, Winterthurer AZ, Oberländer AZ (Wetzikon), Volksrecht (Zürich).

Damit begann für die Aargauer AZ-Leserschaft tatsächlich eine neue Zeit. Der «Freie Aargauer» bot nun einen Ausland- und Inlandteil an, der an Umfang den grossen Tageszeitungen nicht nachstand. Dieses Organ konnte bezüglich Infos tatsächlich als Erstzeitung dienen. UPI und AFP-Agenturberichte fanden direkt den Weg in die Zeitung und erhöhten deren Aktualität. 24 Seiten umfasste die erste Nummer, als Montagsblatt, wegen des Wochenendes, sogar mit drei Seiten Sport. Vier Textseiten waren von der Aargauer Redaktion bearbeitet, zwei bis drei füllten die einheimischen Inserate.

Schon nach drei Tagen wurde der Einstand der AZ von Samuel Siegrist, Redaktor des «Aargauer Tagblatts», unter dem Titel «Der erste Eindruck» zitiert. Er lobt die neue Konkurrenz und versteige sich sogar zum Urteil, dass die Zeitung «etwas weniger parteipolitisch gefärbt» wirke. Was Thürig zum Zusatz veranlasste: «Dass nur die Freisinnigen über die nötige Objektivität verfügen», sei hinlänglich bekannt.<sup>193</sup> Nach der ersten Woche urteilte dann Thürig selber über das Zusammenspiel: er lobte die gute Zusammenarbeit, die eilige Zustellung der Matern, so dass um 3.30 Uhr die Rotationsmaschine in Gang gesetzt werden könnte. Damit sei gesichert, dass die Zeitung am Vormittag zugestellt wurde.

Am 14. Februar stellte man auf einer Sonderseite die ganze Redaktion in Bildern vor, ein treffliches Mittel, dem Mantelteil die Fremdheit zu nehmen. Auf der Titelseite erschien mit Bedacht relativ häufig ein Anriss zu einem aargauischen Thema. Dennoch war nicht zu vermeiden, dass der hiesige Gewerkschafter, der vorher wie jetzt nur seine Hauszeitung konsultierte, vieles vom Inhalt fremd anmutete. Dies lag nicht nur an den andersartigen Kommentatoren, die eher intellektuelle Kreise ansprachen, sondern ebenso sehr an völlig neuen Themen, die im Nachgang von 1968 die politische Szene verwirrten.

«Bildung als Ideologie» liesse sich als Motto über viele Nachrichten und Kommentare setzen: «Springer und die neue Linke», der Krach an der Kunstgewerbeschule Zürich wegen der Klasse Form und Farbe, das aargauische Hochschulprojekt für Bildungsforschung, die Mitbestimmung der Studenten an Hochschulen, Streit um den Krawall-Film nach den Solothurner Filmtagen, Neills umstrittene antiautoritäre Erziehung und das Experiment von Summerhill, Dozent Hans Heinz Holz an der Uni Bern wegen seiner marxistischen Weltschau weggewiesen usw. usw.

Die «harte Ausmarchung mit dem «Rechtsbürgertum»<sup>194</sup> in all diesen Fragen veranlasste die Kommentatoren immer mehr, die Terminologie der neuen Linken zu übernehmen, was den traditionellen Leser aus dem Arbeiterstande verunsicherte oder abstieß. Als auch im Aargauer Umfeld die

<sup>193</sup> FA, 7. Januar 1970.

<sup>194</sup> FA, 11. November 1970.

Themen sich in gleicher Richtung bewegten, man Kantonsschullehrern in Aarau Maoismus vorwarf, Dienstverweigerungsprozesse als Element ultralinkter Agitation umfunktionierte und Grossratsdebatten über Gesinnungsterror und Gesinnungsschnüffelei rapportiert wurden, vermocht Thürig mit seiner Erklärung «im rote Chästli» immer weniger, die theoretischen Ergüsse zu diesen Ereignissen in die traditionelle Gewerkschaftspolitik, wie sie dem Arbeiter verständlich war, einzugliedern. Wenn zum Beispiel Hilty in seinem Kommentar «Bedrohung nach Mass» damals feststellen wollte, dass die Schweizer Neutralität mehr durch die NATO als durch Moskau oder Peking bedroht sei, weil die Vereinnahmung der Kleinen durch die grossen Freunde grösser sei als die effektive Gefahr der Raketenstationen, die ennet des Eisernen Vorhangs auf den Westen gerichtet sind, so war das ein so genannt nonkonformistischer Gedankengang, der die alten Strukturen aufweichen sollte, der aber für die Aktivdienstgeneration – auch der politisch linksorientierten – nicht mehr verdaulich war. Am ehesten fand die Kritik an jeder Form der Intoleranz Zustimmung, vor allem, wenn es sich um populäre Figuren handelte, wie den «Zivilverteidiger» Alfred Rasser.

Aber es erstaunt nicht, dass der Zentralsekretär der SP-Schweiz, Bertschinger, am 4. November 1971 im AZ-Ring zerknirscht verkünden musste: «Die SP scheint an sogenanntem angestammten Wählerpotential in erschreckender Weise verloren zu haben. Sie hat dafür bei den Jungen, bei den Frauen, bei den Intellektuellen hinzugewonnen. Das Resultat ist allerdings defizitär.» Was hier für die Partei festgestellt wurde, galt im selben Masse für die Leserschaft der AZ. Oder war der Wählerverlust zum Teil gar Resultat der Leserverärgerung?

Zudem wurde für die «AZ Freier Aargauer» der Widerspruch zwischen dem Mantelteil – vor allem baslerischer Provenienz – und dem Aargauer Teil in der Kernenergiefrage immer unerträglicher. Die umstrittenen Atomkraftwerke an Aare und Rhein waren weit weniger das Problem hiesiger Arbeiter und Angestellter, als die Sicherung der Arbeitsplätze in der Badener und Aarauer elektrotechnischen Industrie. «Die atomare Schizophrenie der Baselstädter» von Thürig<sup>195</sup> folgte einer typisch Aargau-konformen Terminologie im kantonalen Teil der Zeitung. «Der Stromkonsum wächst», eine Nachricht der NOK, kommentierte Thürig positiv: der Grund läge in der Ersetzung von Ölheizungen durch elektrische Energie; Die «Luftversiegelung drängt zur Atomenergie». <sup>196</sup> Die «Basler Agitation gegen Kaiseraugst»<sup>197</sup> war dem aargauischen Leser weitgehend unverständlich. Eine erste Konsequenz war nicht die Angleichung der Ansichten und der Sprachregelung, sondern der Rücktritt Thürigs. Am 24. November 1970

<sup>195</sup> FA, 30. November 1970.

<sup>196</sup> FA, 12. März 1970.

<sup>197</sup> FA, 19. März 1970.

wurde in Bild und Text der zukünftige Chef vorgestellt: Silvio Bircher, bis dato Grossrat des Team 67.

Der neue Redaktor hatte sich nach den Mittelschulen in Aarau und Olten an der Universität Zürich und der Hochschule St. Gallen das Lizentiat als Volkswirtschafter erworben. Er war im März 1969 «als jüngster in den Grossen Rat und Ende 1969 auch in den Einwohnerrat Aarau gewählt worden.» «In den politischen Anschauungen näherten sich die Team-Leute und insbesondere auch Silvio Bircher immer mehr der Sozialdemokratie, so dass seine Wahl zum neuen Redaktor keine spektakuläre Überraschung bildet. Gratulation!»

Das Team 67, die «zornigen Söhne freisinniger Väter», entstammte – wie das Datum im Namen schon klarstellt – als politische Gruppe nicht der 68er Bewegung. Es waren junge und «mittelalterliche» Technokraten, die amerikanische Arbeitsmethoden («It's team time») und jugendlichen Elan im Geiste John F. Kennedys einführen wollten. Mit dem Bericht des Club of Rome wurde deren Wortführer, der BT-Journalist und Grossrat Werner Geissberger, immer heftiger zum Verfechter von grünen Anliegen, so dass die ganze Gruppierung nach und nach auf diese Linie einschwankte. Die Wahl Birchers für die «AZ Freier Aargauer» war daher eine Korrektur des aargauischen Zeitungskurses Richtung Umweltschutz, auch wenn sich dies noch eine Weile nicht im Inhalt der Zeitung niederschlug. Die Einarbeitungszeit Birchers und damit das Verweilen Thürigs dauerte noch bis zum Februar 1971, so dass noch Titel wie «Reaktor ist keine Atombombe» und Schlagworte wie «Die risikolose Technik ist eine Utopie» (Dietenberger) erscheinen konnten.<sup>198</sup> Zudem wusste Bircher auch nachher, in zurückhaltender Weise zu operieren: im ersten Arbeitsjahr als Chefredaktor vermied er weise, mit Kommentaren zu provozieren. Schliesslich galt es damals noch, das Experiment «AZ-Ring» zu retten. Eher war es Grossrat Franz Schmidbauer, der in seinen Beiträgen grüne Anliegen in die Zeitung brachte. Der Rücktritt Werner Thürigs aus dem Grossen Rat veranlasste das Blatt am 23. Dezember weitere Informationen preiszugeben, zum Beispiel dass dessen Frau, Eva Thürig, seit langem die Ratsberichterstattung besorgt hatte und dass der Demissionär auf den 1. Februar 1971 zum Sekretär der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern gewählt worden sei.

Am ehesten der neulinken Linie entsprachen 1971 die Beiträge des Zofinger Lehrers Christian Zaugg und des Aarauer Kantonsschülers Urs von der Mühll. Sie sprachen von Meinungsmanipulation der bürgerlichen Presse, von Basisgruppen zwecks politischer Bewusstseinsbildung. Es erstaunt daher nicht, wenn am 20. November gemeldet wurde, dass Christian Zaugg neuer Redaktor des «AZ Freier Aargauer» werde, während sich am 27. Dezember Fritz Eigenmann verabschiedete, in die Privatwirtschaft

---

<sup>198</sup> FA, 30. November 1970.

wechselte, dabei aber seine politischen Ämter als Grossrat und Einwohnerrat behielt. Diese Änderung folgte auf die wenig erfolgreichen Nationalratswahlen vom Oktober 1971, die im Aargau der SP Verluste gebracht hatten, dem Verband der Kleinen, LdU, EVP, Team und Freien Stimmberchtigten aber die zwei Mandate von 1967 in Bern abzusichern erlaubte.

Chefredaktor Hubacher vom AZ-Ring kommentierte, indem er das «Badener Tagblatt» zitierte, wie folgt: «Den freisinnigen Söhnen ist die bürgerliche Leistungsgesellschaft mit ihrer Jagd nach Geld und vordergründigen Ehre suspekt geworden. Denn die Folgen des egoistischen Denkens (Zerfall der sozialen Gemeinschaft, Zerstörung der Umwelt) sind deutlicher geworden, als dass sie länger verheimlicht werden könnten.» Und er ergänzte diese Worte mit den Folgerungen: «Diese Jungen sind heute oft politisch heimatlos. Diese Talentreserve gilt es für die SP zu erschliessen. Das wird nur mit einer profilierten Linkspolitik gelingen.»<sup>199</sup> Zwar hatte der Regisseur des AZ-Ringes, Ueli Goetsch, den Posten des Verlagsleiters verlassen, um einen Posten beim Fernsehen zu übernehmen.<sup>200</sup> Das verhiess nicht nur Gutes. Dennoch war der Rückblick Silvio Birchers am Jahresende 1971 recht positiv gehalten, und er versprach der Partei und ihrer Presse eine erfolgreiche Zukunft. Vorwärts! Zum Dienstleistungsstaat.

Das Aargauer Redaktionsteam war konsolidiert und ideell korrespondierend zur Ring-Zentrale. Das Aus für das Experiment gründete dann später nicht im alten Gegensatz Basel-Aargau in der Energiepolitik, sondern hatte andere Ursachen. Der AZ-Versuch «scheiterte, weil die Reibungsverluste an technischen Kosten – zehn Druckorte – viel zu gross waren, um Ertrag und Aufwand einander anzugleichen», behauptete Richard Müller 1981 und warnte gleichzeitig vor einer Wiederholung des Experimentes.<sup>201</sup> Diese Reduktion auf technische Schwierigkeiten führt am eigentlichen Problem vorbei. Aus zehnjähriger Distanz übersah Müller geflissentlich die ideellen Differenzen, die damals die Bewegten in der Partei von den Gewerkschafatern trennte. 1973 hatte ein ausserordentlicher Zürcher Parteitag in Urdorf beschlossen, die AZ-Tageszeitungen sollten bis mindestens Mitte 1974 gehalten werden. Man müsse aber mit aller Kraft «zu einer neuen Weichenstellung» beitragen. Der Bund solle – zur Erhaltung der Pressevielfalt – die schwachen Blätter subventionieren. Der SP-Fraktion wurde ein entsprechender Auftrag überbunden. Die Diskussion zeigte aber auch, dass bezüglich von Inhalt und Form keine Einigkeit bestand. Viele waren überzeugt, dass auch eine linke Parteizeitung, die sich in konstruktiver Weise um Staat und Wirtschaft bemühe, ein genügendes Inseratenvolumen einbringe. Dem standen offenbar die Intellektuellen an der Versammlung entgegen.<sup>202</sup> Harte

<sup>199</sup> FA, 6. November 1971.

<sup>200</sup> FA, 1. November 1971.

<sup>201</sup> In: 75 Jahre Freier Aargauer.

<sup>202</sup> FA, 1. Oktober 1973.

Worte müssen damals gefallen sein. Im langfädigen Artikel «Wir Salongenossen» versuchte Adolf Muschg zu beweisen, dass die wahre SP-Zeitung, nämlich «inseratenarm, meinungsintensiv und Unfrieden stiftend», nie wirtschaftskonform sein könne. Sie müsste von Idealisten getragen werden. Dabei bewies er mit seinem Schreibstil und der Gedankenakrobatik gerade, dass eine Zeitung, wie er sie verstand, von keinem Volksschulabsolventen gelesen werden konnte. Zwei Tage später wurde Gleicher von Walter Mathias Diggelmann vorgeführt: Er spielte mit fleissigem Wechsel von Ironie und direkter Aussage, so dass der Durchschnittsleser die Lektüre kaum bis zur Hälfte durchzustehen vermochte. Die Salongenossen wollten nun mit häufigen Kolumnen beweisen, dass sie sich für ein Unruhe stiftendes Blatt engagieren. Dabei war damals das «Fertigmachen» von James Schwarzenbach der wichtigste Beweggrund. Erfolgreicher bemühten sich die Schriftsteller Marti und Acklin als Journalisten. Endlich, am 5. November 1973 meldete sich eine Frau S. aus Münchenstein in einem in ausgesuchter Höflichkeit formulierten Leserbrief, dass sie noch nicht so weit sei, eine so hintergründige Sprache zu verstehen.

Klaren Wein schenkte Nationalrat Ernst Haller in einem Beitrag im «Freien Aargauer» ein, als es darum ging, dieses Kantonalblatt aus den Turbulenzen der «Zürcher AZ» herauszuhalten und einen eigenen Weg einzuschlagen. Nur aus Solidarität hätte man von der Pressunion Aargau aus die Zusammenarbeit im AZ-Ring 1973 nochmals durchgehalten. «Aber bald zeigte es sich, dass im Zentralteil der AZ den versprochenen Zielen gar nicht Rechnung getragen wurde. Der AZ-Ring wurde zu einer Tribüne von partiinternen, gehässigen Auseinandersetzungen, an der viele Leser gar nicht interessiert waren.» Die Druckereien seien in finanzieller Bedrängnis; sie müssten vom Zeitungsdefizit entlastet werden. Der Vorstand der Pressunion lege daher ein Konzept vor, das von einer Zusammenarbeit mit dem «Badener Tagblatt» ausgehe.<sup>203</sup>

Die Generalversammlung der Genossenschaften trat innerhalb von zehn Tagen zweimal zusammen. Dem Wanner-Verlag wurden Expansionsgelüste angelastet. Schliesslich wurde das Konzept mit dem BT eindeutig verworfen und eine Zusammenarbeit mit der Berner «Tagwacht» und der «Solothurner AZ» vorgesehen. Der Nachdruck des Blattes war aber für die Genossenschaftsdruckerei zu kostspielig; daher wurde dieser Auftrag der «Aargauer Tagblatt»-Druckerei erteilt, die noch über freie Kapazitäten verfüge.<sup>204</sup> Die Reaktion des «Badener Tagblattes» auf diesen entchwundenen Auftrag war heftig, und Bircher hoffte aufrichtig, dass sich diese Gehässigkeiten des Wanner-Blattes, das damals immerhin einen sozial-liberalen Kurs verfolgte, bald verziehen würden.

<sup>203</sup> FA, 4. Oktober 1973.

<sup>204</sup> FA, 15. Oktober 1973 über die Versammlung vom 13. Oktober in der Kettenbrücke, Aarau.

Am 19. November musste der «Freie Aargauer» vermelden, dass die Zürcher Genossenschafter sowohl die «Zürcher AZ» als auch die «Oberländer AZ» fallenlassen und die einbezahlten Spenden (65 000 Franken) zurückzahlen würden. Eine achtseitige Wochenzeitung als Informationsorgan müsste den Bedürfnissen genügen. Muschg schrieb am 10. Dezember «Vom Tod einer Zeitung oder Realpolitik als Alibi» einen halbseitigen Nekrolog, der sicher einmal in einem Sammelband seiner Werke erscheinen kann, aber in einer Zeitung bestenfalls von einigen Akademikern wirklich studiert und verstanden werden konnte. Zur gleichen Zeit durfte die Pressunion Aargau berichten, dass das Geschäftsjahr 1973 dank Spendengelder von 26 000 Franken ohne Defizit abgeschlossen werden konnte.

Bircher fasste am Jahresende zusammen: «Unsere Schwesterzeitung, die Zürcher AZ, wird zwar eingestellt, aber alle andern der SP nahestehenden Tageszeitungen machen weiter. Wir werden ab 3. Januar einzelne Seiten in leicht veränderten Form, den Stoff etwas konzentrierter, dafür reichhaltiger präsentieren.»<sup>205</sup> Damit verschwanden gewisse Namen 1974 aus dem «Freien Aargauer» oder waren dort nur noch selten zu Gast: Otto Hürli-mann, Paul L. Walser, Monique Buri, Hans Rudolf Hilty, Edwin Knuchel. Redaktor Armin Bolliger ging mit dem Jahreswechsel in Pension. Er hatte 1955 als Nachfolger von Karl Schmid, Gränichen, vom technischen Fertiger einer Zeitung ans Redaktionspult gewechselt und gleichzeitig, nach altem Brauch, politische Ämter innegehabt. Bis anfangs 1973 gehörte er noch dem Grossen Rate an. Gleichzeitig trat auch Christian Zaugg zurück, um eine Stelle bei der Gemeinde Strengelbach anzutreten. Damit präsentierte sich im Januar 1974 das Impressum wie folgt: Silvio Bircher als Chefredaktor, Alfred Staubesand, Herbert R. Fischer, René von Euw als Redaktoren. Für den Inland- und Auslandteil zeichneten die beiden «Tagwacht»-Redakto-ren Richard Müller und Fritz Escher. Im Büro des «Freien Aargauers» ging es in der folgenden Zeit zu wie in einem Taubenschlag. Fischer und von Euw waren ja ab Januar 1974 neu in der Redaktion. Während Fischer bald wieder aus dem Impressum verschwand, wurde von Euw am 1. April noch als zeichnender Redaktor von der Trägerschaft gewählt. Desgleichen am 2. Juli 1974 Frau Maria Clavuot-Brutschy aus Rheinfelden, die schon einige Monate vorher für diese Zeitung geschrieben hatte. Schon bald musste sie René von Euw ersetzen, der auf Semesterende sein kurzes Gastspiel schon wieder beendete. Mit Frau Clavuot-Brutschy erhielt das Thema Kaiser-augst und alle Aktionen und Proteste in diesem Zusammenhang eine warme Fürsprecherin. Jedenfalls klang der Wunsch nach regionaler Mitsprache im Falle von Grossprojekten in vielen Formulierungen durch.

Die samställige Frauenseite SIE war jedenfalls eingekauft. Das Wochenendblatt musste von der kleinen Redaktion überhaupt ganz eigen-

---

<sup>205</sup> FA, 29. Dezember 1973.

ständig zusammengestellt werden, da der Input der «Tagwacht» ausfiel (keine Samstagsausgabe). Damit fehlten in der Samstagsnummern die auffälligen dicken Abschlussbalken am Ende eines Themas, Merkmal der Berner Matern zum In- und Ausland, sowie für die Schlusseite.

Das Ende des AZ-Ringes hatte 1973 das Ende der «Freien Innerschweiz», auf Ende 1973 das Einstellen der «Zürcher AZ» gebracht. Die «AZ Freier Aargauer» hatte der Resignation getrotzt. Ja, sein Chefredaktor plante gar eine Ausweitung: mit dem Wiederbeleben des traditionsreichen «Volksrechtes» und der «Freien Innerschweiz» als Kopfblätter könnte die Abonnentenzahl erhöht, damit aber auch das Inseratenvolumen erweitert werden. Die Städte Zürich und Luzern sollten geschäftliche Schwerpunkte bilden, ohne dass dort gross investiert werden musste. An beiden Orten genügte eine Ein-Mann-Redaktion zur Herstellung der Lokalseite. Man erwartete ein Plus von 3000 Abonnenten. 1975, in der Zeit der Planung, wirkten im Aargau Bircher, Maria Clavout, Urs Müller und Hanspeter Eggenberger. Aus dem Bundeshaus berichtete noch bis Ende des Jahres (Ruhestand) Fritz Escher. Die technische Herstellung erfolgte in Aarau. Auf den 1. Mai 1976 wurden die beiden Kopfblätter auf den Markt geworfen, und vor allem Hans Steiger (haste) aus Zürich als Redaktor pflegte einen eigenen und aggressiven Stil. Als in Zürich der traditionsreiche Name «Volksrecht» wieder auftauchte, da verschwand auch im Aarau das AZ aus dem Namen. Es wurde auch versucht, mit der «Winterthurer AZ» ins Gespräch und Geschäft zu kommen, da auch deren Ende angekündigt wurde; die Verhandlungen führten aber zu keiner Zusammenarbeit.

Die Leistungen des aargauischen Chefredaktors waren unbestritten. 1979, im Vorfeld der Nationalratswahlen, führte sein Nachfolger in der Zeitung folgendes aus: «In seine Amtszeit fielen Aufstieg und Fall des Experiments AZ-Ring, und Silvio Bircher ist einer von denen, die massgeblich daran beteiligt sind, dass der «Freie Aargauer» als eigenständiges Blatt nach dem Scheitern des gesamtschweizerischen Versuches erhalten blieb. Er hat auch den Wiederaufbau des Volksrechtes von Aarau aus geleitet. Anfangs 1977 zog er sich vom Redaktionspult zurück.»<sup>206</sup>

Bis 1977 aber wirkte er noch eifrig als Journalist. Längst war er zu einem emsigen Kommentator geworden, wobei die Aargauer und Aarauer Angelegenheiten wegen seiner Parlamentstätigkeit auf beiden Ebenen zu seiner Spezialität gehörten. Im Gegensatz zur Zürcher Redaktion pflegten die Aargauer noch immer eine eher pragmatische, gewerkschaftliche Linkspolitik. Bircher blieb seinem Stil treu: er war abwägend, nicht ideologisch fixiert und kaum einmal verletzend. Selbst sein Engagement für den Umweltschutz hatte nichts Sektiererisches an sich. «Wes Brot ich ess – des Lied ich sing», betitelte er die Besprechung einer Fernsehdiskussion über

---

<sup>206</sup> FA, 10. Oktober 1979, Peter Stöckling.

Kaiseraugst. Es wäre «eine breite Information nötig», die Bevölkerung über pro und contra Kernkraftwerke sachlich aufzuklären. Denn «es gibt achtenswerte Gründe», die Atomenergie abzulehnen. Bis zum heutigen Tag konnten leider keine Alternativen dazu vorgebracht werden. Aber die grossen bürgerlichen Zeitungen, «Aargauer Tagblatt» und «Badener Tagblatt» stünden in vollem Druck für Kaiseraugst, bei letzterem könne gar eine eigentliche Abhängigkeit zu Motor-Columbus festgestellt werden. In solchem Umfeld Emotionen einzudämmen, sei kaum möglich. Eine typische kritische Analyse des aargauischen Chefredaktors!

Während die Zürcher Seite sich für Jean Ziegler und seine Publikationen stark machte, sich Andreas Gross über die «Pressefreiheit nur auf dem Papier» ausliess («Tages-Anzeiger» und Emil Frey AG), verhielt man sich vom Aargau her seltsam vornehm. Der «Drall nach rechts lässt Köpfe rollen», meinte die Zürcher Redaktion, der «Tages-Anzeiger» entlässt Niklaus Meienberg, ähnliches geschieht bei der «National-Zeitung» (Arnold Künzli) und beim «Badener Tagblatt». Aufgrund eines Artikels der «SJU-News» (Schweizer Journalisten Union) sei dort 1973 Erich Liebi entlassen worden, darauf kündigten Sebastian Speich, Urs Alter und Beat Müller – vor die Alternative gestellt – selber. So hätte man innert Jahresfrist beim BT neun Redaktoren gegen brave «umgetauscht». «Dem BT sieht man's an.» So kündete nicht die Aargauer, sondern die Zürcher Redaktion. Damals zeichneten neben Bircher weiterhin Urs Müller und Hanspeter Eggenberger als Redaktoren, während Christoph Grenacher neu dazugestossen war. Maria Clavout hiess damals nur noch redaktionelle Mitarbeiterin. Den Ausland- (Herbert Hess) und den Inlandteil (Richard Müller) bezog man weiterhin von der «Tagwacht» in Bern. Am SP-Parteitag 1976 hielt Max Frisch eine Ansprache zur Stärkung der Links-Presse, und Peter Bichsel, Otto F. Walter, Walter Vogt und Jörg Steiner unterstützen ihn und versprachen, von nun an vermehrt für diese Zeitungen tätig zu sein. Davon ist in der Folge – mindestens im «Freien Aargauer» – wenig sichtbar.

Am 2. November zeigte der «Freie Aargauer» in Wort und Bild die Demission von Silvio Bircher an, der als selbständiger Publizist und Dozent an der HWV Olten eine weniger hektische Gangart einschalten wolle, als in den letzten sechs Jahren. Der «Freie Aargauer» «hat in dieser Zeit eine harte Bewährungsprobe durchgemacht, gilt aber heute als eine der beachtesten Linkszeitungen des Landes», gestand die Trägerschaft. Am 3. Dezember 1976 wurde der Nachfolger vorgestellt: Peter Stöckling, ein Ostschweizer von 32 Jahren werde sich auf Anfang 1977 einarbeiten. Nach der Matura machte er Stellvertretungen als Primarlehrer und besuchte Vorlesungen, bis er ab 1967 für das «St. Galler Tagblatt» arbeitete. 1969 kam er zum «Tages-Anzeiger», wo er sich insbesondere mit Zürcher Kantonalpolitik und Schulfragen befasste. Seit 1972 war er als Redaktor für den «Tages-Anzeiger» in Aarau tätig. Als Mitglied der Journalisten-Union war es ihm bei die-

ser Zeitung wohl etwas ungemütlich geworden. Mit der Affäre Cincera-Archiv überstürzten sich im November/Dezember 1976 die Ereignisse. Die Artikel von Frischknecht, oft eine ganze Seite umfassend, dominierten auch den «Freien Aargauer». Zürich wurde mass- und tonangebend.

Am 22. Januar nahm Silvio Bircher Abschied von den Lesern. Er deutete an, dass die journalistische Arbeit ihm einiges an Kraft abverlangt hatte, und es steigt bei der Lektüre die Vermutung auf, dass er den Weggang auch als Befreiung empfand. Er habe sich allezeit für Toleranz eingesetzt. Der «Freie Aargauer» sei unter ihm «nie ein stures, trockenes Parteiblatt, das blind nur die eigenen Urteile wiedergibt», gewesen. Dies durfte er mit gutem Gewissen anmerken. Die Wochenend-Ausgabe 12./13. März brachte in ihrem Impressum erstmals die ganze verantwortliche Redaktion: Peter Stöckling als Chef, Hanspeter Eggenberger und Urs Müller für das Ressort Aargau; Hans Steiger für die Stadt Zürich. Bis 1979 konnte das Aargauer Büro um Konrad Wittmer erweitert werden, während anstelle von Hans Steiger Adrian Knoepfli und Martin Enkelmann für Stadt und Kanton Zürich zuständig wurden. Als ständige Mitarbeiter zeichneten Andreas Gross und Jürg Meier. Schon vor dem Jahresende 1979 schieden aber Wittmer und Jürg Meier wieder aus.

Die Unruhe in der redaktionellen Zusammensetzung Ende Jahr 1979 hatte wieder einmal mit der wirtschaftlichen Lage des sozialdemokratischen Pressewesens zu tun. Die Chefredaktion orientierte «In eigener Sache» am 31. Oktober die Leserschaft, dass die Lage «alles andere als rosig» sei. «Für das Betriebsjahr 1979 zeichnet sich nun ein Defizit ab, das die Zeitung in ihrer Existenz bedroht.» Auf den 10. November müsse daher die Samstagsnummer eingestellt werden. Es fehlten die Mittel, Werbeaktionen durchzuführen. Mit den Neuabonnenten liessen sich kaum die natürlichen Abgänge durch Tod kompensieren. Das Fehlen des lokalen Schwerpunktes bei kantonalen Zeitungen erbrachten automatisch einen schlechten Deckungsgrad für die Inserenten. «Dabei ist die Frage nach dem politischen Kurs einer Zeitung von untergeordneter Bedeutung. Beim Freien Aargauer/Volksrecht ist die Zahl der politisch begründeten Abbestellungen und Reklamationen jedenfalls verschwindend klein, während die (wiederum aus finanziellen Gründen) fehlende regionale Berichterstattung sehr oft bemängelt wird.» Mit dieser Argumentation vermochte Stöckling allerdings die fehlenden Neuabonnenten nicht zu rechtfertigen. Platz für redaktionellen Text war offensichtlich genügend vorhanden. Die «Politischen Zeitprobleme» wurden regelmässig angekauft und betrafen seitenlang die Situation in Nicaragua und gewissen Dritt Welt-Ländern, was der eilige Tagesnachrichten-Leser aus dem Arbeiterstande kaum in seinem Leibblatt suchte. Der Wille und Wunsch der Redaktion, die grossen Probleme der Welt einem «Blick»-gefährdeten Publikum aufzudrängen, war kaum zu übersehen. Selbst Links-Zeitschriften mit sekundärer Aktualität, wie

«Leserzeitung» und «Focus» mussten damals fusionieren, weil auf dem Platz Zürich für solche Anliegen die nötige Leserschaft fehlte.<sup>207</sup> So müssten eigentlich die Bearbeiter der flüchtigen Tagesereignisse gewarnt sein: es wurden in ihrem Produkt keine langatmige Texte zur tiefgründigen Bildung erwartet. Dies besorgten die Fachzeitschriften, die nicht auf dem Arbeitsweg erledigt und noch im Zugabteil entsorgt werden konnten. Was in der damaligen Links-Presse regelmässig von Freund und Feind konsumiert wurde, das waren die täglichen Randkommentare von Richard Müller und die gelegentlichen «Amslereien» von Fritz Amsler. Sie hatten das politische Bewusstsein der Abonnentenschaft mit den häppchenweise servierten Meinungen sicher mehr geformt, als alle seitenlangen «Politischen Zeitprobleme» zusammen.



*Kopf der 75-Jahr-Jubiläumsnummer des «Freien Aargauers» vom 27./28. Februar 1981.*

## Die Endphase

Peter Stöckling als Chef verlieh den Schwesterzeitungen «Freier Aargauer» und «Volksrecht» eine gewisse Konstanz. Auch die Zürcher Redaktion wies mit Hans Conrad Daeniker, später Martin Enkelmann, Adrian Knoepfli, Emil Lehmann und der redaktionellen Mitarbeit von Andreas Gross erstaunlich wenig Änderungen auf. Die Aargauer Redaktion wechselte 1980 von Urs Müller auf Josef Beck, Heini Lüthy und Hans Ott (1981). Das «Aargauigste», was damals zustandekam, war die Jubiläumsnummer vom 27./28. Februar 1981. Sonst fristete die kantonale Seite ein eher bescheidenes Dasein. Diese Leute waren wohl kaum im Vollamt eingesetzt. Zu bescheiden wäre, was aus lokalem Kreis und den Sektionen eingeholt wurde. Oder hatte man damals für solchen Kleinkram keine Verwendung mehr? Wurde überhaupt noch etwas von der Basis angefordert? Zeitweise war auch niemand mehr von der Redaktion im Grossen Rat, was sich nach-

<sup>207</sup> Schon im Oktober 1976 war «Focus» aus den beiden Zeitschriften «Agitation» und «Focus» durch Fusion entstanden.

teilig auf die Berichterstattung auswirkte. Reduziert man die Aargauer-Seite um die Energiediskussion (Kaiseraugst, NAGRA, EIR etc.), so bleibt fast nichts mehr an kantonalen und lokalen Themen, worüber laufend und zielstrebig orientiert und berichtet wurde. Gelegentlich scheint gar, dass die aktuellen Berichte versiegt wären. Wenn am Montag, 4. Februar 1980 die Seite Aargau alleine dem Thema Behinderte gewidmet war, so ist zwar das Unterfangen lobenswert, hat aber Zeitschriften- und nicht Zeitungscharakter: der Bezug zum aktuellen politischen Geschehen fehlt. Dann wurde einmal ein Fund aufgegriffen und aufgemotzt, wie dies die Boulevardmedien praktizierten. Häufig musste später zurückbuchstabiert werden, weil brave Sozialdemokraten als Verantwortliche in der nächsten Nummer antworteten und die Sache ins rechte Licht rückten.<sup>208</sup>

Am 18. März konnte wieder einmal eine Spendenaktion abgeschlossen und eine ausgeglichene Rechnung vorgelegt werden. Das Budget für 1980 verlangte «einschneidende Sparmassnahmen», der Verzicht auf die Samstagsausgabe war nur eine der Konsequenzen. Zudem: Was in dieser Zeit die Zürcher Seite füllte, nämlich die Krawalle in Zürich, die Anprangerung der Polizei und der Stadträte, hatte kein Pendant im Aargau, aber auch die hiesige Redaktion war erfüllt von dieser Thematik. Wenn ähnliche Jugendanliegen aus dem Zylinder gezaubert wurden, so waren es Eintagsfliegen oder viel Lärm ohne Echo. Jedenfalls: wer sich über Aargauer Politik informieren wollte, hatte mit dem «Freien Aargauer» wenig bis nichts in den Händen. Zudem: Die Zürcher Unruhen wurden von der Redaktion derart jugendfreundlich abgewandelt, dass sich Aargauer Sozialdemokraten, vorab als berufliche oder behördliche Staatsdiener, abgestossen fühlten. Sie hatten keineswegs im Sinne, aus dem Staate – der trotz bürgerlicher Mehrheit halt auch ihr Staat war – Gurkensalat zu machen.

Die ganze Redaktion, angeregt durch die Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsdiskussion, wollte sich auch im eigenen Erscheinungsbild zeitkonform verhalten. Das Impressum war nun alphabetisch geordnet. Ein Jahr später fehlte sogar die kantonale Abgrenzung: Ueli Ebneter, Martin Enkelmann, Elisabeth Hausmann, Steffie Gaus, Liliane Goldberger, Emil Lehmann, Peter Stöckling. Offenbar war damit die demokratische Führung vollendet. Man kannte keinen Chef mehr. 1985 wurde Ueli Ebneter durch Werner Bänziger ersetzt.

Die Druckereigenossenschaft hatte sich 1980 entschlossen, das Gebäude an der Weihermattstrasse zu verkaufen. Die Druckereifachschule fand in den Räumlichkeiten Platz für Schul- und Praktikumsräume. Ein Neubau für eine blosse Akzidenzdruckerei wurde erstellt; aber schon bald schlitterte das Unternehmen in einen geräuschvollen Konkurs hinein. Die Zeitung war von diesen Turbulenzen zwar nicht mehr betroffen, aber die

---

<sup>208</sup> Z. B. KV-Schule, Baden.

Redaktion musste neue Räumlichkeiten suchen: 1983 an der Bahnhofstrasse 35, direkt im Kontakt mit dem «Aargauer Tagblatt», das weiterhin die Drucklegung besorgte.

Das Nationalrats-Wahljahr 1983 erbrachte noch einmal eine Grossaktion zugunsten der Aargauer SP. In den Monaten September/Oktober wurde für jeden Bezirk eine Sondernummer gestaltet, worin der lokale Nationalrats-Kandidat ins Zentrum gerückt war. Damit konnten die Haushaltungen zu 100 Prozent abgedeckt werden. Eine beachtliche Leistung! Die Diskussion um die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat und das darauf folgende Feilschen um die Regierungsbeteiligung im Bund, präsentierte sich wieder zürichlastig, doktrinär und ideologisch. In den Aargauer Sektionen waren solche Sandkastenspiele den meisten ein Gräuel, da an das Aufgeben aller Leitfunktionen, eingeschlossen die entsprechende Macht im Bund, niemand glauben wollte. Die Amtsträger und die hohen Funktionäre sicherten nicht nur Einfluss und Ansehen der Partei, sondern waren über die Beiträge auch sichere Pfründe für die Parteikasse. In der Haus-Zeitung wurde gar darüber gemutmasst, ob nicht drei von vier Aargauer SP-Nationalräten für Bundesrat Stich gestimmt hätten.<sup>209</sup>

Zum eigentlichen Eklat aber kam es im Zuge der aargauischen Regierungsratswahlen vom Frühjahr 1985. Louis Lang bekannte, dass er gerne noch eine Amts dauer gewirkt hätte, wenn die linken Ideologen in Partei und Presse nicht gewesen wären, die ihm das Amt verleidet und ihm indirekt die Demission aufgedrängt hätten. Davon wurde zwar vor den Wahlen gemunkelt, aber erst beim Wundenlecken nach geschlagener und verlorener Schlacht geschrieben. Dabei war der Verfasser der «Rüebliänder», Redaktor Schneider vom «Badener Tagblatt», der als Sprachrohr Langs galt und Stöckling zur Bemerkung veranlasste, dass Lang «die Schützenhilfe einer rechtslastigen Zeitung mehr bedeutet als die Verankerung in der eigenen Partei».<sup>210</sup> In Tat und Wahrheit hatte die grüne Politik des «Freien Aargauers» nicht nur Regierungsrat Lang längst an den Nerven gezerrt, sondern auch dem Fussvolk in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden des Kantons. Die Energiepolitik war für sie eine Frage von Sein oder Nichtsein bezüglich Arbeitsplatz, und die Diskussion um die Sicherheit der Kernkraftwerke stellte immer auch ihre eigene Zuverlässigkeit in Frage und galt daher als Affront. Louis Lang verheimlichte im Gespräch daher auch nicht, dass er den «Freien Aargauer» nicht mehr lese. Die Regierungsratswahlen hatten jedenfalls bewiesen, dass im Aargau der zweite Sitz in der Exekutive nicht gehalten werden kann, wenn die regionale Komponente nicht mit berücksichtigt wird. Und dazu benötigte man das Mitwirken von mindestens einer bürgerlichen Tageszeitung.

---

<sup>209</sup> Im Dezember 1983.

<sup>210</sup> FA, 22. Januar 1985.

Die Vox-Analysen, kommentiert vom Parteimitglied Claude Longchamp (Buchs), kamen der Redaktion sehr gelegen. Die Sozialdemokratische Partei finde immer mehr Anhang bei den Jungen, und die Schicht der mittleren Einkommen dominiere die Partei, nicht die Arbeiterschaft, lautete seine Folgerung.<sup>211</sup> Man lag also goldrichtig, wenn weiterhin grundsätzlich argumentiert und die pragmatische Politik der Werkplatz-Angehörigen in den zweiten Rang verwiesen würde.

Am 21. Januar 1985 wurde gemeldet, dass die parteieigene «Thurgauer AZ» eingehe und nur noch eine gewerkschaftlich und sozialdemokratisch ausgerichtete Wochenzeitung erscheine. Am 29. Januar kam die Nachricht, dass die «Winterthurer AZ» von der Trägerschaft der «Schaffhauser AZ» übernommen werden musste und von nun an, genauso wie die «Ostschweizer AZ», mit einem Mantelteil des «Badener Tagblattes» versehen werde. Am 6. Februar schliesslich nahm man zur Kenntnis, dass der «Schwyzer Demokrat» der SP in den «March-Anzeiger» integriert würde.

Dann demissionierte Peter Stöckling<sup>212</sup> nach achtjähriger Tätigkeit. Er verlasse seinen Posten, der «mehr als nur ein Job war» mit Wehmut, aber «ohne Groll und Gram: die Meinungsverschiedenheiten, die es natürlich gegeben hat, sind immer ausgetragen worden». Was immer auch dies heissen mag! Er leitete noch die Spendenaktion ein, unter dem Titel «Unsere Zeitung braucht Geld». «Das Ergebnis von 250 000 Franken der letzten Spendenaktion im Jahre 1982 machte es möglich, dass unsere Zeitung nicht nur erhalten, sondern in Teilbereichen auch verbessert werden konnte. Um dies auch in den nächsten Jahren zu ermöglichen, ist auch dieses Jahr eine Sonderaktion unumgänglich.» Und wir vernehmen bei dieser Gelegenheit, dass «Inserate und Abos leicht aber stetig rückläufig» seien. 100 000 Franken betrage der Fehlbetrag pro Jahr und werde von den Partiekassen von Zürich und Aargau mit je 50 000 Franken gedeckt.<sup>213</sup>

Eine Diskussion aller AZ-Redaktoren in Lenzburg, geleitet von Peter Stöckling, galt dem Thema «Zukunft oder Resignation?» Der Westring, das heisst die Zusammenarbeit von Solothurn, Aargau und Zürich mit der «Tagwacht» werde fortgeführt. Die «Basler AZ» war aus dem Pool ausgestiegen, als das Fusionsprodukt «Basler Zeitung» entstanden war. Redaktorin Toya Maissen begründete den Alleingang mit dem Argument, dass man bezüglich Aktualität der Konkurrenz «um die Ohren» fahren wolle und daher gezwungen sei, möglichst viel selber zu produzieren. Der Anlass war zugleich die Verabschiedung von Stöckling. «Mit seinem Abgang gehe zugleich eine Ära der politisierenden Redaktoren zu Ende», bedauerte SP-Präsident Josef Kälin. Stöcklings Platz wurde nicht mehr besetzt.

---

<sup>211</sup> FA, 23. Januar 1985.

<sup>212</sup> FA, 25. April 1985.

<sup>213</sup> FA, 27. April 1985.

Die bürgerlichen Blätter bemitleideten die Rumpfredaktion. Das SP-Blatt werde nur noch von Teilbeschäftigten produziert. «Haarsträubendes im Aargauer Tagblatt», titelte der «Freie Aargauer»; die bürgerlichen Blätter hätten den Sachverhalt kommentiert, ohne mit der betroffenen Redaktion Kontakt aufzunehmen. Man vermittele den Eindruck, als wenn «in Zukunft hilflos und unbedarf» eine Zeitung redigiert würde. Die Wahrheit sei: Der «Freie Aargauer/Volksrecht» werde in Selbstverwaltung produziert. Stöckling sei «einfaches Kollektivmitglied» gewesen. Einen Chefredaktor kenne man längst nicht mehr. Die Teilzeitarbeit sei als Modell wegweisend und vorbildlich. Und all dies verwende man nun für eine bürgerliche Diffamierungskampagne.<sup>214</sup> Aber, wer von der Leserschaft hat sich je für das Redaktionsmodell der SP-Zeitung interessiert? Nur das Produkt interessierte, nicht aber der Entstehungsprozess. Der Redaktion mögen die internen Gruppensitzungen und Selbsterfahrungs-Erlebnisse wichtig sein, der Abonnent achtet auf Schnelligkeit, Vollständigkeit und Objektivität der Information. Die allgemeine Kritik war nicht nur eine bürgerliche Kritik. Schon am 30. Januar hatte ein Leser die Verbissenheit gerügt, die im Text der Zeitung zum Ausdruck komme; es fehle jeder Ansatz zur guten Unterhaltung, die früher den «Freien Aargauer» ausgezeichnet und wertvoll gemacht habe.

Jürg Meier sah das ganz anders: «Scheitert die Linkspresse am Blick, sowie die Linke am Faschismus gescheitert ist?» Mit Zitaten aus Wilh. Reich und Paolo Freire konstruierte er die These, dass die Linkspresse das erotisch-emotionale Element vernachlässige, der «Blick» aber Scheinemotionalität verkaufe – und dies offenbar mit Erfolg. Daraus ergäbe sich der Schluss, dass die Links-Presse nicht durch Anbiederung an das Bürgertum oder den «Blick» (= Faschismus) gerettet werden kann.<sup>215</sup> So wurde es auch von der Redaktion gesehen und gleichzeitig der Leserschaft suggeriert: «Unser einziges Kapital sind Sie» und täglich der Barometerstand der Spenden verkündet. Am 28. Juni stand der Zeiger auf fast 80 000 Franken, 150 000 wurden benötigt. Schliesslich vermochte sich das Zeitungsunternehmen noch durch das Jahr 1986 zu schleppen. Totgesagte leben länger: die ausserordentliche GV der Pressunion in Lenzburg vom 2. Juli beschloss mit 46 zu 16 Stimmen, von einer Liquidation abzusehen. Damals arbeiteten Josef Beck und Tommy Dätwyler für den Aargauer Teil. Beck war 1985 in den Grossen Rat gewählt worden und das Blatt besass wieder den direkten Draht zur offiziellen Politik. «Jetzt erst recht: – ein Abo!» «Das kann doch nicht wahr sein: Ein Kanton, der liberal sein will ohne tägliche kritische Berichterstattung.» Am 25./26. Juli wurde für den «Freien Aargauer» ein neues Mitglied für die Redaktion gesucht, für ein «Teilpensum in selbstver-

<sup>214</sup> FA, 30. April 1985.

<sup>215</sup> FA, 28./29. Juni 1985.

waltetem Betrieb». Zum Bundesfeiertag führte Jürg Meier vor, was er unter echter Unterhaltung mit «erotisch-emotionalen Elementen» verstand. Eine Festrede im Stile eines NA-Politikers, sowohl in der Aussage, wie in der Ausdrucksweise. Eine Farce! Der linksorientierte Patriot zeigte sicher wenig Verständnis für diese Form von «Wort zum Tage».<sup>216</sup> Aber damals reagierte längst niemand mehr. Die Abonnentenwerbung wurde immer eifriger betrieben. Im Oktober durfte stolz ein Realzuwachs von 162 Abonnenten gemeldet werden. Die Kasino-Knospen von SP-Sekretär Valentin Trentin brachten 1986 alleweil etwas Lokalkolorit in die eintönige Thematik des Blattes, das nun vor allem Grünen, Alternativen und Bürgerinitiativen zudiente und politisch-thematisch gleichsam unter dem Motto stand: «Wacht auf Verstrahlte dieser Erde!»<sup>217</sup> Jürg Frischknecht, der damals laufend über «Kinder der Landstrasse» und «Zürcher Spitzelaffäre» in der WOZ (Wochen-Zeitung) berichtete, hatte auch Gastrecht in der hiesigen Links-Tagespresse. Eine neuerliche Gross-Werbeaktion sollte im Aargau und in Zürich je 500 neue Leser einbringen; das «Volksrecht» brachte 311, der «Freie Aargauer» gar nur 91 zustande.<sup>218</sup>

Am 30. März 1987 wurde gemeldet, dass die Berner «Tagwacht» in akute Finanznot geraten sei. Der siamesische Zwilling «Freier Aargauer/Volksrecht» hätte den Vertrag kündigen müssen, so dass nun die jährlich bezahlten 70 000 Franken in der Kasse fehlten. Die Berner Partei zahlte ausnahmsweise den Fehlbetrag von 200 000 Franken, um ihr Blatt über die Runden zu bringen.<sup>219</sup>

Am 1. April verabschiedete sich Josef Beck, Chefredaktor und Grossrat von seinen Lesern. Am 15. April wurde die Betriebseinstellung von beiden Zeitungen auf Ende Monat angekündigt. Jede der beiden Blätter hatte vier Redaktoren in Teilzeit beschäftigt, dazu neun Setzerinnen und Setzer. Der eilige Versuch des «Volksrechtes», sich ans Ostschweizer Modell anzuhängen und sich des BT-Mantels zu bedienen, endete mit einem Eklat: Verleger Wanner kündigte gleich für alle Blätter den Vertrag, so dass sie sich einen neuen Partner suchen mussten. Am 30. April verkündete die Rubrik «Heute» resigniert: «Das wär's dann also gewesen. Der Freie Aargauer hat das Zeitliche gesegnet. Nach mehr als 80 Jahren, in denen er ein Gegengewicht darstellte zur bürgerlichen Berichterstattung im Aargau, ein Gegengewicht, das überall und gerade in diesem einseitig wirtschaftsfreundlichen Kanton wichtig war.» «Elisabeth Hausmann, Jürg Fischer, Tommy Dätwyler». Dem Abonnenten wurde von nun an als Ersatz die «Solothurner AZ» ins Haus geliefert und gleichzeitig versprochen, dass man nach einer gemeinsamen Lösung Ausschau halte. Davon ward nie wieder etwas gehört.

<sup>216</sup> FA, 1./2. August 1986.

<sup>217</sup> FA, 10. Juli 1986 (Trentin).

<sup>218</sup> FA, 6. April 1987.

<sup>219</sup> 1. April 1987.